

Einzelplan 04

Innenministerium

Inhalt

	Seite
Vorwort	2
Diagramme	5
Kap. 04 01 Ministerium	7
Kap. 04 02 Sport	33
Kap. 04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter	38
Kap. 04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens	48
Kap. 04 06 Amt für Katastrophenschutz	60
Kap. 04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten	62
Kap. 04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz	74
Kap. 04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen	111
Einnahmen und Ausgaben 2009	128
Einnahmen und Ausgaben 2010	130
VE-Abschluss 2009	132
VE-Abschluss 2010	133
Einnahmen MG/TG 2009	134
Ausgaben MG/TG 2009	135
Einnahmen MG/TG 2010	138
Ausgaben MG/TG 2010	139
Zusätzliche Erläuterungen zu Kap. 0401	142
Zusätzliche Erläuterungen zu Kap. 0402	143
Zusätzliche Erläuterungen zu Kap. 0403	145
Zusätzliche Erläuterungen zu Kap. 0405	156
Zusätzliche Erläuterungen zu Kap. 0407	158
Zusätzliche Erläuterungen zu Kap. 0410	163
Zusätzliche Erläuterungen zu Kap. 0416	169
Inhaltsverzeichnis Stellenpläne und -übersichten	173

Vorwort

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen:

Der Geschäftsbereich des Innenministeriums umfasst neben zentralen Aufgaben der Personalwirtschaft und der allgemeinen Verwaltung vor allem die strategischen Aufgabenbereiche

1. Unterstützung der politischen Steuerung

Hierzu gehört neben den Querschnittsaufgaben der Allgemeinen Abteilung noch die Bereitstellung der benötigten statistischen Daten und Geodaten, das Vermessungswesen sowie das Personalrecht. Veranschlagt ist dieser Aufgabenbereich im Kapitel Ministerium (0401) sowie im Kapitel Geo-Informationen (0403).

2. Verfassungsrecht/Gesetzgebung

Auch dieser Aufgabenbereich ist im Kapitel Ministerium (0401) veranschlagt.

3. Kommunale Angelegenheiten

Dieser Bereich umfasst im Wesentlichen die Kommunalaufsicht, die im Kapitel Ministerium (0401) veranschlagt ist.

4. Sport

Veranschlagt im Kapitel Sport (0402).

5. Innere Sicherheit

Zum Aufgabenbereich der Inneren Sicherheit zählen die Polizei und der Katastrophen- und Zivilschutz (0410), der Brandschutz (0405) sowie der Verfassungsschutz, der im Kapitel Ministerium (0401) veranschlagt ist.

6. Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Einschließlich der Spätaussiedlerangelegenheiten veranschlagt im Kapitel Ausländer- und Migrationsangelegenheiten (0407).

7. Aufgaben im Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Veranschlagt im Kapitel Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen (0416).

8. Aufgaben der Landesplanung und Raumordnung

Veranschlagt im Kapitel Ministerium (0401).

Das Ministerium gliedert sich in folgende Abteilungen:

- Allgemeine Abteilung
- Kommunale Angelegenheiten, Ordnungsrecht, Wahlen und Sport
- Polizei, Katastrophen- und Bevölkerungsschutz
- Landesplanung und Vermessungswesen
- Ausländer- und Migrationsangelegenheiten, Städtebau, Bau- und Wohnungswesen
- Verfassungsschutz

Dem Ministerium sind zugeordnet:

- das Landespolizeiamt (Bildung eines Landespolizeiamtes -GVOBl. Schl.-H. 2004 S. 408-),
- das Landeskriminalamt (Bildung eines Landeskriminalamtes -GVOBl. Schl.-H. 1994 S. 138-),
- das Amt für Katastrophenschutz (Organisationserlass über die dem Ministerium zugeordneten Ämter -Amtsbl. Schl.-H. 1997 S. 57).

Dem Ministerium unterstehen folgende Landesbehörden und Einrichtungen:

- das Landesvermessungsamt als Landesoberbehörde und 8 Katasterämter (Vermessungs- und Katastergesetz - VermKatG - vom 12.05.2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 128),
- die Landesfeuerwehrschule als nicht rechtsfähige Anstalt für die Ausbildung der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, die Führungsausbildung im Katastrophenschutz sowie ab 2003 die Ausbildung der Nachwuchskräfte für die Laufbahn des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes nach § 18 Brandschutzgesetz (GVOBl. Schl.-H. 1996 S. 200), zuletzt geändert durch Gesetz vom 01. Februar 2005 (GVOBl. Schl.-H. 2005, S. 57),
- 8 Polizeidirektionen, die Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei sowie weitere den Polizeidirektionen nachgeordnete Dienststellen einschließlich 4 Bezirkskriminalinspektionen (Polizeiorganisationsgesetz vom 12. 11. 2004, GVOBl. Schl.-H. S. 408),
- das Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein als Landesoberbehörde in Neumünster und dessen Außenstelle in Lübeck.

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

- Keine -

C. Wesentliche veranschlagungstechnische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

Die Mittel des Schleswig-Holstein Fonds werden nicht mehr zentral im Einzelplan 11 sondern für die Maßnahmen des Innenministeriums direkt im Einzelplan 04 veranschlagt.

D. Ausweisung der Leerstellen

Leerstellen		
- ohne kostenwirksame Leerstellen -		
Kap.	01.02.2007	01.02.2008
0401	9	2
0403	5	4
0405	0	0
0407	0	0
0410	123	145
Epl. 04	137	151

Diese Leerstellen sind im Kapitel- und Einzelplanabschluss nicht enthalten.

Nachrichtlich:

1. Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger

a)	Anzahl	Stand 01.01.2007:	5.174
		Stand 01.01.2008:	5.196
b)	Ist	2007 - in T€ - :	123.107,8
	Soll	2008 - in T€ - :	129.075,5
	Soll	2009 - in T€ - :	126.849,3
	Soll	2010 - in T€ - :	129.310,3

2. Vor der regulären Pensionsaltersgrenze vorzeitig in Ruhestand versetzte Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger

a)	Anzahl in 2007:	16
b)	durchschnittliche Zeitdauer bis zur regulären Pensionsaltersgrenze:	9 Jahre, 7 Monate

3. Schwerbehinderte Beschäftigte (Jahresdurchschnitt 2007)

Arbeitsplätze nach dem SGB IX	8.609
Pflichtquote (5%)	430
durch Schwerbehinderte besetzte Arbeitsplätze	456

E. Personalbudget nach Haushaltsjahren

Haushaltsjahr	Betrag (in T€)	Anzahl in Vollzeitkräften
2007	330.476,9	9.043
2008	330.668,8	9.043
2009	339.786,5	8.825
2010	339.781,0	8.825

F. Outputorientierte Budgetierung

Im Hinblick auf die outputorientierte Budgetierung wurden die mit strategischen Aufgabenbereichen verbundenen Personalausgaben in die dazugehörigen Kapitel wie nachfolgend dargestellt umgesetzt:

Ministerium

(Kapitel 0401)

Sport

(Kapitel 0402)

Geo-Informationen und Statistik

(Kapitel 0403, Kapitel 0401 MG 07)

Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

(Kapitel 0407)

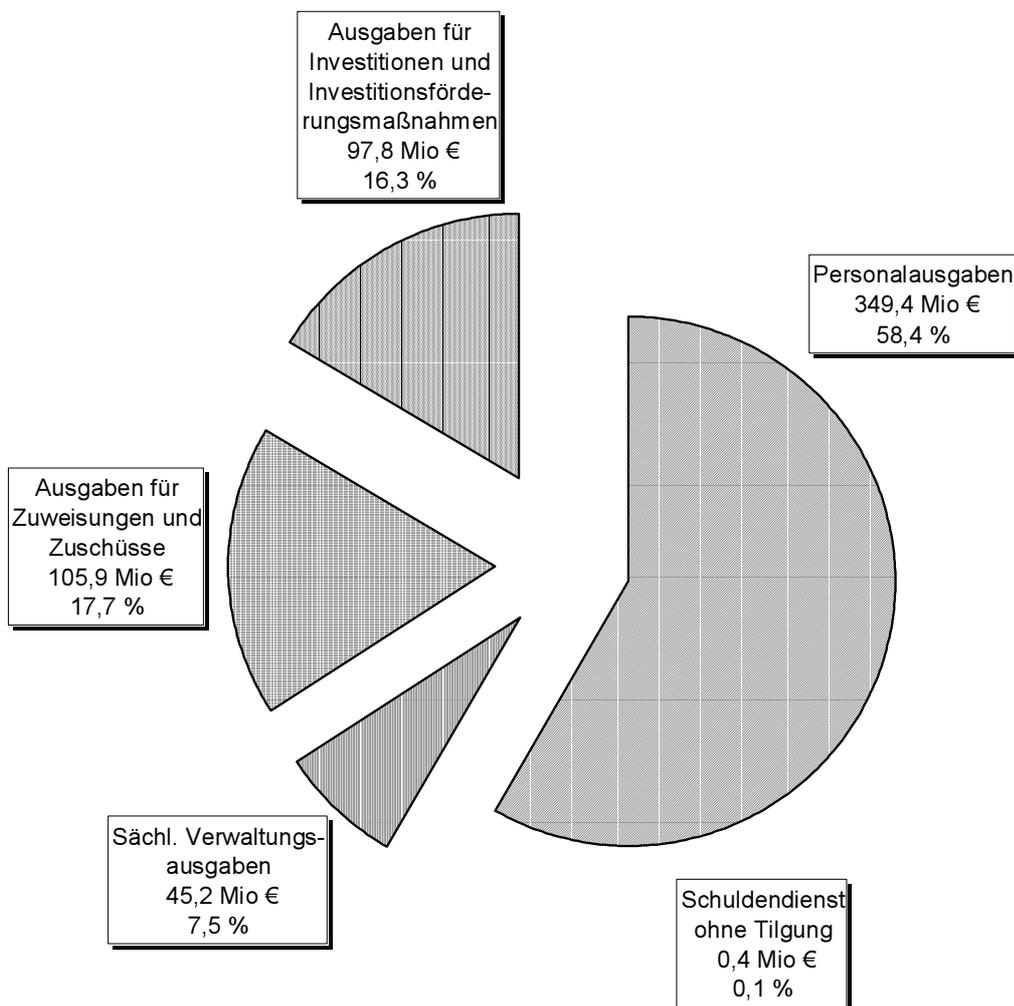
Innere Sicherheit

(Kapitel 0410 „Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz“, Kapitel 0405 „Brandschutz“ und Titel 0401 - 535 01 „Verfassungsschutz“)

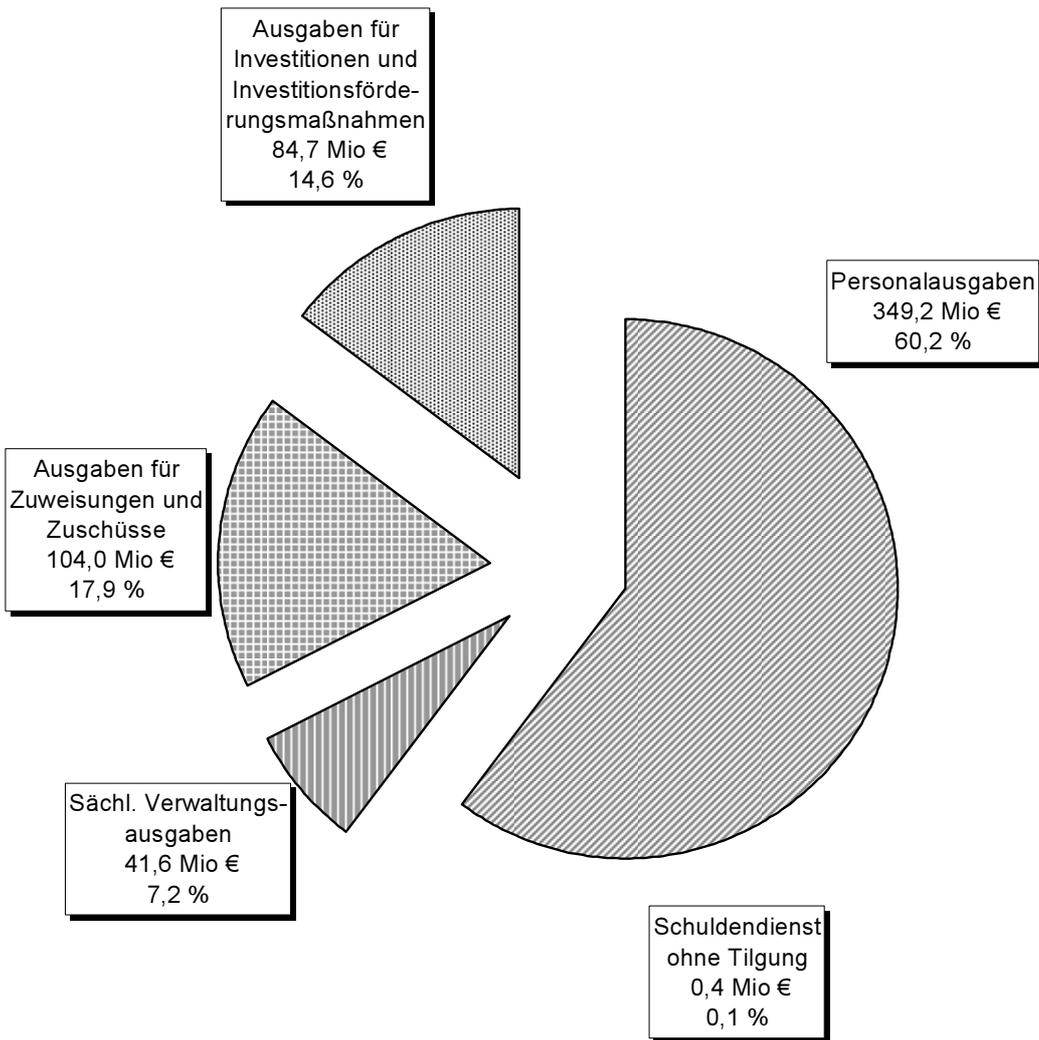
Aufgaben im Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

(Kapitel 0416)

Einzelplan 04 Nettoausgaben nach Ausgabearten 2009



Einzelplan 04 Nettoausgaben nach Ausgabearten 2010



04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Das Kapitel 04 01 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 63 Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums
- 69 Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg
- 71 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg

Ausgaben

- 06 Raumordnung
- 07 Statistik
- 61 Modernisierung der Verwaltung
- 62 Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- 63 Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums
- 66 Ausgleichsabgabe nach SGB IX
- 69 Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg
- 71 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg
- 72 Ausgaben für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit

Einnahmen

111 01	011	Gebühren und tarifliche Entgelte	200,0 101,7	150,0	150,0
--------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Gebühren für Einbürgerungen und Beglaubigungen	124.000	124.000
2.	Sonstiges	26.000	26.000
	Summe	150.000	150.000

111 02	011	Erstattung von Prozesskosten	3,0 22,9	10,0	10,0
--------	-----	-------------------------------------	--------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erstattungen nach dem Zeugen- und Sachverständigengesetz (ZSEG) für das gesamte Ressort (einschl. Polizei) wie z. B. Fahrtkosten, Portokosten, Tagegelder bei Gerichtsverfahren usw., die aufgrund von Gerichtsbeschlüssen oder Urteilen von einer Prozesspartei erstattet werden müssen.

112 01	011	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	1,0 0,2	1,0	1,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus Geldstrafen für gerichtlich oder sonst anerkannte Strafen, Ordnungsstrafen, Disziplinarstrafen, Sühnegelder und Geldbußen einschließlich damit zusammenhängender Prozesskosten usw.

119 01	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	200,0 263,5	200,0	200,0
--------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 119 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Abonnenten- und Einzelverkauf für Verkündungsblätter	115.000	115.000
2.	Kostenerstattung für Veröffentlichungen Dritter (nicht Landesbehörden)	85.000	85.000
Summe		200.000	200.000

Vgl. Titel 531 03.

119 02	011	Einnahmen der Verwaltungsbereiche des Ministeriums	3,0 3,2	3,0	3,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer und entbehrlicher Gegenstände, Rückzahlungen von in Vorjahren geleisteten Ausgaben und Kostenbeiträge für private Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw. sowie sonstige Verwaltungseinnahmen.

119 03	011	Ablieferungen aus Nebenbeschäftigungen	0,0 9,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

119 06	011	Einnahmen aus dem Verkauf von Broschüren	1,0 0,4	0,5	0,5
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei der MG 06 zu verwenden.

119 99	011	Vermischte Einnahmen	16,0 0,1	10,0	10,0
--------	-----	-----------------------------	--------------------	-------------	-------------

124 01	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

Übertragen nach 1220 - 124 01.

131 01	011	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

Mit Neuanmietung verbundene Veräußerungen bedürfen der Einwilligung des FM.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

132 01	011	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	5,0 0,0	5,0	5,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Erlös aus dem Verkauf eines abgängigen Dienstfahrzeugs.
Vgl. Titel 811 63 (TG 63).

231 02	011	Zuweisungen der Kosten der Bundestagswahl durch den Bund	0,0 0,0	2.250,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	----------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Titel 541 01.

231 03	011	Zuweisungen der Kosten der Europawahl durch den Bund	0,0 0,0	2.150,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	----------------	------------

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
noch zu 231 03					
Erläuterungen:					
Nach § 25 Abs. 1 EuWG i.V.m. § 50 BWG erstattet der Bund den Ländern zugleich für ihre Gemeinden (Gemeindeverbände) die durch die Wahl veranlassten notwendigen Ausgaben. Vgl. Titel 541 03.					
231 04	249	Zuweisungen des Bundes nach dem Gräbergesetz	809,8 1.268,1	809,8	809,8
Erläuterungen:					
Der Bund trägt die Kosten für die in § 10 Abs. 1 des Gesetzes über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewalt-herrschaft (Gräbergesetz) i.d.F. vom 29. Januar 1993 (BGBl. I S. 178) bezeichneten Maßnahmen für die öffentlich gepflegten Gräber. Vgl. Titel 633 02.					
231 05	249	Zuweisungen des Bundes für die Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe	13,0 13,1	13,1	13,1
Erläuterungen:					
Der Bund trägt 50 v. H. der Ausgaben für die Instandsetzung und laufende Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe. Vgl. Titel 633 03.					
231 06	422	Erstattungen des Bundes für Projekte der Raumordnung	0,0 0,0	5,0	5,0
Erläuterungen:					
Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben der MG 06 zu verwenden.					
261 01	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch die GMSH	0,0 0,0	0,0	0,0
weggefallen					
271 03	528	Erstattung von Verwaltungskosten für EU-Förderungsprogramme	0,0 0,0	0,0	0,0
weggefallen					
271 05	625	Erstattung der EU für die Durchführung des Projektes COMRISK im Rahmen des INTERREG III B-Nordsee-Programmes	0,0 0,0	0,0	0,0
weggefallen					
271 06	625	Erstattungen der EU für die Durchführung des Projektes CoastPlan im Rahmen von Interreg III C	0,0 6,3	0,0	0,0
271 07	625	Erstattungen der EU für die Beteiligung an INTERREG-Projekten der Landesplanung	5,0 34,8	5,0	5,0
Erläuterungen:					
Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei der MG 06 zu verwenden.					
281 01	012	Erstattungen von Verwaltungsausgaben in Enteignungsverfahren	3,0 1,5	3,0	3,0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind Verwaltungsgebühren und zu erstattende Auslagen, die im Zusammenhang mit Enteignungsverfahren entstehen und von den jeweiligen Antragstellern - ausgenommen das Land Schleswig-Holstein - zu tragen sind.					
282 01	011	Einnahmen aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	0,0 0,0	0,0	0,0
Erläuterungen:					
Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 0401 - 546 02 zu verwenden.					

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
356 05	951	Entnahme aus der Rücklage "Sabbatjahr"	0,0 0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Titel 422 01.			
359 01	951	Entnahme aus der Rücklage Personal	0,0 0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Titel 422 01.			
381 01	991	Anteile der Fachressorts für Statistiken	0,0 178,6	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Titel 685 10 (MG 07).			
63 Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums					
119 63	011	Erstattung von Leasingkosten	0,0 0,0	0,0	0,0
(TG 63)		weggefallen			
Summe der Titelgruppe 63			0,0 0,0	0,0	0,0
69 Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg					
153 69	692	Zinseinnahmen von Kreisen und Gemeinden	0,0 0,0	0,0	0,0
(TG 69)					
173 69	692	Darlehensrückflüsse von Kreisen und Gemeinden	588,7 191,2	108,9	6,7
(TG 69)					
332 69	692	Anteil der Freien und Hansestadt Hamburg an Schuldendiensthilfen, Darlehen und Zuschüssen	0,0 335,0	0,0	0,0
(TG 69)		Erläuterungen: Vorgesehen für den Finanzierungsanteil der Freien und Hansestadt Hamburg in Höhe von 50 v. H. an den Schuldendiensthilfen, Darlehen und Zuschüssen. Vgl. Ausgabe-TG 69.			
333 69	692	Sonstige Einnahmen	0,0 0,0	0,0	0,0
(TG 69)		Erläuterungen: Vorgesehen für Einnahmen aus Aufhebungen von Zuwendungsbescheiden, Überzahlungen oder Abrechnungen von geförderten Maßnahmen. Vgl. Ausgabe-TG 69.			
Summe der Titelgruppe 69			588,7 526,3	108,9	6,7

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
		71 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg			
153 71	692	Zinseinnahmen von Kreisen und Gemeinden	0,0	0,0	0,0
(TG 71)			0,0		
173 71	692	Darlehensrückflüsse von Kreisen und Gemeinden	0,0	0,0	0,0
(TG 71)			0,0		
332 71	692	Anteil der Freien und Hansestadt Hamburg an Zuweisungen für grenzüberschreitende infrastrukturelle Maßnahmen beider Länder	104,0	871,0	871,0
(TG 71)			66,4		
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt ist der Finanzierungsanteil der Freien und Hansestadt Hamburg in Höhe von 50 v. H. an den Zuweisungen. Vgl. Titel 883 71 (TG 71).			
333 71	692	Sonstige Einnahmen	0,0	0,0	0,0
(TG 71)			0,0		
		Erläuterungen:			
		Vorgesehen für Einnahmen aus Aufhebungen von Zuwendungsbescheiden, Überzahlungen oder Abrechnungen von geförderten Maßnahmen. Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben der TG 71 zu verwenden.			
Summe der Titelgruppe 71			104,0	871,0	871,0
			66,4		
Summe der Einnahmen			1.952,5	6.595,3	2.093,1
			2.495,9		

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Ausgaben

421 01	011	Bezüge der Ministerin oder des Ministers	139,1 134,1	139,1	139,1
---------------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Bezüge	137.382	137.382
2.	Aufwandsentschädigung	1.718	1.718
Summe		139.100	139.100

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	11.842,8 8.095,6	8.649,8	8.193,6
---------------	-----	--	----------------------------	----------------	----------------

Der Ansatz darf zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 0401 - 356 05 und 0401 - 359 01 überschritten werden.

514,3 T€ übertragen von 0401 - 428 01, 22,2 T€ übertragen von 0403 - 422 01, 5,5 T€ übertragen von 0403 - 422 61 (TG 61) und 136,8 T€ übertragen von 0410 - 422 69 (TG 69).

422 02	011	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte	0,0 172,6	821,8	821,8
---------------	-----	---	---------------------	--------------	--------------

821,8 T€ übertragen von 0401 - 428 01.

425 01	011	Vergütungen der Angestellten	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	-------------------------------------	-------------------	------------	------------

Künftig wegfallend.

In Folge der Überleitung in den TV-L sind Mittel und Stellen gem. § 11 Abs. 5 HHG 2007/2008 in die entsprechenden Titel der Gruppe 428 umgesetzt worden.

426 01	011	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Künftig wegfallend.

In Folge der Überleitung in den TV-L sind Mittel und Stellen gem. § 11 Abs. 5 HHG 2007/2008 in die entsprechenden Titel der Gruppe 428 umgesetzt worden.

427 01	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	18,3 43,6	18,0	17,5
---------------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5.087,5 4.705,7	4.922,2	4.838,0
---------------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

60,2 T€ übertragen von 0410-428 69 (TG 69) und 58,1 T€ übertragen von 0506 - 428 01.

514,3 T€ übertragen nach 0401 - 422 01 und 821,8 T€ übertragen nach 0401 - 422 02.

453 01	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	12,2 14,1	12,2	12,2
---------------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Deckungsfähig mit 0403 - 453 01.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 453 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Trennungsgeld	6.100	6.100
2.	Umzugskostenvergütung	6.100	6.100
Summe		12.200	12.200

459 03	012	Ideenmanagement "misch mit"	3,0 0,7	0,0	0,0
--------	-----	-----------------------------	------------	-----	-----

Erläuterungen:

Das Ideenmanagement "misch mit" wurde beendet. Ein neues Instrument zur Förderung von Verbesserungsvorschlägen wird nicht eingerichtet.

511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	913,0 701,6	525,8	357,2
--------	-----	---	----------------	-------	-------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Büromaterial	45.000	45.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	25.000	25.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	3.000	3.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunkgebühren, Datenfernübertragung, Geb. Alarmanlage	400.000	225.200
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	25.000	25.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	10.000	13.000
7.	Unterhaltung von Geräten	16.800	20.000
8.	Sonstiges	1.000	1.000
Summe		525.800	357.200

Zu Position 4:

Veranschlagt sind die Entgelte für Brief- und Frachtdienste für die Staatskanzlei, Ministerien, Landesamt für Denkmalpflege, Landesbibliothek, Landeszentrale für politische Bildung sowie Fernmeldeentgelte für Mobiltelefone.

514 01	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	-----	-----

weggefallen

514 03	011	Haltung von privateigenen und zum Dienst zugelassenen Fahrzeugen	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	------------	-----	-----

weggefallen

517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	------------	-----	-----

weggefallen

517 91	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch die GMSH	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	-----	-----

Übertragen nach 1220 - 517 91.

518 01	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	-----	-----

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 518 01

weggefallen

518 02	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	131,0 81,3	120,0	120,0
--------	-----	---	----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mieten für Geräte und Kosten für mietvertraglich vereinbarte Wartungen, notwendige Instandsetzungen und Kopierkosten für Fotokopiergeräte.

518 91	011	Mieten für von der GMSH angemietete Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Übertragen nach 1220 - 518 91.

518 99	011	Leasingraten für Dienstkraftfahrzeuge	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

weggefallen

526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	44,0 38,0	44,0	100,0
--------	-----	--------------------------------------	---------------------	-------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für Rechtsstreitigkeiten für den gesamten Bereich des Innenministeriums (ohne Polizei).

526 02	011	Kosten einer Kontaktstelle zur Bekämpfung der Korruption in Schleswig-Holstein	0,0 0,0	10,0	10,0
--------	-----	---	-------------------	-------------	-------------

Übertragen von 0401 - 526 99.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die monatliche Aufwandsentschädigung, Reise- und Fortbildungskosten sowie Sachmittelausstattung des Antikorruptionsbeauftragten gemäß Vereinbarung mit dem Land Schleswig-Holstein vom 1. August 2007.

526 03	011	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse; Landesplanungsrat	0,5 0,0	36,5	36,5
--------	-----	---	-------------------	-------------	-------------

26,0 T€ übertragen von Kapitel 1111.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Beitrag Schleswig-Holsteins nach dem Königsteiner Schlüssel für einen unabhängigen, länderübergreifenden Fachbeirat Glücksspielsucht und die dazugehörige Geschäftsstelle nach § 10 Abs. 1 Satz 2 Glücksspielstaatsvertrag i.V.m. § 13 Abs. 2 der Verwaltungsvereinbarung Glücksspielstaatsvertrag sowie für die Arbeitsgruppe Evaluation. Die Auswirkungen des Staatsvertrages sind von der Arbeitsgruppe unter Mitwirkung des Fachbeirats innerhalb von drei Jahren zu evaluieren.

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Fachbeirat Glücksspielsucht und Arbeitsgruppe Evaluation	36.000	36.000
2.	Landesplanungsrat	500	500
	Summe	36.500	36.500

526 04	011	Sitzungsgeld und sonstige Ausgaben in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	36,0 20,3	36,0	36,0
--------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 526 04

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Sitzungsgeld	2.500	2.500
2.	Dolmetscherkosten	2.000	2.000
3.	Sonstige Ausgaben	31.500	31.500
Summe		36.000	36.000

526 05	011	Ärztliche Untersuchungen	5,0	2,5	2,5
			4,1		

2,5 T€ übertragen nach 0401 - 526 62 (TG 62).

526 06	011	Kosten der Einigungsstelle	0,5	0,5	0,5
			0,0		

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Gewährung einer Pauschalentschädigung an Mitglieder der Einigungsstelle gem. § 53 des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein vom 11. Dezember 1990 (GVObI. Schl.-H. S. 577), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Februar 2007 (GVObI. Schl.-H. S. 184).

526 99	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	35,8	26,0	26,0
			24,0		

10,0 T€ übertragen nach 0401 - 526 02.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für kleinere Gutachten und Stellungnahmen von Sachverständigen außerhalb der Landesverwaltung, insbesondere für den Bereich der Landesplanung.

527 01	011	Dienstreisen	142,0	102,5	102,5
			70,8		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	69.000	69.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	6.000	6.000
3.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	27.500	27.500
Summe		102.500	102.500

529 01	011	Zur Verfügung für den nachgeordneten Bereich	0,0	0,0	0,0
			0,0		

weggefallen

529 02	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers für Kooperationsmaßnahmen im Ostseeraum, insbesondere mit osteuropäischen Ländern	25,0	20,0	20,0
			11,3		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für die Intensivierung der Zusammenarbeit mit osteuropäischen Ländern im Ostseeraum, insbesondere Beratung, Ausbildung und Fortbildung von Praktikantinnen und Praktikanten.

529 10	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	8,0	7,6	7,6
			4,1		

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 529 10

Erläuterungen:

Die Mittel sind nach den "10 Hinweisen zum Umgang mit persönlichen Verfügungsmitteln" vom 5. Oktober 2005 zu verwenden. Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Die Bewirtungskosten und die Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

531 02	013	Öffentlichkeitsarbeit	4,0 1,4	4,0	4,0
--------	-----	------------------------------	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit des Innenministeriums für Broschüren usw. und Informationsveranstaltungen incl. aller Nebenkosten.

Im Einzelplan sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:

	2009	2010
	EUR	EUR
1. Öffentlichkeitsarbeit		
Titel 0410 - 531 02	30.000	30.000
Titel 0416 - 531 02	28.000	28.000
<i>Summe zu 1.</i>	<i>58.000</i>	<i>58.000</i>
2. Fachinformationen		
	0	0
<i>Summe zu 2.</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
Zusammen	58.000	58.000

531 03	011	Herausgabe der Verkündungsblätter und anderer Veröffentlichungen	175,0 201,2	271,5	175,0
--------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Nach § 62 Abs. 3 Landesverwaltungsgesetz vom 2. Juni 1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 243, 534), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. April 2007 (GVOBl. Schl.-H. S.234), verlieren Verordnungen, die bis zum 1. Januar 2004 erlassen sind, mit Ablauf des 31. Dezember 2008 ihre Gültigkeit.

Mehr in Folge eines erhöhten Verkündungsbedarfs durch erneuten Erlass von unverzichtbaren Verordnungen.

533 01	012	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	79,0 42,2	85,0	90,0
--------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für den Einsatz eines privaten Dienstleistungsunternehmens in der Pförtnerlei/Telefonzentrale des Innenministeriums.

533 03	013	Ausgaben auf Grund von Werkverträgen für die Evaluierung und Dokumentation von Maßnahmen im Rahmen der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE)	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

weggefallen

533 08	011	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für Personalauswahlverfahren	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

534 01	011	Umzug und Verlegung von Dienststellen	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
534 02	011	Orden und Ehrenzeichen	5,5 0,4	3,0	3,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Kosten für die Verleihung der Freiherr-vom-Stein-Gedenkmedaille.			
534 03	012	Gesundheitsförderung	0,0 122,4	0,0	0,0
		Einseitig deckungsfähig zu Lasten 0401-TG 72.			
534 04	011	Veranstaltungen mit Gesellschaften, kommunalen Spitzenverbänden usw.	8,0 1,8	4,0	4,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Kosten für den Erfahrungsaustausch mit Gesellschaften und Verbänden. Die Mittel sind analog den "10 Hinweisen zum Umgang mit persönlichen Verfügungsmitteln" vom 5. Oktober 2005 zu verwenden. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.			
534 05	011	Beteiligung an der Gemeinschaftsschau "Leben auf dem Lande" der EU, des Bundes und der Länder	0,0 0,0	0,0	0,0
		weggefallen			
535 01	049	Ausgaben für Zwecke des Verfassungsschutzes	842,0 1.046,8	874,0	896,0
		Die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Verfassungsschutzes wird durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein geprüft. § 20 Abs. 2 LHO findet nur mit Zustimmung des FM Anwendung.			
		Erläuterungen: Strategischer Aufgabenbereich: Innere Sicherheit. Vgl. Vorwort Buchstabe F. Das Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein vom 23. März 1991 (GVOBl. Schl.-H. S. 203), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Dezember 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 651), besagt, dass die Aufgaben des Verfassungsschutzes ausschließlich von der Verfassungsschutzbehörde wahrgenommen werden. Verfassungsschutzbehörde ist das Innenministerium. Hier sind alle Ausgaben veranschlagt, die bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben entstehen.			
535 02	549	Landeswettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden - unser Dorf hat Zukunft"	0,0 0,0	0,0	0,0
		weggefallen			
536 02	012	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften	1,2 1,0	1,1	1,1
		Erläuterungen: Veranschlagt ist der Beitrag an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Landesverband Schleswig-Holstein, Kiel.			
539 01	528	Verwaltungskosten für EU-Förderungsprogramme	0,0 0,0	0,0	0,0
		weggefallen			
541 01	011	Durchführung der Bundestagswahl	0,0 0,0	2.250,0	0,0
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 231 02 geleistet werden.			
541 02	011	Durchführung der Landtagswahl	0,0 0,0	0,0	55,0

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 541 02

Erläuterungen:

Nach Art. 13 Abs. 1 der Landesverfassung (g. F.) wird der Landtag auf fünf Jahre gewählt. Die Neuwahl findet frühestens 57, spätestens 59 Monate nach Beginn der Wahlperiode statt. Die letzte Landtagswahl fand am 20. Februar 2005 statt. Die Neuwahl des Landtages muss daher im Jahr 2010 durchgeführt werden.

541 03	011	Durchführung der Europawahl	0,0 0,0	2.150,0	0,0
---------------	-----	------------------------------------	-------------------	----------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 231 03 geleistet werden.

541 05	011	Durchführung des Volksabstimmungsgesetzes	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

546 01	011	Kosten einer Ländertagung und sonstiger länderübergreifender Veranstaltungen	10,0 0,1	6,0	6,0
---------------	-----	---	--------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für die Durchführung von Sitzungen des AK III und des AK VI, Kosten für Sitzungen der IMK Nord und Kosten für die Arbeitsgruppe des Statistik-Verbundes. Aus dem Ansatz dürfen auch Bewirtungskosten beglichen werden. Die Bewirtungskosten sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen.

546 02	011	Ausgaben für Vorhaben aus Sponsoring, Spenden und ähnlichen freiwilligen Geldleistungen	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	--	-------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 282 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

546 99	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	17,0 14,6	17,0	17,0
---------------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Unfallrenten, sonstige Renten und Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen	700	700
2.	Nachrufe, Kranzspenden	3.000	3.000
3.	Auslagen des Personalrats	300	300
4.	Veröffentlichungen in Tageszeitungen	13.000	13.000
	Summe	17.000	17.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen anstelle einer Kranzspende auch Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

613 01	911	Zuweisungen zur Förderung von freiwilligen gemeindlichen Gebietsänderungen	1.000,0 79,5	300,0	300,0
---------------	-----	---	------------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Aus Mitteln dieses Ansatzes werden Zuweisungen gemäß § 31 b Finanzausgleichsgesetz für freiwillige Gebietsänderungen wie Eingemeindung, Vereinigung und Auflösung gewährt.

632 01	011	Kostenanteil an den Geschäftsstellen der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Länder und der Innenministerkonferenz	8,0 4,4	6,0	6,0
---------------	-----	--	-------------------	------------	------------

632 05	419	Beitrag für den Normenausschuss Bauwesen im Deutschen Institut für Normung e.V., Berlin	33,5 29,7	31,5	31,5
---------------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 632 05

Gegenseitig deckungsfähig mit 0401-632 06, 0401-685 05 und 0401-685 06.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Anteil des Landes am Deutschen Institut für Normung e.V. (DIN) gem. Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem DIN vom 29. Mai 1997 nach dem Königsteiner Schlüssel:

		2009 EUR	2010 EUR
1.	Normenausschuss Bauwesen im DIN	29.000	29.000
2.	Europäische Normungsarbeit, Fachbereich Vermessungswesen	2.500	2.500
Summe		31.500	31.500

632 06	419	Beitrag für die Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Ministerinnen/Minister der Länder -ARGEBAU-	9,0 8,0	9,0	9,0
---------------	------------	---	-------------------	------------	------------

Gegenseitig deckungsfähig mit 0401-632 05, 0401-685 05 und 0401-685 06.

Erläuterungen:

Nach der Verwaltungsvereinbarung über die Tätigkeit und Finanzierung der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Ministerinnen/Minister der Länder (ARGEBAU) vom 1. Juli 1991 werden die Personal- und Sachausgaben für die Geschäftsstelle der ARGEBAU von den Ländern gemeinsam getragen. Die auf die Länder entfallenden Anteile werden nach dem Verhältnis ihrer Bevölkerungszahlen errechnet.

633 01	011	Zuweisungen von Verwaltungsausgaben an Kreise und kreisfreie Städte im Rahmen der Funktionalreform	5,0 0,0	0,0	0,0
---------------	------------	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Die Kostenerstattung für Einbürgerungs-Altfälle nach §§ 85 f Ausländergesetz wurde im Jahr 2008 abgeschlossen.

633 02	249	Zuweisungen an Kreise und Gemeinden nach dem Gräbergesetz	809,8 1.259,9	809,8	809,8
---------------	------------	--	-------------------------	--------------	--------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 231 04 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten gem. § 1 der Verordnung über die Pauschale für Anlegung, Instandsetzung und Pflege der Gräber, Verlegung und Identifizierung im Sinne des Gräbergesetzes vom 17.12.2004 und gem. Anerkennung der Ruhrechtsentschädigung für die Friedhöfe Friedenshügel und Mühlenfriedhof in Flensburg.

633 03	249	Zuweisungen an Kreise und Gemeinden für die Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe	26,0 25,3	26,2	26,2
---------------	------------	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Bund und Land tragen nach einem Abkommen die Kosten für die Instandhaltung und Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe in Schleswig-Holstein je zur Hälfte.
Vgl. Titel 231 05.

671 01	873	Erstattung von Verwaltungskosten an die Investitionsbank Schleswig-Holstein	82,8 0,0	41,4	41,4
---------------	------------	--	--------------------	-------------	-------------

41,4 T€ übertragen von 1111 - 893 01.

Erläuterungen:

Die Abwicklung von Darlehen aus dem Kommunalen Investitionsfonds, bei denen ein Zinszuschuss aus Mitteln des Schleswig-Holstein Fonds (SHF) gewährt wird, wurde ab 1. Januar 2006 auf die Investitionsbank Schleswig-Holstein übertragen. Diese Zinszuschüsse werden über die grundsätzliche Laufzeit hinaus auch im Jahr 2010 im Rahmen des SHF gewährt, sodass entsprechende Verwaltungskosten auch im Jahr 2010 zu erstatten sind.
Siehe Titel 893 01.

676 01	625	Erstattung der Aufwendungen für das Projekt COMRISK im Rahmen des INTERREG III B-Nordsee-Programmes	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	------------	--	-------------------	------------	------------

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 676 01

weggefallen

676 02	625	Erstattung der Aufwendungen für das Projekt CopraNet im Rahmen von Interreg III C	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

weggefallen

681 01	019	Ehrungen	0,6 0,1	0,6	0,6
--------	-----	-----------------	-------------------	------------	------------

3,0 T€ übertragen nach 0301 - 681 03.

681 02	019	Ersatzleistungen für Schäden aus Staatshaftung	5,0 0,0	5,0	5,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zahlungen für Schäden aus Staatshaftung nach dem Gesetz über die Errichtung allgemeiner unterer Landesbehörden in Schleswig-Holstein in der Fassung vom 3. April 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 406), zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. Februar 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 57), sowie Zahlungen für sonstige Schäden aus Staatshaftung. Der Ansatz ist geschätzt.

685 01	249	Pflege der Kriegsgräber aus den Jahren 1848 bis 1851 und 1864	3,0 3,0	3,0	3,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Die Pflege der Kriegsgräber aus den Jahren 1848 bis 1851 und 1864 wird vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund wahrgenommen. Die dabei entstehenden Kosten werden jeweils jährlich abgerechnet.

685 02	019	Zuschüsse an deutsche Vereine und Organisationen	0,4 0,4	0,4	0,4
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Zuschuss an die Deutsche Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften in Bonn.

685 03	011	Zuschuss für die Arbeitsgemeinschaft für Schwerbehinderte der obersten Bundes- und Landesbehörden in Bonn	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

weggefallen

685 05	681	Anteil an den Kosten des Deutschen Instituts für Bautechnik, Berlin	172,0 162,0	162,0	162,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Gegenseitig deckungsfähig mit 0401-632 05, 0401-632 06 und 0401-685 06.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Kostenanteil des Landes am Deutschen Institut für Bautechnik (DIBt), Berlin, gemäß Gesetz über das DIBt-Änderungsabkommen vom 6. Juni 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 287) nach dem Königsteiner Schlüssel.

685 06	681	Anteil an den Kosten des Forschungsprogramms bei dem Deutschen Institut für Bautechnik, Berlin	43,0 33,2	38,0	38,0
--------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

Gegenseitig deckungsfähig mit 0401-632 05, 0401-632 06 und 0401-685 05.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Kostenanteil des Landes gemäß Beschluss der Ministerkonferenz der ARGEBAU vom 22. Februar 1973 zur Finanzierung von bautechnischen Untersuchungen auf dem Gebiet der Bauaufsicht über das Deutsche Institut für Bautechnik Berlin nach dem Königsteiner Schlüssel.

685 07	011	Zuschuss an Körperschaften, Verbände und ähnliche Einrichtungen für Projekte der Landesinitiative Informationsgesellschaft Schleswig-Holstein	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 685 07

weggefallen

685 08	681	Zuschüsse an das Oberprüfungsamt Frankfurt	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

weggefallen

811 01	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	------------------------------------	-------------------	------------	------------

weggefallen

812 01	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	17,0 15,6	42,0	20,0
---------------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Mehr in Folge der Veranschlagung der Kosten einer neuen Frankiermaschine für die zentrale Postausgangsstelle.

893 01	873	Zuweisungen an den Kommunalen Investitionsfonds für Zinszuschüsse aus dem Schleswig-Holstein Fonds	3.000,0 691,6	4.000,0	4.000,0
---------------	-----	---	-------------------------	----------------	----------------

4.000,0 T€ übertragen von 1111 - 893 01.

Erläuterungen:

Seit dem 1. Januar 2006 werden Darlehen aus dem Kommunalen Investitionsfonds bewilligt, bei denen ein Zinszuschuss aus Mitteln des Schleswig-Holstein Fonds (SHF) gewährt wird. Diese Zinszuschüsse werden über die grundsätzliche Laufzeit hinaus auch im Jahr 2010 im Rahmen des SHF gewährt.

916 05	951	Zuführung an die Rücklage "Sabbatjahr"	0,0 48,0	0,0	0,0
---------------	-----	---	--------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei den Titeln 422 01 und 422 02 geleistet werden.

919 01	951	Zuführung an die Rücklage "Personal"	0,0 2.000,0	0,0	0,0
---------------	-----	---	-----------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei den Titeln der OG 42 geleistet werden; Personalausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen sind hiervon unberührt.

972 02	989	Globale Minderausgaben	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	-------------------------------	-------------------	------------	------------

Die Globalen Minderausgaben können grds. auch durch nicht zweckgebundene Mehreinnahmen sowie durch Mehreinnahmen bei 0401 - 131 01 gedeckt werden.

06 Raumordnung

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 119 06, 231 06 und 271 07 geleistet werden. Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Erläuterungen:

In der MG 06 sind die Kosten für die Erarbeitung/Beschaffung von Planungsgrundlagen, Anhörungsentwürfen und Veröffentlichungen von Raumordnungsplänen und -berichten sowie die Durchführung von Raumordnungskonferenzen/-Workshops zusammengefasst.

Die Abteilung Landesplanung nutzt zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch externen Sachverstand und Beratung.

531 06	422	Raumordnungspläne und -berichte	20,0 15,2	20,0	20,0
---------------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

(MG 06)

535 06	422	Raumentwicklung	34,0 86,4	34,0	56,0
---------------	-----	------------------------	---------------------	-------------	-------------

(MG 06)

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 535 06

Erläuterungen:

Veranschlagt sind für die Erarbeitung von Planungsgrundlagen für Raumordnungspläne und -berichte sowie Förderung interkommunaler/ regionaler Zusammenarbeit:

		2009 EUR	2010 EUR
1.	Kommunikationskonzept Landesplanung	10.000	0
2.	Weiterentwicklung und Unterstützung interkommunaler/regionaler Zusammenarbeit	21.000	31.000
3.	Raumordnerische Abstimmungsverfahren On- und Offshore Wind	2.000	2.000
4.	Beschaffung analoger Karten und digitaler Daten	1.000	1.000
5.	Erarbeitung einer Bevölkerungsvorausberechnung für die schl.-holst. Kreise und kreisfreien Städte	0	22.000
Summe		34.000	56.000

632 02	422	Raumordnungskonferenzen	87,0	72,0	72,0
(MG 06)			73,6		

20,5 T€ übertragen nach 0911 - 671 01, 5,5 T€ übertragen nach 0911 - 671 02.

Erläuterungen:

Ziel:

Stärkung der schleswig-holsteinischen Teilhabe an der Metropolregion Hamburg und der norddeutschen Kooperation sowie Weiterentwicklung der europäischen Raumordnung einschließlich der Mitfinanzierung europäischer Kooperationsprojekte.

Über die Erarbeitung von Plänen hinaus sollen raumordnungspolitische Leitbilder entwickelt und in konkrete Handlungskonzepte umgesetzt werden.

Veranschlagt sind:

		2009 EUR	2010 EUR
1.	Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg	51.000	51.000
2.	Förderung der europäischen Raumordnung sowie europäischer Kooperationsprojekte	21.000	21.000
Summe		72.000	72.000

633 06	422	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,0	0,0	0,0
(MG 06)			0,0		

weggefallen

685 04	422	Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0,0	0,0	0,0
(MG 06)			0,0		

weggefallen

Summe der Maßnahmegruppe 06			141,0	126,0	148,0
			175,2		

07 Statistik

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Erläuterungen:

Strategischer Aufgabenbereich: Geo-Informationen und Statistik.

Vgl. Vorwort Buchstabe F.

Veranschlagt ist der anteilige Zuschuss des Trägerlandes Schleswig-Holstein für das Statistische Amt Hamburg und Schleswig-Holstein gem. Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung eines gemeinsamen Statistischen Amtes als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts vom 27. August 2003.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
633 07	014	Erstattung von Ausgaben der Gemeinden für die Durchführung des Zensus 2011	0,0	0,0	0,0
	(MG 07)		0,0		
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
685 09	014	Zuschuss an Hamburg für Personal- und Verwaltungsausgaben des Statistischen Amtes Hamburg / Schleswig-Holstein	7.399,5	16.422,2	17.036,2
	(MG 07)		15.036,4		
		343,8 T€ übertragen nach 0501 - 685 04 61,1 T€ übertragen nach 0601 - 685 04			
		Erläuterungen: Mehr in Folge der Veranschlagung der Ausgaben für den Zensus 2011.			
685 10	014	Zuschuss an Hamburg für Statistiken der Fachressorts	0,0	0,0	0,0
	(MG 07)		178,6		
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 381 01 geleistet werden.			
894 01	014	Zuschuss an Hamburg für Investitionen des Statistischen Amtes Hamburg / Schleswig-Holstein	258,0	258,0	258,0
	(MG 07)		373,0		
Summe der Maßnahmegruppe 07			7.657,5	16.680,2	17.294,2
			15.588,0		
61 Modernisierung der Verwaltung					
Erläuterungen: Veranschlagt sind Ausgaben zur Durchführung und Umsetzung von Modernisierungsprojekten der Landesregierung im Geschäftsbereich des Innenministeriums (ohne Polizei).					
511 61	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10,0	1,0	1,0
	(TG 61)		0,0		
525 61	011	Aus- und Fortbildung	35,0	31,0	31,0
	(TG 61)		4,0		
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:			
				2009	2010
				EUR	EUR
		1. Revisionslehrgänge		11.000	11.000
		2. Ergänzungslehrgänge dMB (Berichtswesen usw.)		9.000	9.000
		3. KLR-Seminare		11.000	11.000
		Summe		31.000	31.000
534 61	011	Kosten der Verwaltungsreform und der Modernisierung	1,0	1,0	1,0
	(TG 61)		0,7		
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Ausgaben der Durchführung von Sitzungen incl. Nebenkosten der unterschiedlichen Projektarbeitsgruppen und sonstigen Pilotvorhaben zur Verwaltungsreform und -modernisierung im Innenministerium.			
812 61	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0	0,0	0,0
	(TG 61)		0,0		
		weggefallen			

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Summe der Titelgruppe 61	46,0	33,0	33,0
	4,7		

62 Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die gesamten Kosten der Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

422 62	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	207,8	435,9	429,1
(TG 62)			410,2		

232,6 T€ übertragen von 0401 - 428 62 (TG 62).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.
Vgl. Vorwort Buchstabe F.

425 62	011	Vergütungen der Angestellten	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			0,0		

Künftig wegfallend.

In Folge der Überleitung in den TV-L sind Mittel und Stellen gem. § 11 Abs. 5 HHG 2007/2008 in die entsprechenden Titel der Gruppe 428 umgesetzt worden.

428 62	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.978,5	1.697,7	1.636,9
(TG 62)			692,5		

232,6 T€ übertragen nach 0401 - 422 62 (TG 62).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.
Vgl. Vorwort Buchstabe F.

453 62	012	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			7,3		

517 62	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (Wärmeversorgung der FHVD)	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			0,0		

weggefallen

518 62	012	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			0,0		

weggefallen

525 62	012	Aus- und Fortbildung	730,5	521,7	521,7
(TG 62)			333,1		

Erstattungen Dritter für Assessment-Center können von den Ausgaben abgesetzt werden.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 525 62

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Einstellungswettbewerb	68.800	58.800
2.	Kosten für die Ausbildung		
2.1	gehobener Dienst	72.900	90.800
2.2	Auszubildende zu Verwaltungsfachangestellten	32.800	75.000
2.3	Gebühren zusätzliche Lehrkraft für FHVD	13.100	11.500
2.4	Rechtsreferendarinnen und -referendare	82.900	70.900
2.5	Reisekosten	12.400	10.600
3.	Kosten für die Fortbildung		
3.1	Ressortübergreifende Fortbildung	155.900	133.200
3.2	Fachbezogene und fachübergreifende Fortbildung der Beschäftigten des IM mit Ausnahme des Bereichs "Polizeivollzugsdienst"	82.900	70.900
Summe		521.700	521.700

526 62	011	Ärztliche Untersuchungen	0,0	2,5	2,5
(TG 62)			0,0		

Übertragen von 0401 - 526 05

632 62	131	Kostenanteil des Landes für die Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer	70,7	77,7	78,4
(TG 62)			68,6		

Erläuterungen:

Anteil des Landes zur Unterhaltung der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer aufgrund des Verwaltungsabkommens vom 23. April/23. September 1952 über die Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer und einem ergänzenden Finanzierungsabkommen.

671 62	012	Anteilige Erstattung für die Mitbenutzung der Kantine von Dataport durch die Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung	35,8	35,8	35,8
(TG 62)			0,0		

685 62	133	Kostenanteil des Landes für das Ausbildungszentrum für Verwaltung	554,4	420,0	420,0
(TG 62)			447,3		

Erläuterungen:

Anteil des Landes für das Ausbildungszentrum für Verwaltung nach § 6 Abs. 2 Satz 2 des Ausbildungszentrumsgesetzes vom 9. Juli 2003 (GVObI. Schl.-H., S. 320), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Februar 2007 (GVObI. Schl.-H., S. 184),

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	für die Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung	380.000	380.000
2.	für die Verwaltungsakademie	40.000	40.000
Summe		420.000	420.000

Weniger aufgrund der Kostenprognose des Ausbildungszentrums für Verwaltung.

Summe der Titelgruppe 62		3.577,7	3.191,3	3.124,4
		1.959,0		

63 Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums

422 63	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0	0,0	0,0
(TG 63)			0,0		

Gegenseitig deckungsfähig mit 0401 - 428 63 (TG 63).

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 422 63

Erläuterungen:

Veranschlagte Personalkosten im Hinblick auf die outputorientierte Budgetierung.
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

425 63	011	Vergütungen der Angestellten	0,0	0,0	0,0
(TG 63)			0,0		

Künftig wegfallend.

Übertragen nach 0401 - 428 63 (TG 63)

426 63	011	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	0,0	0,0	0,0
(TG 63)			0,0		

Künftig wegfallend.

Übertragen nach 0401 - 428 63 (TG 63)

428 63	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.828,1	2.828,1	2.828,1
(TG 63)			1.935,0		

Gegenseitig deckungsfähig mit 0401 - 422 63 (TG 63).

511 63	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10,0	10,0	10,0
(TG 63)			11,7		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Büromaterial	2.000	2.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	1.000	1.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	0	0
4.	Fernmeldegebühren	3.000	3.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	1.000	1.000
6.	Ergänzungsbeschaffungen von Geräten	0	0
7.	Unterhaltung von Geräten	3.000	3.000
8.	Sonstiges	0	0
Summe		10.000	10.000

514 63	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	454,4	480,0	497,0
(TG 63)			449,3		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	184.000	189.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	8.000	8.000
3.	Verbrauchsmittel	288.000	300.000
4.	Sonstiges	0	0
Summe		480.000	497.000

Mehr wegen erhöhter Kosten für Kraftstoff und Instandsetzungen.

Der Ministerpräsident bzw. die Ministerpräsidentin, die Landesministerinnen und Landesminister, die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, die Regierungssprecherin bzw. der Regierungssprecher können über Dienstwagen nach Maßgabe der Richtlinie der Landesregierung für die persönliche Benutzung von Dienstkraftwagen im Lande Schleswig - Holstein vom 10. März 1994 verfügen.

Bei der Dienst- und Schutzkleidung ist die Ersatzbeschaffung für 1 Kfz.- Meisterin oder Kfz.- Meister, 35 Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer sowie die Reinigung der Schutzkleidung berücksichtigt.

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 514 63

Bestand an Fahrzeugen	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010	Bestand am 01.02.2008
Sicherheitsfahrzeug	1	1	1	1
PKW mit Fahrer	37	32	32	32
Selbstfahrer	27	40	40	40
Zusammen	65	73	73	73

518 63	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume, Leasingkosten für Dienstkraftfahrzeuge	186,2	191,0	201,0
(TG 63)			152,2		

7,5 T€ übertragen von 0302 - 518 99.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Garagenmieten für Dienstkraftfahrzeuge	11.000	11.000
2.	Leasingkosten für 64 Dienstkraftfahrzeuge incl. Chefwagen	180.000	190.000
	Summe	191.000	201.000

525 63	011	Aus- und Fortbildung	8,0	8,0	8,0
(TG 63)			4,5		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Fortbildungskosten für die Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer für das Sicherheitstraining mit Fahrzeugen und Fortbildung für das Büropersonal.

527 63	011	Dienstreisen	51,0	47,0	51,0
(TG 63)			43,7		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	45.000	49.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	2.000	2.000
	Summe	47.000	51.000

811 63	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen	86,0	0,0	49,0
(TG 63)			38,6		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Erstmalige Anschaffungen	0	0
2.	Ersatzbeschaffungen		
2.1	1 VW-Bus	0	49.000
	Summe	0	49.000

Summe der Titelgruppe 63	3.623,7	3.564,1	3.644,1
	2.635,0		

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

66 Ausgleichsabgabe nach SGB IX

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe mit Ausnahme der Titel der Obergruppe 42.

Erläuterungen:

In der TG 66 werden die im Zusammenhang mit der Beschäftigung Schwerbehinderter anfallenden Ausgaben des Innenministeriums zentral zusammengefasst.

422 66	291	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0	0,0	0,0
(TG 66)			0,0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

425 66	291	Vergütungen der Angestellten	0,0	0,0	0,0
(TG 66)			0,0		

Künftig wegfallend.

Übertragen nach 0401 - 428 66 (TG 66)

428 66	291	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	59,8	58,6	56,8
(TG 66)			60,8		

632 66	291	Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch - (SGB IX)	226,8	37,8	63,0
(TG 66)			-16,7		

Erläuterungen:

Nach § 77 Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch - (SGB IX) Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen - vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 444), sind die Arbeitgeber verpflichtet, für jeden unbesetzten Pflichtarbeitsplatz für schwerbehinderte Menschen eine Ausgleichsabgabe zu entrichten. Die Pflichtquote liegt bei 5 v.H. Als Ausgleichsabgabe sind pro nicht besetzten Arbeitsplatz für schwerbehinderte Menschen bei einer jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsquote von 3 v.H. bis unter 5 v.H. monatlich 105 € zu zahlen. Die Abrechnung erfolgt für das vorangegangene Kalenderjahr.

Für das Land Schleswig-Holstein lag die Beschäftigungsquote im Jahr 2007 bei 5,00 v.H. Eine Ausgleichsabgabe war folglich nicht zu zahlen. Folgende Daten werden für das Kalenderjahr 2007 zu Grunde gelegt:

Pflichtplätze: 33.482 - davon besetzt durch schwerbehinderte Menschen 33.588 - unbesetzte Pflichtplätze: keine.

	Arbeitsplätze nach § 73 Abs. 1-3 SGB IX	Pflichtquote (5 v.H.)	durch Schwerbehinderte besetzte Arbeitsplätze
Landtag	1.394	70	154
Landesrechnungshof	1.092	55	198
Staatskanzlei	3.542	177	424
Innenministerium	103.313	5.166	5.470
Finanzministerium	61.056	3.053	3.155
Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	28.300	1.415	2.270
Ministerium für Bildung und Frauen	314.380	15.719	12.843
Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa	60.394	3.020	3.229
Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren	11.314	566	1.391
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	84.860	4.243	4.454
Zusammen	669.645	33.484	33.588

Summe der Titelgruppe 66

286,6

96,4

119,8

44,0

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
69 Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg					
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen der TG 69 überschritten werden. Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.					
Erläuterungen:					
Vgl. TG 71.					
Die TG 69 dient der Abwicklung der eingegangenen Verpflichtungen aus den Vorjahren. Neuverpflichtungen erfolgen zukünftig aus Mitteln der TG 71.					
623 69	692	Schuldendiensthilfen an Kreise und Gemeinden	0,0	0,0	0,0
(TG 69)			0,0		
weggefallen					
853 69	692	Darlehen an Kreise und Gemeinden	0,0	0,0	0,0
(TG 69)			0,0		
weggefallen					
883 69	692	Zuweisungen an Kreise und Gemeinden	1.278,0	0,0	0,0
(TG 69)			471,1		
Erläuterungen:					
Leertitel zur Abwicklung.					
887 69	692	Zuweisungen an Zweckverbände	0,0	0,0	0,0
(TG 69)			0,0		
Erläuterungen:					
Leertitel zur Abwicklung.					
Summe der Titelgruppe 69			1.278,0	0,0	0,0
			471,1		
71 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg					
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 333 71 (TG 71) und der Mehreinnahmen bei 332 71 (TG 71) überschritten werden. Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.					
Erläuterungen:					
Am 1. Dezember 2005 haben die Länder Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein einen trilateralen Staatsvertrag mit dem Ziel abgeschlossen, die Förderfonds Hamburg-Niedersachsen und Hamburg-Schleswig-Holstein als die zentralen Instrumente der Zusammenarbeit der drei Länder zur Unterstützung des gemeinsamen Entwicklungsprozesses in der Metropolregion haushaltswirtschaftlich auf ein belastbares Fundament zu stellen.					
Danach verpflichten sich die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg, jeweils einen jährlichen Betrag in Höhe von 871.000 € für den Förderfonds Hamburg-Schleswig-Holstein zur Verfügung zu stellen.					
Die Fördergebietskulisse bilden die Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Herzogtum-Lauenburg, Steinburg und Dithmarschen. Aus dem Ansatz können auch Landesgrenzen übergreifende Maßnahmen im Gebiet der Metropolregion Hamburg gefördert werden, die im Interesse der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg liegen.					
883 71	692	Zuweisungen an Kreise und Gemeinden für grenzüberschreitende infrastrukturelle Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg	208,0	1.742,0	1.742,0
(TG 71)			109,9		

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 883 71

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010
Neuverpflichtung insgesamt	1.742	1.742
Davon fällig Haushaltsjahr 2010	1.742	
Davon fällig Haushaltsjahr 2011		1.742
Davon fällig Haushaltsjahr 2012		
Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff		

767,0 T€ übertragen von 1102 - 883 16.

Erläuterungen:

Zuwendung

Die Belastung der Haushaltsjahre 2009 und 2010 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorvorjahre (bis 2007) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2008 und 2009 stellt sich wie folgt dar:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre	0	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2008	0	0
3.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2009		1.742.000
	Summe	0	1.742.000

Die Freie und Hansestadt Hamburg trägt 50 v. H. der Ausgaben gemäß Staatsvertrag vom 1. Dezember 2005. Vgl. Titel 332 71 (TG 71).

887 71	692	Zuweisungen an Zweckverbände	0,0	0,0	0,0
(TG 71)			0,0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Titelgruppe 71	208,0	1.742,0	1.742,0
	109,9		

72 Ausgaben für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe und zu Gunsten 0401 - 534 03.

Erläuterungen:

Umsetzung der Unfallverhütungsvorschrift "Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit" der Unfallkasse Schleswig-Holstein für den Geschäftsbereich des Innenministeriums. Die Unfallverhütungsvorschrift wurde aufgrund des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Arbeitssicherheitsgesetz - ArbSichG /ASiG) vom 12. Dezember 1973 (BGBl. I S.1885), zuletzt geändert durch Artikel 226 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGLBl. I S. 2407), erlassen.

427 72	012	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0	0,0
(TG 72)			0,0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

511 72	012	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	30,0	30,0	30,0
(TG 72)			0,0		

518 72	012	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	1,0	1,0	1,0
(TG 72)			0,0		

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
525 72	012	Aus- und Fortbildung	10,0	10,0	10,0
	(TG 72)		3,7		
533 72	012	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit	250,0	250,0	250,0
	(TG 72)		126,0		
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind die Maßnahmen zur Umsetzung der Unfallverhütungsvorschrift "Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit" der Unfallkasse Schleswig-Holstein für den Geschäftsbereich des Innenministeriums sowie allgemeine Ausgaben für die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung.			
812 72	012	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0	0,0	0,0
	(TG 72)		0,0		
		Erläuterungen:			
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
Summe der Titelgruppe 72			291,0	291,0	291,0
			129,7		
Summe der Ausgaben			41.910,0	52.359,0	47.941,5
			41.031,1		

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.017,7 592,0	488,4	386,2
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	830,8 1.323,7	5.235,9	835,9
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	104,0 401,5	871,0	871,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 178,6	0,0	0,0
Gesamteinnahmen			1.952,5 2.495,9	6.595,3	2.093,1
41 - 49		Personalausgaben	22.177,1 16.272,3	19.583,4	18.973,1
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	4.313,6 3.618,1	8.235,2	3.761,1
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	10.572,3 17.393,1	18.498,4	19.138,3
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	4.847,0 1.699,7	6.042,0	6.069,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 2.048,0	0,0	0,0
Gesamtausgaben			41.910,0 41.031,1	52.359,0	47.941,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-39.957,5 -38.535,3	-45.763,7	-45.848,4

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Das Kapitel 04 02 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 01 Förderung des Sports über den Landessportverband Schleswig-Holstein
- 02 Allgemeine Sportförderungsmaßnahmen und Sportstättenbau des Landes
- 03 Finanzierung/Förderung des Baus von Sportstätten für den Hochleistungssport aus Bundeszuweisungen

Einnahmen

119 02	324	Rückzahlungen aus der Förderung des außerschulischen Sports	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorgesehen für Einnahmen aus der Aufhebung von Zuwendungsbescheiden, Überzahlungen oder Abrechnungen von geförderten Maßnahmen.
Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 0402-686 02 zu verwenden.

331 01	323	Zuweisungen von Bundesmitteln zur Finanzierung/Förderung des Baues von Sportstätten für den Hochleistungssport	0,0 0,0	60,0	60,0
---------------	-----	---	-------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 0402-MG 03 zu verwenden.

381 01	991	Einnahmen aus dem Zweckertrag nach dem Gesetz zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (GlüStV AG)	6.174,0 0,0	6.174,0	6.174,0
---------------	-----	---	-----------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Nach § 10 Abs. 1 GlüStV AG vom 13. Dezember 2007 (GVOBl. S-H S. 524) hat "NordwestLotto Schleswig-Holstein" Zweckabgaben an das Land abzuführen.

Nach Abzug der sich aus § 10 Absätze 2 und 3 GlüStV AG ergebenden Verpflichtungen sind gem. § 10 Abs. 4 Nr. 1 GlüStV AG vom verbleibenden Betrag 8 %, mindestens 6,3 Mio. €, zur Förderung des Sports nach § 11 GlüStV AG zu verwenden.

Gem. § 11 Abs. 1 GlüStV AG sind durch das für Sport zuständige Ministerium 90 % dem Landessportverband Schleswig-Holstein e.V. zur Förderung des Sports zuzuwenden (siehe Titel 684 02). Für die allgemeine Förderung des außerschulischen Sports (zuständig ist das Innenministerium, siehe Titel 686 02) stehen 8 % und für die Förderung des außerunterrichtlichen Schulsports (zuständig ist das Ministerium für Bildung und Frauen) 2 % zur Verfügung.

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 684 02 und 686 02 zu verwenden.

		Summe der Einnahmen	6.174,0 0,0	6.234,0	6.234,0
--	--	----------------------------	-----------------------	----------------	----------------

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Ausgaben

422 01	324	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	108,3 108,2	106,0	102,6
---------------	------------	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.
Vgl. Vorwort Buchstabe F.

425 01	011	Vergütung der Angestellten	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	------------	-----------------------------------	-------------------	------------	------------

Künftig wegfallend.

428 01	324	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	------------	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.
Vgl. Vorwort Buchstabe F.
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

546 01	324	Kosten der Sportministerkonferenz	0,0 0,0	80,0	80,0
---------------	------------	--	-------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Schleswig-Holstein ist in den Jahren 2009 und 2010 das Vorsitzland der Sportministerkonferenz. Veranschlagt für jährlich jeweils vier Sportreferententagungen und mindestens eine Ministerkonferenz.

684 02	324	Institutionelle Förderung des Landessportverbandes und seiner Einrichtungen	5.670,0 5.670,0	5.670,0	5.670,0
---------------	------------	--	---------------------------	----------------	----------------

Mehrausgaben dürfen bis zu 91,84 v.H. der Mehreinnahmen bei Titel 381 02 geleistet werden.

Übertragbar einschließlich der nicht verbrauchten Einnahmen.

Erläuterungen:

Siehe Titel 381 01.

686 02	324	Förderung des außerschulischen Sports	504,0 500,2	504,0	504,0
---------------	------------	--	-----------------------	--------------	--------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0402 - 119 02 geleistet werden.

Übertragbar einschließlich der nicht verbrauchten Einnahmen.

Darüber hinaus dürfen Mehrausgaben in Höhe von 8,16% der tatsächlichen Mehreinnahmen bei Titel 0402-381 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	0	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2008	0	0
Summe		0	0

01 Förderung des Sports über den Landessportverband Schleswig-Holstein

684 01	324	Institutionelle Förderung des Landessportverbandes und seiner Einrichtungen	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	------------	--	-------------------	------------	------------

(MG 01)

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 684 01

Weggefallen

684 03	324	Sozialpräventive Arbeit im Sport aus dem Zweckertrag des Spiels 77	0,0	0,0	0,0
(MG 01)			0,0		

Weggefallen

684 04	324	Sportförderung aus dem Zweckertrag der Losbrieflotterie	0,0	0,0	0,0
(MG 01)			0,0		

Weggefallen

893 01	324	Sportförderung - Investitionen - aus dem Zweckertrag des Spiels 77	0,0	0,0	0,0
(MG 01)			0,0		

Weggefallen

Summe der Maßnahmegruppe 01			0,0	0,0	0,0
			0,0		

02 Allgemeine Sportförderungsmaßnahmen und Sportstättenbau des Landes

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

547 02	324	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0,0	0,0	0,0
(MG 02)			0,0		

Weggefallen

681 02	324	Auszeichnung von Studentinnen und Studenten für die Mitarbeit in Sportvereinen und -verbänden (Sportpreis)	0,0	0,0	0,0
(MG 02)			0,0		

Weggefallen

883 02	323	Baumaßnahmen - Sportstättenbau -	0,0	0,0	0,0
(MG 02)			0,0		

Weggefallen

Summe der Maßnahmegruppe 02			0,0	0,0	0,0
			0,0		

03 Finanzierung/Förderung des Baus von Sportstätten für den Hochleistungssport aus Bundeszuweisungen

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 01 geleistet werden.

Übertragbar einschließlich der nicht verbrauchten Einnahmen.

Erläuterungen:

Der Bund fördert nach den "Förderrichtlinien Stützpunktsystem" (FRS) Olympiastützpunkte, Bundesleistungszentren und Bundesstützpunkte bei anteiliger Beteiligung des Landes und der Kommunen.

Landesmittel sind bei Titel 0402-686 02 veranschlagt.

883 03	323	Zuweisungen des Bundes für den Bau von Sportstätten für den Hochleistungssport an Kreise und Gemeinden	0,0	60,0	60,0
(MG 03)			0,0		

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 883 03

Erläuterungen:

In Schleswig-Holstein werden Olympiastützpunkte/Häuser der Athleten gefördert; z. Zt. Ratzeburg/Rudern. Siehe Titel 331 01.

893 03	323	Zuweisungen des Bundes für den Bau von Sportstätten für den Hochleistungssport an Verbände und Vereine	0,0	0,0	0,0
(MG 03)			0,0		

Erläuterungen:

siehe Titel 331 01 und 883 03 (MG 03).

Summe der Maßnahmegruppe 03			0,0	60,0	60,0
			0,0		

Summe der Ausgaben			6.282,3	6.420,0	6.416,6
			6.278,4		

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
Abschluss					
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0,0 0,0	0,0	0,0
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	0,0 0,0	60,0	60,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	6.174,0 0,0	6.174,0	6.174,0
Gesamteinnahmen			6.174,0 0,0	6.234,0	6.234,0
41 - 49		Personalausgaben	108,3 108,2	106,0	102,6
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	0,0 0,0	80,0	80,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	6.174,0 6.170,2	6.174,0	6.174,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0,0 0,0	60,0	60,0
Gesamtausgaben			6.282,3 6.278,4	6.420,0	6.416,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-108,3 -6.278,4	-186,0	-182,6

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Das Kapitel 04 03 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 61 Personal des Landesvermessungsamtes Schleswig-Holstein
- 69 Outputorientierte Personalkosten

Einnahmen

111 01	421	Gebühren und tarifliche Entgelte	10.900,0 9.158,9	10.900,0	10.900,0
--------	-----	---	----------------------------	-----------------	-----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Gebühren nach der Landesverordnung über Gebühren der Vermessungs- und Katasterbehörden vom 7. Januar 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 40).

112 01	421	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	0,5 0,0	0,5	0,5
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

119 02	421	Einnahmen der Verwaltungsbereiche der Katasterverwaltung und des Landesvermessungsamtes	1,5 0,7	1,5	1,5
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Erlöse aus dem Verkauf von Altmaterial, Einnahmen aus Aufträgen Dritter und sonstige Verwaltungseinnahmen.

119 99	421	Vermischte Einnahmen	1,0 2,9	2,0	2,0
--------	-----	-----------------------------	-------------------	------------	------------

124 01	421	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	4,0 3,8	4,0	4,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	aus Dienstwohnungen (Vorjahr: 1)	0	0
2.	aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Gebäuden, Wohnungen und dgl. an Landesbedienstete	0	0
3.	1 Mietwohnung an Dritte (Vorjahr: 1)	3.000	3.000
4.	Sonstige Einnahmen	1.000	1.000
Summe		4.000	4.000

125 01	421	Einnahmen aus der Abgabe von amtlichen Karten und Sonderkarten	210,0 171,0	190,0	190,0
--------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

125 02	421	Einnahmen aus Vermessungs-, kartographischen, photographischen, kopiertechnischen und Druckerarbeiten	450,0 348,8	400,0	400,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

125 04	421	Einnahmen aus der Bearbeitung der hamburgischen Gebietsanteile der topographischen Kartenwerke	51,0 0,0	25,0	25,0
--------	-----	---	--------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zahlungen der Freien und Hansestadt Hamburg, die dem Land Schleswig-Holstein die Selbstkosten für die Bearbeitung von hamburgischen Landeskartenwerken gem. Abkommen vom 6.9./15.10.1963 erstattet.

Durch Umstellung auf ein weitgehend automationsunterstütztes Bearbeitungsverfahren werden die Selbstkosten des Landes und damit auch die Erstattungen der Freien und Hansestadt Hamburg sinken.

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
132 01	421	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	8,0 7,7	8,0	8,0
		Erläuterungen: Veranschlagt ist der Erlös aus dem Verkauf von abgängigen Dienstfahrzeugen. Vgl. Titel 811 01.			
232 01	421	Zuweisungen für zweckgebundene Ausgaben für Boden- und Grundwasserschutz	0,0 0,0	0,0	0,0
		Weggefallen			
233 01	421	Zuweisungen von Kreisen und Gemeinden	125,0 128,8	135,0	135,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind: Erstattung der Sachkosten für die Führung und Unterhaltung der Geschäftsstelle der Gutachterausschüsse			
				2009	2010
				EUR	EUR
		1. Hansestadt Lübeck		40.000	40.000
		2. Stadt Flensburg		20.000	20.000
		3. Kreis Ostholstein		30.000	30.000
		4. Kreis Pinneberg		15.000	15.000
		5. Kreis Plön		15.000	15.000
		6. Kreis Herzogtum Lauenburg		15.000	15.000
		Summe		135.000	135.000
261 01	421	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben im Flurbereinigungsverfahren u.ä.	50,0 0,0	30,0	30,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Erstattungen von Nebenkosten und Auslagen für Schlussvermessungen im Flurbereinigungsverfahren durch die Teilnehmergeellschaften.			
Summe der Einnahmen			11.801,0 9.822,7	11.696,0	11.696,0

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Ausgaben

422 01	421	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	4.159,0 4.100,3	4.136,8	4.136,8
22,2 T€ übertragen nach 0401 - 422 01.					
422 03	421	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst	0,0 5,8	0,0	0,0
Künftig wegfallend.					
425 01	421	Vergütungen der Angestellten	0,0 0,0	0,0	0,0
Künftig wegfallend.					
In Folge der Überleitung in den TV-L sind Mittel und Stellen gem. § 11 Abs. 5 HHG 2007/2008 in die entsprechenden Titel der Gruppe 428 umgesetzt worden.					
426 01	421	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	0,0 0,0	0,0	0,0
Künftig wegfallend.					
In Folge der Überleitung in den TV-L sind Mittel und Stellen gem. § 11 Abs. 5 HHG 2007/2008 in die entsprechenden Titel der Gruppe 428 umgesetzt worden.					
427 01	421	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	345,8 32,5	345,8	345,8
428 01	421	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	15.134,9 15.326,6	15.034,9	14.934,9
453 01	421	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	50,0 9,7	50,0	50,0
Deckungsfähig mit 0401 - 453 01.					
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind:					
				2009	2010
				EUR	EUR
1.		Trennungsgeld		17.000	17.000
2.		Umzugskostenvergütungen		33.000	33.000
Summe				50.000	50.000
511 01	421	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	490,0 485,6	345,0	355,0

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Büromaterial	75.000	75.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	15.000	15.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	10.000	10.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	110.000	115.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	75.000	75.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	10.000	10.000
7.	Unterhaltung von Geräten	50.000	55.000
8.	Sonstiges	0	0
Summe		345.000	355.000

514 01	421	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	525,0 440,7	505,0	520,0
---------------	------------	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	240.000	250.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung (einschl. Feldaufwandsentschädigung)	45.000	45.000
3.	Verbrauchsmittel	210.000	215.000
4.	Sonstiges	10.000	10.000
Summe		505.000	520.000

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010	Bestand am 1.2.2008
Anhänger	18	18	18	18
Kleintraktoren	1	1	1	1
Selbstfahrer-Pkw	1	1	2	1
Vermessungswagen	60	58	57	60
Zusammen	80	78	78	80

517 01	421	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	215,0 196,1	215,0	220,0
---------------	------------	---	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Nebenkosten und tlw. Bewirtschaftungskosten für Dienststellen, die in nicht von der LVSH angemieteten Gebäuden untergebracht sind.

517 91	421	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch die GMSH	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	------------	--	-------------------	------------	------------

Übertragen nach 1220 - 517 91

518 01	421	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	970,0 946,5	985,0	1.005,0
---------------	------------	--	-----------------------	--------------	----------------

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 518 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind für Drittanmietungen der Dienststellen:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Katasteramt Elmshorn	219.500	239.500
2.	Katasteramt Flensburg/Schleswig	186.200	186.200
3.	Katasteramt Kiel	266.000	266.000
4.	Katasteramt Lübeck	200.000	200.000
5.	Katasteramt Nordfriesland	9.100	9.100
6.	Katasteramt Ostholstein	103.600	103.600
7.	Landesvermessungsamt Schleswig-Holstein	600	600
Summe		985.000	1.005.000

518 02	421	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	4,0 4,7	4,5	4,5
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Anmietung eines Reprozeichners beim Landesvermessungsamt.

518 91	421	Mieten für von der GMSH angemietete Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Übertragen nach 1220 - 518 91

525 01	421	Aus- und Fortbildung	71,0 67,6	71,0	71,0
---------------	-----	-----------------------------	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Ausbildung		
1.1	Internatsmäßige Unterbringung der Auszubildenen im Rahmen des Berufsschulunterrichts	18.000	18.000
1.2	Unterrichtsentschädigungen, Prüfungsvergütungen, Lehrgangsgebühren usw.	13.000	13.000
1.3	Reisekostenvergütungen, Fahrkostenerstattungen im Rahmen der Ausbildung	20.000	20.000
1.4	Überbetriebliche Ausbildung	3.000	3.000
	<i>Summe zu 1.</i>	<i>54.000</i>	<i>54.000</i>
2.	Fortbildung		
2.1	Fortbildungsmaßnahmen der Katasterverwaltung bei verschiedenen Veranstaltern	17.000	17.000
	<i>Summe zu 2.</i>	<i>17.000</i>	<i>17.000</i>
Zusammen		71.000	71.000

Schulungskosten für Automationsvorhaben sind bei 1103-525 37 veranschlagt.

526 03	421	Ausgaben für die Gutachterausschüsse	21,0 25,7	25,0	25,0
---------------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

An die Mitglieder der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte sind Entschädigungen nach § 6 der Landesverordnung über die Bildung von Gutachterausschüssen über die Ermittlung von Grundstückswerten vom 6. Dezember 1989 (GVOBl. Schl.-H. S. 181) in der zurzeit geltenden Fassung zu zahlen.

Veranschlagt aufgrund der Verträge zur Übertragung der Aufgaben der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in den Kreisen Pinneberg, Plön und Herzogtum Lauenburg auf die örtlich zuständigen Katasterämter.

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
526 04	421	Sitzungsgeld und sonstige Ausgaben in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenan- gelegenheiten	4,0 2,2	4,0	4,0
Erläuterungen:					
Nach § 34 des Gesetzes über die Mitbestimmung der Personalräte (MBG Schl.-H.) vom 11. Dezember 1990 (GVOBl. Schl.-H. S. 577), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Februar 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 184) sind an die Mitglieder des Personalrates bei Sitzungen von mehr als einer Stunde Sitzungsgelder zu zahlen.					
526 05	421	Ärztliche Untersuchungen	5,0 2,0	3,0	3,0
527 01	421	Dienstreisen	250,0 61,7	230,0	230,0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind:					
				2009	2010
				EUR	EUR
1.		Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen		230.000	230.000
2.		Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen		0	0
3.		Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenan- gelegenheiten		0	0
Summe				230.000	230.000
531 01	421	Veröffentlichungen	3,0 0,3	2,0	2,0
Erläuterungen:					
Das erneuerte Liegenschaftskataster ist durch Offenlegung bekanntzugeben. Vor Beginn der Offenlegungsfrist sind Ort und Zeit der Offenlegung in ortsüblicher Weise (entsprechend der Rechtsvorschriften der betreffenden Gemeinden) bekanntzumachen.					
533 01	421	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	200,0 165,0	180,0	180,0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind:					
				2009	2010
				EUR	EUR
1.		Druck- und kartographische Arbeiten		55.000	55.000
2.		Vermessungs- und katastertechnische Arbeiten durch Dritte		5.000	5.000
3.		Vergabe von Bildflügen		120.000	120.000
Summe				180.000	180.000
533 02	421	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen für Boden- und Grundwasserschutz	0,0 0,0	0,0	0,0
weggefallen					
533 99	421	Leistungsentgelte an die GMSH	0,0 0,0	0,0	0,0
weggefallen					
534 01	421	Kosten für Umzüge von Katasterämtern	0,0 0,0	0,0	0,0
535 01	421	Kosten aus Entschädigungsansprüchen Dritter	0,5 0,0	0,5	0,5

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 535 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Bereinigung von Flurschäden bei örtlichen Vermessungsarbeiten.

545 01	421	Zahlung von Umsatzsteuer an die Finanzämter	0,0 514,0	0,0	0,0
---------------	-----	--	---------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 0403-111 01, 0403-119 02, 0403-119 99, 0403-125 01, 0403-125 02, 0403-132 01 und 0403-233 01 geleistet werden.

546 99	421	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	8,5 9,2	8,5	8,5
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Unfallrenten, sonstige Renten und Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen	0	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)	4.000	4.000
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0	0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	4.500	4.500
Summe		8.500	8.500

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 01	421	Beitrag für die Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder in Hannover	9,7 8,7	9,7	9,7
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

811 01	421	Erwerb von Dienstfahrzeugen	175,0 67,9	200,0	130,0
---------------	-----	------------------------------------	----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Erstmalige Beschaffung	0	0
2.	Ersatzbeschaffungen		
2.1	Vermessungswagen, 2,4 Liter, 65 kw (2009: 5, 2010: 3)	180.000	109.000
2.2	Pkw, 1,9 Liter, 65 kw (2009: 1, 2010: 1)	20.000	21.000
Summe		200.000	130.000

812 01	421	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	205,0 239,9	110,0	175,0
---------------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	1 GPS-Tachymeter für Landesvermessungsamt - Ersatz -	50.000	
2.	elektrooptische Entfernungsmessgeräte/GPS-Empfänger mit Registriermöglichkeit und Zubehör für Katasterämter -Ersatz- (2009: 2, 2010: 5)	60.000	175.000
Summe		110.000	175.000

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
812 02	421	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für Zwecke des Boden- und Grundwasserschutzes weggefallen	0,0 0,0	0,0	0,0
61 Personal des Landesvermessungsamtes Schleswig-Holstein					
422 61 (TG 61)	421	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten 5,5 T€ übertragen nach 0401 - 422 01. Erläuterungen: Veranschlagt sind:	1.477,1 1.435,4	1.353,0	1.353,0
				2009	2010
				EUR	EUR
1. Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten				1.300.100	1.300.100
2. Bezüge beamtete Hilfskräfte				0	0
3. Bezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst				52.900	52.900
Summe				1.353.000	1.353.000
425 61 (TG 61)	421	Vergütungen der Angestellten Künftig wegfallend. In Folge der Überleitung in den TV-L sind Mittel und Stellen gem. § 11 Abs. 5 HHG 2007/2008 in die entsprechenden Titel der Gruppe 428 umgesetzt worden.	0,0 0,0	0,0	0,0
426 61 (TG 61)	421	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter Künftig wegfallend. In Folge der Überleitung in den TV-L sind Mittel und Stellen gem. § 11 Abs. 5 HHG 2007/2008 in die entsprechenden Titel der Gruppe 428 umgesetzt worden.	0,0 0,0	0,0	0,0
427 61 (TG 61)	421	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	106,2 0,0	98,3	98,3
428 61 (TG 61)	421	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5.007,5 4.761,9	4.635,8	4.635,8
Summe der Titelgruppe 61			6.590,8 6.197,2	6.087,1	6.087,1
69 Outputorientierte Personalkosten					
Erläuterungen: Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten. Vgl. Vorwort Buchstabe F.					
422 69 (TG 69)	421	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	348,7 356,4	341,3	330,2
425 69 (TG 69)	421	Vergütungen der Angestellten	0,0 0,0	0,0	0,0

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 425 69

Künftig wegfallend.

428 69	421	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0	0,0	0,0
(TG 69)			0,0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Titelgruppe 69			348,7	341,3	330,2
			356,4		

Summe der Ausgaben			29.785,9	28.894,1	28.828,0
			29.266,1		

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
Abschluss					
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	11.626,0 9.693,9	11.531,0	11.531,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	175,0 128,8	165,0	165,0
Gesamteinnahmen			11.801,0 9.822,7	11.696,0	11.696,0
41 - 49		Personalausgaben	26.629,2 26.028,5	25.995,9	25.884,8
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.767,0 2.921,1	2.578,5	2.628,5
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	9,7 8,7	9,7	9,7
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	380,0 307,8	310,0	305,0
Gesamtausgaben			29.785,9 29.266,1	28.894,1	28.828,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-17.984,9 -19.443,4	-17.198,1	-17.132,0

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Das Kapitel 04 05 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

62 Schiffsbrandbekämpfung

Ausgaben

61 Förderung des Feuerwehrwesens

62 Schiffsbrandbekämpfung

69 Outputorientierte Personalkosten

Strategischer Aufgabenbereich: Innere Sicherheit.
Vgl. Vorwort Buchstabe F.

Die Maßnahmen des Kapitels 0405 - außer TG 62 und TG 69 - werden aus dem Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer finanziert.

Nicht verbrauchte Einnahmen fließen den Kreisen und kreisfreien Städten zur Förderung des abwehrenden Brandschutzes und der technischen Hilfe zu.

Die Titel der OG 42 mit Ausnahme der Titel der TG 69 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Titel der HG 8 mit Ausnahme der Titel der TG 61 und TG 62 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Nr.	Erläuterungstext	2009	2010
	Das veranschlagte Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer (Titel 1101 - 059 01) 2009: 11.100.000 € 2010: 11.100.000 € fließt den Kreisen und kreisfreien Städten nach Abzug der für den Betrieb, die Unterhaltung und den Ausbau der Landesfeuerweherschule erforderlichen Mittel		
1.			
1.1	Zuschuss Landesfeuerweherschule	2.385.300	2.005.300
1.2	Bauunterhaltung (Kapitel 1204)	184.900	134.900
1.3	Bewirtschaftung der Landesfeuerweherschule durch die GMSH (übertragen nach Titel 1220 - 517 05)	410.000	410.000
2.	eines dem Innenministerium zur Durchführung besonderer Maßnahmen im Bereich des Feuerwehrwesens zur Verfügung stehenden Betrages, der 15% des Steueraufkommens nicht übersteigen darf,	861.400	876.400
3.	des nach § 19 Abs. 2 FAG erforderlichen Betrages (Titel 0405 - 584 61 [TG 61])	400.000	400.000
	zur Förderung des abwehrenden Brandschutzes und der technischen Hilfe zu (Titel 0405 - 883 61 [TG 61]).	6.858.400	7.273.400
Zusammen		11.100.000	11.100.000

Einnahmen

111 01	044	Gebühren und tarifliche Entgelte	16,0 28,0	16,0	16,0
--------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Lehrgangsgebühren für 30 LT	13.500	13.500
2.	Sonstige Gebühren	2.500	2.500
Summe		16.000	16.000

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
119 99	044	Vermischte Einnahmen	0,0 0,1	0,0	0,0
124 01	044	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	5,0 6,4	5,0	5,0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind:					
				2009	2010
				EUR	EUR
1.		Einnahmen aus 1 Dienstwohnung		4.500	4.500
2.		Sonstige Einnahmen		500	500
Summe				5.000	5.000
125 01	044	Einnahmen aus der Gewährung von Verpflegung	5,0 8,9	5,0	5,0
Erläuterungen:					
Vgl. Titel 514 01.					
132 01	044	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0 82,1	10,0	15,0
231 01	044	Zuweisungen vom Bund für die Zivilschutz-ausbildung	90,0 157,1	90,0	90,0
Erläuterungen:					
Veranschlagt ist der Zuschuss des Bundes für die Ausbildung in Führungs- und Sonderlehrgängen der Feuerwehr, Anteil Zivilschutz.					
Vgl. Titel 525 01.					
62 Schiffsbrandbekämpfung					
119 62	044	Vermischte Einnahmen	0,0 0,0	0,0	0,0
(TG 62)					
231 62	044	Zuweisungen des Bundes	453,0 388,1	423,0	423,0
(TG 62)					
Erläuterungen:					
Der Bund trägt 50 v. H. der Ausgaben für die Schiffsbrandbekämpfung.					
Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben der TG 62 zu verwenden.					
232 62	044	Zuweisung von Ländern	0,0 0,0	0,0	0,0
(TG 62)					
Erläuterungen:					
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.					
233 62	044	Zuweisung von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0,0 0,0	0,0	0,0
(TG 62)					
Erläuterungen:					
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.					
Summe der Titelgruppe 62			453,0 388,1	423,0	423,0

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007		
			T€		

Summe der Einnahmen	569,0 670,7	549,0	554,0
----------------------------	------------------------------	--------------	--------------

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Ausgaben

422 01	044	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	303,7 246,7	303,7	303,7
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind:					
				2009	2010
				EUR	EUR
		1. Bezüge		297.100	297.100
		2. Lehrzulagen		6.600	6.600
		Summe		303.700	303.700
422 03	044	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst	45,0 33,3	45,0	45,0
425 01	044	Vergütungen der Angestellten	0,0 0,0	0,0	0,0
Künftig wegfallend.					
In Folge der Überleitung in den TV-L sind Mittel und Stellen gem. § 11 Abs. 5 HHG 2007/2008 in die entsprechenden Titel der Gruppe 428 umgesetzt worden.					
426 01	044	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	0,0 0,0	0,0	0,0
Künftig wegfallend.					
In Folge der Überleitung in den TV-L sind Mittel und Stellen gem. § 11 Abs. 5 HHG 2007/2008 in die entsprechenden Titel der Gruppe 428 umgesetzt worden.					
427 01	044	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	1,8 1,8	1,8	1,8
Erläuterungen:					
Der Internatsbetrieb der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein erfordert die ständige Vorhaltung des Personals. Bei Erkrankungen ist neben der Anordnung von Mehrarbeitsstunden erforderlich, auch Vertretungs- und Aushilfskräfte einzustellen.					
427 02	044	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	10,5 10,5	10,5	10,5
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind Kosten für nebenamtliche Lehrkräfte für Sonderthemen, die nicht durch Lehrkräfte der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein abgedeckt werden können (insbesondere für Spezialthemen bei der Ausbildung des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes).					
428 01	044	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.100,3 1.137,6	1.100,3	1.100,3
453 01	044	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	11,0 8,0	10,0	10,0
Erläuterungen:					
Veranschlagt ist das Trennungsgeld für die Anwärtinnen und Anwärter im gehobenen und höheren feuerwehrtechnischen Dienst.					
511 01	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	64,0 59,3	70,0	70,0

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Büromaterial	20.000	20.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	10.000	10.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	1.000	1.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunkgebühren	6.000	6.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	10.000	10.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	12.000	12.000
7.	Unterhaltung von Geräten	11.000	11.000
8.	Sonstiges	0	0
Summe		70.000	70.000

514 01	044	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	190,0 195,1	210,0	210,0
--------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 125 01 geleistet werden.

Schadenersatzleistungen Dritter und Einnahmen aus der Abgabe von Betriebsstoffen sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	75.000	75.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	15.000	15.000
3.	Verbrauchsmittel	110.000	110.000
4.	Sonstiges	10.000	10.000
Summe		210.000	210.000

Bestand an Dienstfahrzeugen	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010	Tatsächlicher Bestand am 1.2.08
Einsatzleitfahrzeuge	3	3	3	3
Gefahrgutübungsanlagen	1	1	1	1
Löschfahrzeuge	7	7	7	7
Mehrzweckfahrzeuge	4	5	5	5
Motorgeräte	2	2	2	2
Rüst- und Gerätewagen	3	3	3	3
Tragkraftspritzen	6	5	5	5
Wechseladerfahrzeuge	1	1	1	1
Abrollbehälter	2	2	2	2
Zusammen	29	29	29	29

517 01	044	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	50,0 49,6	50,0	50,0
--------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Reinigungsmittel für den Küchenbetrieb, Kleinreparaturen	10.000	10.000
2.	Wasser, Abwasser, Abfälle	40.000	40.000
Summe		50.000	50.000

517 91	044	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch die GMSH	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 517 91

Übertragen nach 1220 - 517 05.

518 99	044	Leasingraten für Kopiergeräte	16,0 5,9	10,0	10,0
---------------	-----	--------------------------------------	--------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Leasing-Kosten für 2 Kopiergeräte der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein.

525 01	044	Aus- und Fortbildung	180,0 188,0	185,0	185,0
---------------	-----	-----------------------------	-----------------------	--------------	--------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 231 01 geleistet werden.

Erstattungen aufgrund zentraler Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für den Katastrophenschutz sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009 EUR	2010 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	45.000	45.000
2.	Reisekosten und sonstige Nebenkosten	18.000	18.000
3.	Lehr- und Lernmittel	100.000	100.000
4.	Katastrophenschutzseminare	17.000	17.000
5.	Sonstiges	5.000	5.000
Summe		185.000	185.000

526 04	044	Sitzungsgeld und sonstige Ausgaben für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	1,0 1,0	1,0	1,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

526 05	044	Ärztliche Untersuchungen	1,0 0,4	1,0	1,0
---------------	-----	---------------------------------	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Kosten für die Untersuchung der Lehrkräfte der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein. Insbesondere nach dem berufsgenossenschaftlichen Grundsatz G 26 muss durch arbeitsmedizinische Vorsorguntersuchungen festgestellt werden, ob gegen das Tragen von Atemschutzgeräten gesundheitliche Bedenken bestehen.

527 01	044	Dienstreisen	6,0 5,0	6,0	6,0
---------------	-----	---------------------	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für Dienstreisen, insbesondere für die Betreuung der Ausbildung auf der Ebene der Stadt- und Kreisfeuerwehrverbände.

546 99	044	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	3,0 0,1	2,0	2,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009 EUR	2010 EUR
1.	Unfallrenten und Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen	0	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	500	500
3.	Ausschreibungen für Neueinstellungen	500	500
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	1.000	1.000
Summe		2.000	2.000

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 546 99

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommenssteuerrechts verfolgt.

811 01	044	Erwerb von Fahrzeugen	400,0 374,6	475,0	100,0
---------------	------------	------------------------------	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Erstmalige Anschaffungen	0	0
2.	Ersatzbeschaffungen		
2.1	Mehrzweckfahrzeug	0	40.000
2.2	2 Einsatzleitwagen (ELW 2)	0	60.000
2.3	2 Löschgruppenfahrzeuge HLF 20/16	475.000	0
Summe		475.000	100.000

812 01	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	30,0 23,6	30,0	30,0
---------------	------------	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Geräte für die Ausbildung des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes.

61 Förderung des Feuerwehrwesens

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Erläuterungen:

In der Titelgruppe sind die Zuweisungen an die Träger des Feuerwehrwesens und alle Ausgaben für Maßnahmen zur Förderung des Feuerwehrwesens veranschlagt.

Die Ausgaben der Titelgruppe 61 werden aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer finanziert und zweckgebunden zur Förderung des Feuerwehrwesens in Schleswig-Holstein verwendet.

526 61	044	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	------------	---	-------------------	------------	------------

(TG 61)

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 61	044	Pflege des Informationssystems	10,0 0,0	10,0	10,0
---------------	------------	---------------------------------------	--------------------	-------------	-------------

(TG 61)

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Schulungsmaßnahmen	3.100	3.100
2.	Reisekosten und Verdienstausfall der Mitglieder EDV-Ausschuss	1.100	1.100
3.	Hardware und Datenträger	2.000	2.000
4.	Anteil Pflegevertrag IGS-fire	3.800	3.800
Summe		10.000	10.000

Veranschlagt sind Kosten für die Fachanwendungen "Informationssystem über gefährliche Stoffe und Güter - IGS fire" und ein Feuerwehrverwaltungsprogramm. Es entstehen Ausgaben für Pflege, Weiterentwicklung und Erweiterung der Software sowie Wartung, Reparatur und Erweiterung der Hardware. Darüber hinaus entstehen Kosten für die Schulung der Anwenderinnen und Anwender.

534 61	044	Kosten der Verwaltungsaufsicht im Feuerwehrwesen und für Aufklärung und Werbung	75,0 58,5	90,0	100,0
---------------	------------	--	---------------------	-------------	--------------

(TG 61)

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 534 61

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Kosten der Verwaltungsaufsicht		
1.1	Reisekosten, Fachliteratur, Dienstkleidung	10.500	10.500
2.	Aufklärung und Werbung		
2.1	in der Feuerwehr		
2.1.1	allgemein (Brandschutz, Dienstbesprechungen)	1.500	1.500
2.1.2	Herausgabe von Feuerwehr-Dienstvorschriften (FwDV)	10.000	10.000
2.1.3	Herausgabe von Ausbildungsmaterialien	4.500	4.500
2.1.4	Herausgabe der Feuerwehrfachzeitschrift "UB-Unabhängige Brandschutzzeitschrift"	12.000	12.000
2.1.5	Projekt "kindgerechte Aufklärungsbroschüre" im Rahmen der Brandschutzerziehung/-aufklärung	10.000	10.000
2.2	Feuerwehrtechnische Veranstaltungen der Jugendfeuerwehren	10.500	10.500
3.	Beschaffung von Ehrengaben und Brandschutz-Ehrenzeichen	31.000	31.000
4.	Interschutz 2010	0	10.000
	Summe	90.000	100.000

535 61	044	Anteilige Kosten für die Projektgruppe Digital-funk	20,0	20,0	20,0
(TG 61)			0,0		

584 61	921	Tilgungsausgaben an Sondervermögen	400,0	400,0	400,0
(TG 61)			400,0		

Erläuterungen:

Zuführung der nach § 19 Abs. 2 Finanzausgleichsgesetz aus dem Kommunalen Investitionsfonds in Anspruch genommenen Mittel aus dem "Sondervermögen Landesfeuerweherschule".

632 61	044	Beiträge zu den Einrichtungen im Feuerlösch-wesen	31,0	33,0	38,0
(TG 61)			24,8		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Beitrag Brandschutzforschung	25.000	30.000
2.	Beitrag Normung	6.500	6.500
3.	Beitrag Prüfung Einsatzschutzkleidung	1.500	1.500
	Summe	33.000	38.000

633 61	044	Zuweisungen an Kreise und Gemeinden für den Besuch von Lehrgängen an der Landesfeuerweherschule	400,0	400,0	400,0
(TG 61)			400,0		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuweisungen zu den Kosten der Träger des Feuerwehrwesens für den Besuch von Lehrgängen an der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein gem. § 31 Finanzausgleichsgesetz i.V.m. Ziffer 2.4 und 3.2.1 der Richtlinie zur Förderung des Feuerwehrwesens vom 14. Januar 2003 (Amtsbl. Schl.-H. S. 74).

636 61	044	Beitrag an die Feuerwehr-Unfallkasse Nord	35,0	35,0	35,0
(TG 61)			34,5		

Erläuterungen:

Das Land beteiligt sich an den Mehrleistungen der Feuerwehr-Unfallkasse Nord mit einer Zuweisung in Höhe von 50 v. H. aus Mitteln der Feuerschutzsteuer.

684 61	044	Zuführung an den Landesfeuerwehrverband-Sozialfonds	10,0	10,0	10,0
(TG 61)			0,0		

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 684 61

Erläuterungen:

Der Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein verfügt über einen Sozialfonds, aus dem er freiwillige Zuwendungen bei Feuerwehrunfällen gewährt. Das Land trägt davon 50 v. H. und hat den Fonds mit einem Grundkapital in Höhe von 40,0 T€ ausgestattet.

685 61	044	Zuschüsse an Körperschaften, Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen	50,0	50,0	50,0
(TG 61)			50,0		

Erläuterungen:

Aus dem Titel werden besondere Maßnahmen des Landesfeuerwehrverbandes gefördert, insbesondere Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Feuerwehren.

686 61	044	Zuschüsse an den Landesfeuerwehrverband für den Betrieb der Ausbildungsstätte Rendsburg	153,4	170,0	170,0
(TG 61)			153,4		

Erläuterungen:

Zuwendung

Ziel:

Unterstützung der praktischen und theoretischen Ausbildung der Angehörigen von Jugendfeuerwehren

Das Jugendfeuerwehrzentrum Schleswig-Holstein in Rendsburg erhält aus Mitteln der Feuerschutzsteuer einen Zuschuss zu den laufenden Betriebskosten (Vertrag vom 26. Oktober 1999).

Mehr in Folge einer geänderten Vereinbarung aufgrund der Kostenentwicklung.

687 61	044	Zuschüsse für Leasing im Bereich Kraftfahrzeuge	0,0	0,0	0,0
(TG 61)			0,0		

weggefallen

812 61	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0	0,0	0,0
(TG 61)			0,0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

883 61	044	Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für Investitionen	7.460,4	6.858,4	7.273,4
(TG 61)			4.910,7		

Erläuterungen:

Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer fließt gem. § 31 Finanzausgleichsgesetz nach der Finanzierung besonderer Maßnahmen den Kreisen und kreisfreien Städten zu.

Summe der Titelgruppe 61		8.644,8	8.076,4	8.506,4
		6.031,9		

62 Schiffsbrandbekämpfung

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen der TG 62 - mit Ausnahme des Titels 231 62 - überschritten werden.

Die tatsächlichen Einnahmen bei Titel 231 62 (TG 62) sind zweckgebunden für Ausgaben der TG 62 zu verwenden.

Erläuterungen:

In der Titelgruppe sind die Mittel für Aufgaben der Sicherstellung der Schiffsbrandbekämpfung auf der Seewasserstraße Ostsee veranschlagt, soweit nicht die Zuständigkeit des Bundes gegeben ist.

Des Weiteren sind in der Titelgruppe die Mittel für den Feuer- und Katastrophenschutz auf der Unterelbe im Raum Cuxhaven/ Brunsbüttel veranschlagt. Aufgrund der hierzu in 1990 geschlossenen Vereinbarung erstattet der Bund dem Land 50 v.H. der an die Stadt Brunsbüttel zu zahlenden Leistungen für die laufenden zusätzlichen Personal- und Sachkosten der freiwilligen Feuerwehr (Titel 633 62) und das Land dem Bund 50 v.H. der laufenden Kosten für das Chartern von Feuerlöschschleppern (Titel 671 62).

511 62	044	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			0,0		

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 511 62

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

525 62	044	Aus- und Fortbildung	48,0	48,0	48,0
(TG 62)			0,0		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Aus- und Fortbildungskosten an der Marinetechnikschule in Neustadt und an der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein in Harrislee und gegebenenfalls anderen Ausbildungseinrichtungen.

527 62	044	Dienstreisen	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			0,0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 62	044	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			0,0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

534 62	044	Sachaufwand für Ausbildungs- und Übungsdienst	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			0,0		

weggefallen

633 62	044	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	846,0	846,0	846,0
(TG 62)			776,2		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	BF Kiel	140.000	140.000
2.	BF Flensburg	140.000	140.000
3.	BF Lübeck	140.000	140.000
4.	FF Brunsbüttel	426.000	426.000
Summe		846.000	846.000

Der Bund trägt 50 v. H.; vgl. Titel 231 62 (TG 62).

671 62	044	Landesanteil für die Bereitstellung von Feuerlöschschleppern	60,0	62,0	62,0
(TG 62)			60,5		

Erläuterungen:

Die Bereitstellung von zwei Feuerlöschschleppern für den Feuerschutz auf der Unterelbe (einschl. Übungen) erfolgt durch private Gesellschaften. Veranschlagt ist der Kostenanteil des Landes bei einer Kostenübernahme des Bundes in Höhe von 50 v.H. gemäß Vertrag vom 9. Februar/15. Mai/30.Mai 1990.

812 62	044	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			0,0		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Titelgruppe 62		954,0	956,0	956,0
		836,7		

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
69 Outputorientierte Personalkosten					
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.					
Vgl. Vorwort Buchstabe F.					
422 69	044	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	252,3	247,0	239,0
(TG 69)			228,1		
425 69	044	Vergütungen der Angestellten	0,0	0,0	0,0
(TG 69)			0,0		
Künftig wegfallend.					
Übertragen nach 0405 - 428 69 (TG 69)					
428 69	044	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	113,0	112,0	110,5
(TG 69)			43,8		
Summe der Titelgruppe 69			365,3	359,0	349,5
			271,9		
Summe der Ausgaben			12.377,4	11.902,7	11.948,2
			9.481,0		

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	26,0 125,4	36,0	41,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	543,0 545,2	513,0	513,0
Gesamteinnahmen			569,0 670,7	549,0	554,0
41 - 49		Personalausgaben	1.837,6 1.709,8	1.830,3	1.820,8
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	664,0 562,9	703,0	713,0
56 - 59		Schuldendienst	400,0 400,0	400,0	400,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	1.585,4 1.499,4	1.606,0	1.611,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	7.890,4 5.308,9	7.363,4	7.403,4
Gesamtausgaben			12.377,4 9.481,0	11.902,7	11.948,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-11.808,4 -8.810,3	-11.353,7	-11.394,2

04 06 Amt für Katastrophenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Das Kapitel 04 06 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

61 Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition

Die Titel des Kapitels 0406 wurden in das Kapitel 0410 übertragen.

Ausgaben

428 01	045	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0 1,4	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	-----	-----

Künftig wegfallend.

61 Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition

428 61	049	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0 1,2	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	-----	-----

(TG 61)

Künftig wegfallend.

Summe der Titelgruppe 61		0,0 1,2	0,0	0,0
---------------------------------	--	------------	-----	-----

Summe der Ausgaben		0,0 2,6	0,0	0,0
---------------------------	--	------------	-----	-----

04 06 Amt für Katastrophenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Abschluss

41 - 49	Personalausgaben	0,0 2,6	0,0	0,0
Gesamtausgaben		0,0 2,6	0,0	0,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		0,0 -2,6	0,0	0,0

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Das Kapitel 04 07 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 02 Integration von Migrantinnen und Migranten
- 62 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten
- 65 Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein

Ausgaben

- 02 Integration von Migrantinnen und Migranten
- 62 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten
- 63 Durchführung der Abschiebehaft
- 65 Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein
- 69 Outputorientierte Personalkosten

Erläuterungen:

Das Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein wurde zum 1. April 1993 als Landesoberbehörde im Geschäftsbereich des Innenministeriums errichtet.

Seine Aufgaben bestimmen sich nach dem Landesaufnahmegesetz (LAufnG) vom 23. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 391), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Januar 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 5) und der Ausländer- und Aufnahmeverordnung (AuslAufnVO) vom 19. Januar 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 101), zuletzt geändert durch Verordnung vom 11. Januar 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 9).

Einnahmen

02 Integration von Migrantinnen und Migranten

119 06	235	Rückzahlungen aus nicht verbrauchten Zuweisungen	0,0 27,6	12,0	10,0
--------	-----	---	--------------------	-------------	-------------

(MG 02)

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei der MG 02 zu verwenden.

Summe der Maßnahmegruppe 02			0,0 27,6	12,0	10,0
------------------------------------	--	--	--------------------	-------------	-------------

62 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten

119 62	235	Vermischte Einnahmen	250,0 441,8	250,0	250,0
--------	-----	-----------------------------	-----------------------	--------------	--------------

(TG 62)

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erstattungen von Ausländerbehörden im Rahmen des Asylverfahrens (Erstattung der Abschiebungskosten) und der abgerechneten Sicherheitsleistungen von Asylbegehrenden und sonstigen Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Kosten der Ab- oder Zurückschiebung).
Vgl. Titel 534 62 (TG 62).

Summe der Titelgruppe 62			250,0 441,8	250,0	250,0
---------------------------------	--	--	-----------------------	--------------	--------------

65 Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein

119 65	235	Vermischte Einnahmen	2,0 0,9	2,0	2,0
--------	-----	-----------------------------	-------------------	------------	------------

(TG 65)

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007		
			T€		
<hr/>					
Summe der Titelgruppe 65			2,0	2,0	2,0
			0,9		
<hr/>					
Summe der Einnahmen			252,0	264,0	262,0
			470,4		

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Ausgaben

517 91	235	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch die GMSH	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	--	-------------------	------------	------------

Übertragen nach 1220 - 517 91.

518 91	246	Mieten für von der GMSH angemietete Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Übertragen nach 1220 - 518 91.

02 Integration von Migrantinnen und Migranten

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen der MG 02 überschritten werden. Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe und mit der TG 62.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel für Maßnahmen

- zur Integration von Migrantinnen und Migranten mit Daueraufenthalt (Ausländerinnen und Ausländern, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern) sowie
- zur Beratung von dezentral untergebrachten Migrantinnen und Migranten mit vorübergehendem Aufenthalt.

526 01	235	Informationsveranstaltungen	2,0 5,1	2,0	2,0
---------------	-----	------------------------------------	-------------------	------------	------------

(MG 02)

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für den migrations- und flüchtlingspolitischen Runden Tisch sowie für die Durchführung von Informationsveranstaltungen und für Informationsmaterial.

633 01	246	Zuweisungen an Kommunen für Projekte	0,0 0,0	200,0	250,0
---------------	-----	---	-------------------	--------------	--------------

(MG 02)

Übertragen von 0407 - 684 05 (MG 02).

Erläuterungen:

Zuwendung

Veranschlagt sind Zuwendungen an Kommunen, die sich an den vom Land geförderten Maßnahmen finanziell beteiligen.

684 04	246	Integrationsmaßnahmen für Migrantinnen	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

(MG 02)

Übertragen nach 0407 - 684 15 (MG 02).

684 05	246	Integrationsmaßnahmen für junge Migrantinnen und Migranten	266,0 265,4	66,0	0,0
---------------	-----	---	-----------------------	-------------	------------

(MG 02)

Teilweise übertragen nach 0407 - 633 01 (MG 02).

Erläuterungen:

Zuwendung

Veranschlagt sind Kosten für außerschulische Deutsch-Sprachförderung mit integrierter Hausaufgabenbetreuung für Schülerinnen und Schüler.

684 06	246	Landesweite Beratungsprojekte	97,0 109,5	119,0	119,0
---------------	-----	--------------------------------------	----------------------	--------------	--------------

(MG 02)

22,0 T€ übertragen von 0407 - 684 16 (MG 02).

Erläuterungen:

Zuwendung

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 684 06

Veranschlagt sind Zuschüsse zur Durchführung landesweiter strukturbezogener Beratungsprojekte durch Vereine und Verbände zur Verbesserung der Beratungssituation in migrationsspezifischen Bedarfslagen, wie z. B. in Maßnahmen der verbandsübergreifenden Beratung oder der Beratung zur Stärkung der gleichberechtigten Teilhabe.

684 15	246	Migrationssozialberatung	1.580,0	1.580,0	1.580,0
(MG 02)			1.644,8		

80,0 T€ übertragen von 0407 - 684 04 (MG 02).

Erläuterungen:

Zuwendung

Veranschlagt sind Zuschüsse für die Personal- und Sachkosten für die in den Kreisen und kreisfreien Städten vorgehaltenen Stellen in der Migrationssozialberatung, die aus Bundes-, Landes-, kommunalen und Eigenmitteln finanziert werden.

684 16	246	Maßnahmen der Beratung von traumatisierten Flüchtlingen	97,0	75,0	75,0
(MG 02)			75,0		

22,0 T€ übertragen nach 0407 - 684 06 (MG 02).

Erläuterungen:

Zuwendung

Veranschlagt sind Zuschüsse zur landesweiten Beratung von traumatisierten Flüchtlingen .

Summe der Maßnahmegruppe 02			2.042,0	2.042,0	2.026,0
			2.099,9		

62 Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe und mit der MG 02.

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein nimmt folgende Migrantengruppen auf: Asylbegehrende, Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge sowie unerlaubt eingereiste Ausländer.

Asylbegehrende werden in der Aufnahmeeinrichtung des Landes aufgenommen und von dort auf eine zugeordnete Gemeinschaftsunterkunft (ZGU) und später auf die Kreise und kreisfreien Städte verteilt.

Das Land erstattet den Gemeinden und Gemeindeverbänden Aufwendungen, die ihnen durch die Aufnahme und Unterbringung von Asylbegehrenden und weiteren nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leistungsberechtigten Personen entstehen. Rechtsgrundlage hierfür ist § 2 Satz 3 des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes vom 11. Oktober 1993 (GVOBl. Schl.-H. S. 498), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 14. Dezember 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 484), in Verbindung mit der Landesverordnung über die Erstattung von Aufwendungen für leistungsberechtigte Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Erstattungsverordnung) vom 5. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 433), sowie dazu erlassene Verwaltungsvorschriften.

Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge sowie unerlaubt eingereiste Ausländer werden in einer ZGU des Landes aufgenommen und von dort auf die Kreise und kreisfreien Städte verteilt. Für die Dauer ihres Aufenthalts in der Landesunterkunft trägt das Land für diese Personen, wie auch für die untergebrachten Asylbegehrenden, nach § 4 Abs. 1 Satz 1 des Landesaufnahmegesetzes vom 23. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 391), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Januar 2005 (GVOBl. Schl.-H. S. 5), die Kosten. Die Landesunterkünfte werden vom Landesamt für Ausländerangelegenheiten betrieben.

517 62	246	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.345,0	1.345,0	902,0
(TG 62)			1.317,4		

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 517 62

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Heizung	410.000	354.000
2.	Elektrizität	110.000	73.000
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	260.000	165.000
4.	Sonstiges (Bewachung der Unterkünfte)	565.000	310.000
	Summe	1.345.000	902.000

In Betracht kommen:

6 von der GMSH angemietete Gebäude mit insgesamt 15.857,4 qm Nutz- und Nebenraumfläche (Vorwerker Straße 103, 23554 Lübeck). Davon 10.245 qm als Unterkunftsflächen für Migranten.

4 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben angemietete Gebäude mit insgesamt 10.690,6 qm Nutz- und Nebenraumfläche (Haart 148, 24539 Neumünster). Davon 9.597,0 qm als Unterkunftsflächen für Migranten.

518 62	246	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	187,1	187,1	187,1
(TG 62)			187,1		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mietkosten der Landesunterkunft Neumünster, Haart 148. Das Land Schleswig-Holstein hat die Liegenschaft mit Wirkung vom 1. Juli 2004 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben angemietet.

534 62	246	Kosten der Rückführung	220,0	110,0	110,0
(TG 62)			246,9		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 62 (TG 62) geleistet werden.

Erläuterungen:

Neben den Abschiebungen und Zurückschiebungen in eigener Zuständigkeit führt das Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein im Wege der Amtshilfe auch die Abschiebungen und Zurückschiebungen für Ausländerbehörden in Schleswig-Holstein sowie anderer Bundesländer gegen Kostenerstattung durch.

Veranschlagt sind auch die Kosten für die Inanspruchnahme von Haftplätzen in der Abschiebehafteinrichtung Eisenhüttenstadt (Vereinbarung zwischen den Ländern Schleswig-Holstein und Brandenburg).

535 62	246	Kosten des Transports und der Verteilung	50,0	40,0	40,0
(TG 62)			26,3		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Transportkosten im Rahmen der Erstverteilung (in andere Länder) und der Zweitverteilung innerhalb Schleswig-Holsteins (Verteilung auf die Kreise oder in die zugeordnete Gemeinschaftsunterkunft des Landes in Lübeck und Neumünster).

536 62	246	Dolmetscherkosten	75,0	70,0	70,0
(TG 62)			61,9		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die für die Durchführung des Asylverfahrens notwendigen Dolmetscherkosten.

546 62	246	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			0,9		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

633 62	235	Erstattung von Leistungen im Rahmen der Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten	20.080,0	14.300,0	13.700,0
(TG 62)			19.998,7		

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 633 62

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Erstattungen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und für die Förderung der freiwilligen Rückkehr	14.200.000	13.600.000
2.	Erstattung der Kosten für die Unterhaltung der Gemeinschaftsunterkünfte	100.000	100.000
Summe		14.300.000	13.700.000

Zu Position 1:

Die den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Rahmen der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leistungsberechtigten Personen entstehenden Aufwendungen werden gem. der Erstattungsverordnung vom 5. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 433), in Verbindung mit dem Erstattungserlass vom 25. Februar 2004 (IV 613 - 483.0223.31) vom Land zu 70 v.H. erstattet. Die Erstattungsregelung sieht vor, dass die Kommunen in den Jahren 2009 und 2010 vierteljährliche Abschlagszahlungen erhalten, die im jeweiligen Folgejahr von den Kommunen abschließend abgerechnet werden.

Darüber hinaus beteiligt sich das Land zu 35 v.H. an den Aufwendungen der vom Bund geförderten Rückkehrprogramme "REAG" und "GARP" für Flüchtlinge, die aus Schleswig-Holstein freiwillig in ihre Heimat zurückkehren. Der Bund trägt 50 v.H. der Kosten, die Kommunen übernehmen 15 v.H.

Zu Position 2:

Das Land erstattet den Kommunen gem. § 1 Abs. 2 der Erstattungsverordnung vom 5. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 433) i.V.m. dem Erstattungserlass vom 25. Februar 2004 (IV 613 - 483.0223.31), die Kosten für die Unterhaltung bzw. Instandsetzung der Gemeinschaftsunterkünfte zu 70 v.H.

634 62	235	Kosten der ärztlichen Versorgung in den Landesunterkünften	1.603,0	1.508,0	1.448,0
(TG 62)			1.358,4		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Kosten der Erstuntersuchung (inkl. Röntgen- und Laborkosten gem. § 62 AsylVfG) sowie der ärztlichen Behandlung gem. § 4 AsylbLG und Krankenhauskosten	1.000.000	1.000.000
2.	Kosten für Medikamente, med. Bedarf und Krankentransporte	200.000	200.000
3.	Erstattung der Personalkosten für die Ärztlichen Dienste in den Landesunterkünften, inkl. der Kosten für die Bezahlung von Sprachmittlern oder Dolmetschern bei den Ärztlichen Diensten	300.000	240.000
4.	Kosten der Untersuchung gem. § 36 Abs. 4. InfektionsschutzG	5.000	5.000
5.	Kosten der Belehrung gem. § 43 Abs. 1 InfektionsschutzG	3.000	3.000
Summe		1.508.000	1.448.000

671 62	235	Erstattungen an freie Wohlfahrtsverbände	2.571,0	2.502,0	1.685,0
(TG 62)			2.402,8		

Erläuterungen:

Die zur Durchführung der Asylverfahren geschaffene Aufnahmeeinrichtung des Landes in Lübeck und deren zugeordnete Gemeinschaftsunterkunft in Neumünster werden von Verbänden der freien Wohlfahrtspflege im Auftrage des Landes betrieben.

Die Verbände übernehmen die Betreuung und Versorgung der untergebrachten Asylsuchenden. Die Beratung der untergebrachten Asylsuchenden über die Grundzüge des Asylverfahrens wird in der Aufnahmeeinrichtung des Landes in Lübeck durch eine Verfahrensberatung sichergestellt. Das Land erstattet die entstehenden Personal- und Sachkosten in voller Höhe.

Seit 2006 beteiligt sich das Land an den Kosten für eine behördenunabhängige Beratung für rückkehrwillige Ausländer und Ausländerinnen.

883 62	235	Zuweisungen an kommunale Gebietskörperschaften für die Herrichtung von Unterkünften	50,0	50,0	50,0
(TG 62)			0,0		

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

893 62	235	Zuschüsse an Sonstige für die Herrichtung von Unterkünften	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			0,0		

weggefallen

Summe der Titelgruppe 62	26.181,1	20.112,1	18.192,1
	25.600,3		

63 Durchführung der Abschiebehafft

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein betreibt seit dem Jahr 2003 in Rendsburg eine Abschiebehafteinrichtung mit 56 Plätzen. In der TG 63 werden die Aufwendungen für einen privaten Sicherheitsdienst, für Dolmetscher sowie für einmalige Anschaffungen veranschlagt.

511 63	235	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	26,0	33,0	19,0
(TG 63)			18,4		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Büromaterial	9.600	10.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	1.500	1.500
3.	Ersatzbeschaffung von Geräten	2.500	2.500
4.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	19.400	5.000
5.	Unterhaltung und Wartung von Geräten	0	0
Summe		33.000	19.000

517 63	235	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0	0,0	0,0
(TG 63)			0,0		

Übertragen nach 1220 - 517 91.

533 63	235	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen	540,0	540,0	540,0
(TG 63)			502,2		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für private Sicherheitskräfte.

536 63	235	Kosten für externe Dolmetscherleistungen und soziale Betreuung	10,0	10,0	10,0
(TG 63)			7,5		

811 63	235	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	0,0	40,0
(TG 63)			0,0		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Erstmalige Anschaffungen	0	0
2.	Ersatzbeschaffungen		
2.1	1 VW-Bus T5	0	40.000
Summe		0	40.000

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
812 63	235	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0	0,0	0,0
(TG 63)			0,0		
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
Summe der Titelgruppe 63			576,0	583,0	609,0
			528,1		
65		Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein			
		Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe mit Ausnahme der Titel der Obergruppe 42.			
		Erläuterungen: In der Titelgruppe 65 werden die Ausgaben für das Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein mit der Außenstelle in Lübeck zentral veranschlagt.			
422 65	235	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten und der beamteten Hilfskräfte	404,7	373,1	373,1
(TG 65)			393,3		
425 65	235	Vergütungen der Angestellten	0,0	0,0	0,0
(TG 65)			0,0		
		Künftig wegfallend.			
		In Folge der Überleitung in den TV-L sind Mittel und Stellen gem. § 11 Abs. 5 HHG 2007/2008 in die entsprechenden Titel der Gruppe 428 umgesetzt worden.			
427 65	235	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0	0,0
(TG 65)			0,0		
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.			
428 65	235	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.099,8	1.017,4	1.017,4
(TG 65)			876,6		
453 65	235	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	1,0	5,0	15,0
(TG 65)			0,6		
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Kosten durch Versetzung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei Auflösung einer Liegenschaft zum Ende des Jahres 2009.			
511 65	235	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	57,0	50,0	45,0
(TG 65)			37,9		

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 511 65

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Büromaterial	13.000	11.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	9.000	9.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	5.000	5.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	13.000	12.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	3.000	3.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	2.000	1.000
7.	Unterhaltung von Geräten	5.000	4.000
8.	Sonstiges	0	0
Summe		50.000	45.000

514 65	235	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	45,0	35,0	30,0
(TG 65)			31,4		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	15.000	13.000
2.	Verbrauchsmittel	20.000	17.000
Summe		35.000	30.000

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010	Tatsächlicher Bestand 01.02.08
Anhänger	0	0	0	0
Bus (1-14)	0	0	0	0
Kleintransporter	0	0	0	0
Krafträder	0	0	0	0
Lastkraftwagen	0	0	0	0
Personenkraftwagen	7	7	5	8
Zusammen	7	7	5	8

517 65	235	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	90,0	95,0	57,0
(TG 65)			90,9		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Heizung	47.000	25.000
2.	Elektrizität und sonstiger Energiebedarf	0	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	42.000	27.000
4.	Sonstiges	6.000	5.000
Summe		95.000	57.000

Im Ansatz enthalten sind die Bewirtschaftungskosten für die Büro- und Funktionsräume des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten, der Ermittlungsgruppen der Polizei in Lübeck und Neumünster sowie die Räume der Ärztlichen Dienste in Lübeck und Neumünster. Die dafür zu veranschlagende Nutz- und Nebenraumfläche beläuft sich auf rund 5.706 qm.

518 65	235	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	10,0	5,0	5,0
(TG 65)			3,4		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Gerätemieten und Kosten für die Wartungen von Kopiergeräten.

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
525 65	235	Aus- und Fortbildung	20,0	10,0	10,0
(TG 65)			5,0		
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind die Schulungskosten für Fortbildungsmaßnahmen im Rahmen des Asylverfahrens und ausländerrechtlicher Aufgaben sowie der allgemeinen Verwaltung (Haushalt, Personal, Reisekosten, Qualifizierungsangebot für Angestellte usw.).			
526 65	235	Gerichts- und ähnliche Kosten	3,0	5,0	5,0
(TG 65)			4,9		
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind Gerichtskosten im Rahmen der Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten.			
527 65	235	Dienstreisen	5,0	4,0	4,0
(TG 65)			2,6		
531 65	235	Veröffentlichungen	2,0	1,0	1,0
(TG 65)			0,0		
536 65	235	Umzüge von Dienststellen	0,0	0,0	15,0
(TG 65)			0,0		
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind die Umzugskosten bei Schließung einer Liegenschaft des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten zum Ende des Jahres 2009.			
539 65	235	Kosten für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Bewerberinnen und Bewerbern	1,0	1,0	1,0
(TG 65)			1,3		
546 65	235	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	3,0	1,0	1,0
(TG 65)			0,1		
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind:			
				2009	2010
				EUR	EUR
		1. Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen		0	0
		2. Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen		0	0
		3. Sonstige vermischte Ausgaben		1.000	1.000
		Summe		1.000	1.000
		Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.			
812 65	235	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	5,0	5,0	5,0
(TG 65)			2,0		
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind die Kosten für die erforderliche Ergänzungsbeschaffung von Büroausstattungsgegenständen aufgrund der Vorschriften nach dem Arbeitsschutzgesetz und der Bildschirmarbeitsverordnung.			
821 65	235	Grunderwerb sowie sonstige Ausgaben im Zusammenhang mit dem Grunderwerb	0,0	0,0	0,0
(TG 65)			0,0		
		weggefallen			
Summe der Titelgruppe 65			1.746,5	1.607,5	1.584,5
			1.450,0		

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
69 Outputorientierte Personalkosten					
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten.					
Vgl. Vorwort Buchstabe F.					
422 69	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	569,2	557,1	538,9
(TG 69)			510,5		
425 69	235	Vergütungen der Angestellten	0,0	0,0	0,0
(TG 69)			0,0		
Künftig wegfallend.					
Übertragen nach 0407 - 428 69 (TG 69)					
428 69	235	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	78,5	76,9	74,5
(TG 69)			42,6		
Summe der Titelgruppe 69			647,7	634,0	613,4
			553,1		
Summe der Ausgaben			31.193,3	24.978,6	23.025,0
			30.231,4		

04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
Abschluss					
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	252,0 470,4	264,0	262,0
Gesamteinnahmen			252,0 470,4	264,0	262,0
41 - 49		Personalausgaben	2.153,2 1.823,7	2.029,5	2.018,9
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.691,1 2.551,2	2.544,1	2.054,1
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	26.294,0 25.854,5	20.350,0	18.857,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	55,0 2,0	55,0	95,0
Gesamtausgaben			31.193,3 30.231,4	24.978,6	23.025,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-30.941,3 -29.761,0	-24.714,6	-22.763,0

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Das Kapitel 04 10 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

- 63 Digitalfunk
- 65 Havariekommando
- 67 Katastrophenschutz

Ausgaben

- 61 Besonderer Einsatz der Polizei
- 62 Polizei-Bigband
- 63 Digitalfunk
- 64 Fahndung, Personen- und Zeugenschutz
- 65 Havariekommando
- 66 Rat für Kriminalitätsverhütung
- 67 Katastrophenschutz
- 68 Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition
- 69 Outputorientierte Personalkosten (Polizei - ministerieller Bereich)
- 70 Outputorientierte Personalkosten (Katastrophenschutz - ministerieller Bereich)

Die Mehreinnahmen der Titel 111 06, 124 02, 125 01, 125 04, 272 01 und 286 02 dürfen für Mehrausgaben bei den Titeln der Hauptgruppen 5 bis 8 verwendet werden.

Erläuterungen:

Strategischer Aufgabenbereich: Innere Sicherheit.

Einnahmen

111 01	042	Gebühren und tarifliche Entgelte	2.421,0 2.065,8	2.421,0	2.421,0
--------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Einnahmen nach der Vollzugs- und Vollstreckungskostenordnung (VVKO), der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren und der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr.

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Einnahmen nach der Vollzugs- und Vollstreckungskostenordnung (VVKO)	611.000	611.000
2.	Verwaltungsgebühren und verauslagte Verwaltungskosten	1.810.000	1.810.000
	Summe	2.421.000	2.421.000

111 05	042	Einnahmen aus der Verkehrsüberwachung mit Ausnahme von Verwarnungsgeld	75,0 49,9	75,0	75,0
--------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

111 06	042	Einnahmen aus der Durchführung von kriminaltechnischen Untersuchungen	0,0 4,3	0,0	0,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

111 07	042	Einnahmen aus der Bereitstellung von Digitalfunktechnik	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Nutzung landeseigener Digitalfunktechnik durch externe Nutzer, z. B. Kommunen, Rettungsdienste und Andere. Siehe Titelgruppe 63.

112 01	042	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	9.989,0 8.981,8	9.989,0	9.989,0
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 112 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Einnahmen aus Verwarnungsgeldern, die von der Polizei festgelegt werden	9.987.000	9.987.000
2.	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	2.000	2.000
	Summe	9.989.000	9.989.000

119 02	042	Einnahmen der Verwaltungsbereiche der Polizei	128,0 109,7	128,0	128,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Einnahmen aus Schadensersatz gegen Dritte	103.000	103.000
2.	Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände	15.000	15.000
3.	Sonstiges	10.000	10.000
	Summe	128.000	128.000

119 99	042	Vermischte Einnahmen	92,0 16,9	92,0	92,0
--------	-----	-----------------------------	---------------------	-------------	-------------

122 01	042	Einnahmen aus Konzessionsabgaben	90,0 45,1	90,0	90,0
--------	-----	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist das Aufkommen aus Konzessionsverträgen über den Anschluss von Überfall- und Einbruchmeldeanlagen bei den Polizeidienststellen.

124 01	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	310,0 279,9	48,0	48,0
--------	-----	--	-----------------------	-------------	-------------

262.000 € übertragen nach 1220 - 124 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Sonstige Einnahmen	48.000	48.000
	Summe	48.000	48.000

Die Sportanlagen in Eutin-Hubertushöhe (PD AFB) dürfen in Abweichung von § 52 LHO Sportvereinen außerhalb der für die Landespolizei festgesetzten Dienststunden unentgeltlich überlassen werden.

124 02	042	Einnahmen aus der Verpachtung von Kantinenbetrieben	8,0 3,1	8,0	8,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Verpachtung der Kantinen der Landespolizei in Eutin, Kiel und Lübeck.

124 04	042	Einnahmen aus der Finanzierungsbeteiligung der kommunalen Träger an der Regional-Leitstelle in Harrislee	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Übertragen nach 1220 - 124 01

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
125 01	042	Einnahmen aus der Gewährung von Verpflegung	342,0 218,2	302,0	312,0
Erläuterungen:					
Die Einzahlungen richten sich nach der Vorschrift über die Verpflegung am Standort der in Gemeinschaftsunterkünften untergebrachten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten des Landes Schleswig-Holstein (Polizeiverpflegungsvorschrift - PVerpfIV) vom 2. Mai 2005 - IV 435-60.00 - in der derzeit gültigen Fassung.					
Veranschlagt sind:					
				2009	2010
				EUR	EUR
1.		Einzahlungen von Pflichtteilnehmern einschließlich Herstellungspauschale		250.000	260.000
2.		Einzahlungen freiwilliger Essensteilnehmer/-innen		50.000	50.000
3.		Sonderessen		2.000	2.000
Summe				302.000	312.000
Bei der Berechnung der Verpflegungsgelder werden die für die Beschaffung der Lebensmittel entstehenden Ausgaben zugrunde gelegt. Freiwillige Teilnehmer/-innen an der Mittagsverpflegung zahlen daneben erhöhte anteilige Herstellungskosten. Die Kosten für die Zubereitung der Gemeinschaftsverpflegung sowie die Bewirtschaftung der Küchen sind bei den entsprechenden Sachtiteln veranschlagt.					
Weniger wegen geringerer Anzahl von Pflichtteilnehmern.					
125 02	042	Einnahmen aus der Tätigkeit der Polizei Bigband	65,0 52,3	65,0	65,0
Erläuterungen:					
Siehe Titelgruppe 62.					
125 03	042	Einnahmen der Kraftfahrzeugwerkstätten der Landespolizei	0,0 43,5	50,0	50,0
Erläuterungen:					
Der Ansatz wurde erstmalig veranschlagt, da die Kraftfahrzeugwerkstätten der Landespolizei regelmäßig Einnahmen, zum Beispiel von Dritten für die Reparatur von Dienstkraftfahrzeugen, erzielen.					
125 04	042	Einnahmen aus der Aus- und Fortbildung von Bediensteten anderer Länder	0,0 0,1	0,0	0,0
Erläuterungen:					
Vorgesehen für Erstattungen anderer Länder für die Teilnahme von deren Bediensteten an Aus- und Fortbildungsvorhaben der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei Schleswig-Holstein.					
132 01	042	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	112,0 457,3	120,0	120,0
Erläuterungen:					
Veranschlagt ist der Erlös aus dem Verkauf von auszusondernden Dienstfahrzeugen.					
231 01	042	Zuweisungen des Bundes zur Durchführung eines Hilfsprogramms für osteuropäische Staaten	0,0 0,0	0,0	0,0
Künftig wegfallend.					
232 01	042	Zuweisungen von Mehrkosten aus Anlass des Einsatzes von Polizeikräften in anderen Ländern	500,0 1.542,0	800,0	800,0
272 01	042	Zuschüsse der EU für Projekte der Landespolizei Schleswig-Holstein und im Rahmen internationaler polizeilicher Zusammenarbeit	0,0 0,0	0,0	0,0

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 272 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuschüsse der EU für die Durchführung von grenzüberschreitenden Projekten der Landespolizei Schleswig-Holstein.

272 02	042	Zuschüsse der EU für die Durchführung von Projekten der Staaten des Ostseeraumes im Rahmen internationaler polizeilicher Zusammenarbeit	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	------------	-----	-----

Künftig wegfallend.

Erläuterungen:

Zahlungen werden zukünftig bei Tit. 272 01 vereinnahmt.

282 01	042	Kostenbeiträge Dritter im Zusammenhang mit der Präventivaktion "Polizei und Frauen gemeinsam gegen Gewalt"	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	-----	-----

Künftig wegfallend.

286 02	528	Erstattung der EU für die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	------------	-----	-----

286 03	042	Erstattung des Bundes im Rahmen der Durchführung von Kontrollen zur Gefahrenabwehr im Seeverkehr	0,0 0,0	10,0	10,0
--------	-----	---	------------	------	------

Erläuterungen:

Veranschlagt aufgrund der " Vereinbarung über die Kostenerstattung durch den Bund für die Durchführung von Kontrollen gemäß Regel 9 von Kapitel XI-2 der Anlage des SOLAS-Übereinkommens durch die Wasserschutzpolizei des Landes Schleswig-Holstein", unterzeichnet am 11. September 2007/15. Januar 2008.

356 05	951	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	-----	-----

359 01	042	Entnahme aus der Rücklage Polizeidienstkleidung	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	------------	-----	-----

63 Digitalfunk

231 63 (TG 63)	042	Kostenerstattungen für die Bereitstellung eines digitalen Sprech- und Datenfunkverkehrs	0,0 0,0	0,0	0,0
-------------------	-----	--	------------	-----	-----

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Nutzung landeseigener Digitalfunktechnik durch externe Nutzer, z. B. Bund, Kommunen, Rettungsdienste und andere.

331 63 (TG 63)	042	Kostenerstattungen des Bundes für den Aufbau eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems	0,0 0,0	4.698,9	4.408,2
-------------------	-----	--	------------	---------	---------

Erläuterungen:

Der Bund beteiligt sich an den Kosten der nach aktueller Planung insgesamt 170 in Schleswig-Holstein zu erstellenden Basisstationen. Der Anteil des Bundes beträgt 52 von 170. Siehe Titelgruppe 63

333 63 (TG 63)	042	Kostenerstattung der Kommunen für den Aufbau eines digitalen Sprech- und Datenfunkverkehrs	0,0 0,0	3.118,0	0,0
-------------------	-----	---	------------	---------	-----

359 63 (TG 63)	951	Entnahme aus der Rücklage "Digitalfunk"	0,0 0,0	0,0	0,0
-------------------	-----	--	------------	-----	-----

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 359 63

Erläuterungen:
Siehe Titelgruppe 63

Summe der Titelgruppe 63	0,0	7.816,9	4.408,2
	0,0		

65 Havariekommando

232 65	044	Zuweisungen der Länder	294,0	296,0	296,0
(TG 65)			109,0		

Erläuterungen:
Anteil der Länder an den Kosten des Havariekommandos.

389 65	991	Erstattung von Kosten für das Havariekommando	0,0	0,0	0,0
(TG 65)			0,0		

Summe der Titelgruppe 65	294,0	296,0	296,0
	109,0		

67 Katastrophenschutz

111 67	049	Einnahmen nach der Kampfmittelverordnung und sonstige Entgelte	200,0	200,0	200,0
(TG 67)			265,7		

Erläuterungen:
Veranschlagt ist die Erstattung der Kosten zur Beseitigung und Vernichtung deutscher bzw. ehemals reichseigener Munition durch den Bund, die Bundesländer und andere Auftraggeber nach der Kampfmittelverordnung.
Vgl. 0410 - TG 68.

112 67	045	Einnahmen der Verwaltungsbereiche Katastrophenschutz	23,0	23,0	23,0
(TG 67)			7,7		

Erläuterungen:
Erlöse aus dem Verkauf von Altmaterial und Abfällen sowie Fundsachen, Einnahmen aus Aufträgen Dritter und sonstige Verwaltungseinnahmen.

119 67	045	Vermischte Einnahmen	10,0	10,0	10,0
(TG 67)			23,3		

Erläuterungen:
Einnahmen, die keiner bestimmten Zweckbestimmung zugeordnet werden können.

132 67	049	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	10,0	10,0	10,0
(TG 67)			0,0		

Erläuterungen:
Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf von Dienstkraftfahrzeugen des Munitionszerlegungsbetriebes Groß Nordsee.

231 67	049	Sonstige Zuweisungen vom Bund	400,0	400,0	400,0
(TG 67)			336,0		

Erläuterungen:
Anteil des Bundes an den Kosten der Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition (Erstattungsleistung 30 %).

271 67	045	Erstattungen der EU für die Durchführung des Projektes SAFECOAST im Rahmen des INTERREG III B-Nordsee-Programms	0,0	0,0	0,0
(TG 67)			43,4		

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 271 67

Erläuterungen:

Siehe Titel 0410-422 67, 428 67, 534 67 und 981 67.

Summe der Titelgruppe 67		643,0	643,0	643,0
		676,2		
Summe der Einnahmen		15.069,0	22.953,9	19.555,2
		14.654,9		

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Ausgaben

422 01	042	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	226.392,2 228.412,9	234.707,4	235.237,4
---------------	-----	--	-------------------------------	------------------	------------------

Der Ansatz darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0410-356 05 überschritten werden.

Deckungsfähig zu Gunsten 916 05.

Die Einnahmen aus der Eigenbeteiligung der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten an den Kosten der Heilfürsorge in Höhe von 1,4% des jeweiligen Grundgehalts sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Bezüge	210.625.700	211.155.700
2.	Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten	3.750.000	3.750.000
3.	Entschädigung für nicht gewährte Dienstbefreiung	500.000	500.000
4.	Polizeizulage	9.800.000	9.800.000
5.	Besondere Zulagen für Taucher, verdeckte Ermittler; sonstige Erschwerniszulagen	32.500	32.500
6.	Wechselschicht-/Schichtdienstzulage	1.520.000	1.520.000
	Summe	226.228.200	226.758.200

Übertragen sind 60,0 T€ aus 0410-533 72; eingespart wurden 250,0 T€ wegen Verlängerung der Wochenarbeitszeit

422 02	042	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte	10.653,4 12.408,3	11.232,6	11.232,6
---------------	-----	---	-----------------------------	-----------------	-----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Bezüge	10.272.600	10.272.600
2.	Polizeizulage	740.000	740.000
3.	Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten	220.000	220.000
	Summe	11.232.600	11.232.600

579,2 T€ übertragen von 0410 - 428 01 im Zuge der Verbeamtung.

422 03	042	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst	6.976,4 4.235,6	6.976,4	6.976,4
---------------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Bezüge	6.591.400	6.591.400
2.	Polizeizulage	250.000	250.000
3.	Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten	135.000	135.000
	Summe	6.976.400	6.976.400

425 01	042	Vergütungen der Angestellten	0,0 -3,7	0,0	0,0
---------------	-----	-------------------------------------	--------------------	------------	------------

In Folge der Überleitung in den TV-L sind Mittel und Stellen gem. § 11 Abs. 5 HHG 2007/2008 in die entsprechenden Titel der Gruppe 428 umgesetzt worden.

426 01	042	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 426 01

Künftig wegfallend.

In Folge der Überleitung in den TV-L sind Mittel und Stellen gem. § 11 Abs. 5 HHG 2007/2008 in die entsprechenden Titel der Gruppe 428 umgesetzt worden.

426 02	042	Löhne der ständigen, nur teilbeschäftigten Kräfte	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	--	-------------------	------------	------------

Künftig wegfallend.

In Folge der Überleitung in den TV-L sind Mittel und Stellen gem. § 11 Abs. 5 HHG 2007/2008 in die entsprechenden Titel der Gruppe 428 umgesetzt worden.

427 01	042	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0 81,2	0,0	0,0
---------------	-----	--	--------------------	------------	------------

428 01	042	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	30.977,3 30.921,6	30.273,7	30.273,7
---------------	-----	--	-----------------------------	-----------------	-----------------

Erläuterungen:

Eingespart wurden 124,4 T€ = 50 v. H. der auf das Jahr hochgerechneten Einsparungen aus der Verbeamtung;

In den Titel 0410 - 422 02 wurden 579,2 T€ anteilige Mittel in Folge der Verbeamtung umgesetzt.

443 02	042	Heilfürsorge und Sonderkuren	9.091,0 9.010,9	9.091,0	9.091,0
---------------	-----	-------------------------------------	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten der Heilfürsorge gem. § 212 Landesbeamtengesetz in Verbindung mit den dazu erlassenen Heilfürsorgebestimmungen. Anspruch auf Heilfürsorge haben alle Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten, solange sie Dienst- oder Anwärterbezüge erhalten. Darüber hinaus sind Kosten von Sonderkuren im Rahmen der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge für im Schichtdienst tätige Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte vorgesehen. Aus diesem Titel werden auch die Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für die Abrechnung von Leistungen der Heilfürsorge getragen.

453 01	042	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	405,0 387,7	405,0	405,0
---------------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Deckungsfähig mit 0410-453 67 TG 67.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Trennungsgeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	280.000	280.000
2.	Umzugskostenvergütung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	125.000	125.000
	Summe	405.000	405.000

453 03	042	Umzugskosten, Trennungsgeld, Reisebeihilfen in Angelegenheiten der Aus- und Fortbildung	700,0 569,4	660,0	660,0
---------------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 453 03

Erläuterungen:

Veranschlagt sind persönliche Gebühren für alle in der Ausbildung, Umschulung und Fortbildung befindlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

		2009 EUR	2010 EUR
1.	Ausbildung	500.000	500.000
2.	Fortbildung	160.000	160.000
	Summe	660.000	660.000

459 03	042	Pauschalabfindungen	30,0 21,9	30,0	30,0
---------------	------------	----------------------------	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Abfindungen der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten der Schutzpolizei für besondere Aufwendungen im Dienst aufgrund der vom Innenministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium herausgegebenen Bestimmungen (Pauschalvergütungsbestimmungen).

511 01	042	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	4.535,0 5.100,6	4.425,0	4.425,0
---------------	------------	--	---------------------------	----------------	----------------

Einnahmen aus dem Verkauf ungeeigneter Junghunde sind von der Ausgabe (Pos. 12) abzusetzen.

Übertragen nach Tit. 518 02 in Höhe von 30.000 €.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009 EUR	2010 EUR
1.	Büromaterial, Druck- und Buchbindearbeiten	597.000	597.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	170.000	170.000
3.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	1.400.000	1.400.000
4.	Gebühren für Notrufeinrichtungen	316.000	316.000
5.	Beschaffung und Unterhaltung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	671.300	697.900
6.	Beschaffung und Unterhaltung von Sportgeräten	10.000	10.000
7.	Beschaffung und Unterhaltung von Verkehrsgeräten (Überwachung, Sicherung und Unfallaufnahme)	160.000	142.000
8.	Beschaffung und Unterhaltung von kriminal- und fototechnischen Geräten	210.000	235.000
9.	Beschaffung und Unterhaltung von Waffen und waffentechnischen Geräten	397.700	364.100
10.	Beschaffung und Unterhaltung von Geräten für den Umweltschutz/die Hafenanlagensicherheit	15.000	15.000
11.	Unterhaltung und Betrieb von Fernmeldeeinrichtungen der Polizei	270.000	270.000
12.	Ausgaben für Polizeidiensthunde	200.000	200.000
13.	Beschaffung und Unterhaltung von Geräten für die Umsetzung der Gesamthafenrichtlinie	8.000	8.000
	Summe	4.425.000	4.425.000

514 01	042	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	7.500,0 9.767,0	9.870,0	9.870,0
---------------	------------	--	---------------------------	----------------	----------------

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010
Neuverpflichtung insgesamt	810	810
Davon fällig Haushaltsjahr 2010	810	
Davon fällig Haushaltsjahr 2011		810
Davon fällig Haushaltsjahr 2012		
Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff		

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 514 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen		
1.1	Treib- und Schmierstoffe	4.420.000	4.420.000
1.2	Unterhaltung und Instandsetzung	2.150.000	2.100.000
1.3	Gebrauchsgegenstände	35.400	35.400
2.	Betrieb und Unterhaltung von Wasserfahrzeugen		
2.1	Treib- und Schmierstoffe	574.000	574.000
2.2	Unterhaltung und Instandsetzung	715.100	708.400
2.3	Gebrauchsgegenstände	0	0
3.	Ersatz und Unterhaltung von Dienstfahrrädern	10.000	10.000
4.	Verbrauchsmittel		
4.1	Verpflegungskosten	600.000	600.000
4.2	Ausgaben für kriminaltechnische und fototechnische Geräte	510.000	520.900
4.3	Munition und Verbrauchsmittel des waffentechnischen Bedarfs	717.500	763.300
4.4	Ausgaben des fernmeldetechnischen Bedarfs	12.000	12.000
5.	Sonstiges		
5.2	Entschädigung für Benutzung von Fahrzeugen (§ 5 Abs. 1 und 2 BRKG)	126.000	126.000
Summe		9.870.000	9.870.000

Mehr in Folge Anpassung an Ausgabenentwicklung, Preissteigerungen - insbesondere bei den Treib- und Schmierstoffen (Nr. 1.1 und 2.1) und der Umsetzung einer bundeseinheitlichen Vorgabe für die Ausbildung von Waffenträgern (Nr. 4.3). Mehrbedarf in Folge Erhöhung des Bestands an Dienstfahrzeugen.

Bestand an Dienstfahrzeugen der Landespolizei:

	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010	Tatsächlicher Bestand 1.2.2008
Anhänger	51	58	58	53
Krafträder	57	57	57	54
Mannschaftskraftwagen	9	9	9	7
Pkw (einschl. Siebensitzer u. Selbstfahrer)	1.039	1.087	1.087	1.129
Sonderkraftwagen	87	82	82	86
Wirtschaftskraftwagen	15	15	15	13
Zusammen	1.258	1.308	1.308	1.342

Bestand an Dienstfahrzeugen des Bundes (PD AFB):

	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010	Tatsächlicher Bestand 1.2.2008
Anhänger	11	11	11	7
Krafträder	10	10	10	8
Mannschaftskraftwagen	46	46	46	82
PKw	41	41	41	37
Sonderkraftwagen	34	34	34	28
Wirtschaftskraftwagen	20	20	20	12
Zusammen	162	162	162	174

Bestand an Wasserfahrzeugen:

	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010	Tatsächlicher Bestand 1.2.2008
Küstenstreifenboot (Typ 1)	5	5	5	5
Streifenboot (Typ 3-4)	3	2	2	2
Streckenboot (Typ 2)	24	24	24	24
Zusammen	32	31	31	31

Auf 5 Küstenstreifenbooten und auf 3 Streckenbooten befinden sich je 1 Schlauchboot mit Außenbordmotor als Einsatzschlauchboot.

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

514 02	042	Dienst- und Schutzkleidung	3.000,0 2.236,3	2.800,0	2.800,0
---------------	------------	-----------------------------------	---------------------------	----------------	----------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0410-359 01 geleistet werden.

Einseitig deckungsfähig zu Gunsten des Titels 0410-919 01.

Einnahmen aus dem Bekleidungswesen sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Bekleidung und Ausrüstung	747.000	747.000
2.	Kleidergeld	1.625.000	1.625.000
3.	Sonderbedarf (Sonder-Schutzkleidung)	83.000	83.000
4.	Auslagen und Leistungsentgelt für Bekleidungsbewirtschaftung	345.000	345.000
5.	Spezialausrüstung	0	0
Summe		2.800.000	2.800.000

517 01	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.282,0 1.104,5	692,9	601,3
---------------	------------	---	---------------------------	--------------	--------------

Differenz zur alten MFP übertragen nach Tit. 1220-517 92.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Nebenkosten für Drittanmietungen	32.700	33.800
2.	Nebenkosten und Abgaben für landeseigene Liegenschaften	39.500	39.900
3.	Reinigung Unterkunftswäsche	69.600	74.300
4.	Ausgaben für Leuchtmittel u. a.	93.000	95.300
5.	Wiederkehrende Prüfung ortsveränderlicher Betriebsmittel	139.100	122.400
6.	Sonstiges (z. B. HB Bau -K 26 Ziff. 4-)	319.000	235.600
Summe		692.900	601.300

Veranschlagt sind die Bewirtschaftungs- und Nebenkosten für nicht dauerhafte Drittanmietungen. Die Veranschlagung für dauerhafte Drittanmietungen und deren Folgekosten erfolgt ab 2009 durch das Finanzministerium.

517 91	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch die GMSH	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	------------	--	-------------------	------------	------------

Übertragen nach 1220 - 517 91

518 01	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	2.671,6 2.638,8	271,0	291,2
---------------	------------	--	---------------------------	--------------	--------------

Differenz zur alten MFP übertragen nach Tit. 1220-518 92.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die nicht dauerhaften Mietausgaben für die Anmietung von Räumen, Flächen, Garagen und Einrichtungen sowie von Objekten für Zwecke der Ausbildung der Polizei. Die bisher hier veranschlagten Aufwendungen für dauerhafte Mietausgaben für die genannten Anmietungen werden ab 2009 beim Finanzministerium veranschlagt.

518 02	042	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	0,0 0,0	30,0	30,0
---------------	------------	---	-------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für Kopiergeräte

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

518 03	042	Anmietung von Objekten für Zwecke der Ausbildung bei der PD für Aus- und Fortbildung und für die Bereitschaftspolizei und dem Landeskriminalamt	0,0 34,5	70,0	80,0
---------------	-----	--	--------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Erheblicher Mehrbedarf, da die im Bundeseigentum stehenden Einrichtungen nur noch kostendeckend bereit gestellt werden. Erhebliche Preissteigerung bei von Privaten angemieteten Objekten.

518 91	042	Mieten für von der GMSH angemietete Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	---	-------------------	------------	------------

Übertragen nach 1220 - 518 91

518 99	042	Leasingraten für Dienstkraftfahrzeuge	3.650,0 3.257,6	3.950,0	4.293,9
---------------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

2009 2010

Neuverpflichtung insgesamt 13.290

Davon fällig Haushaltsjahr 2010

Davon fällig Haushaltsjahr 2011

Davon fällig Haushaltsjahr 2012 4.300

Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff 8.990

Erläuterungen:

Die Belastung der Haushaltsjahre 2009 und 2010 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorvorjahre (bis 2007) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2008 und 2009 stellt sich wie folgt dar:

		2009	2010
1.	In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre	0	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2008	3.900	4.000
3.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2009	0	0
Zusammen		3.900	4.000

Veranschlagt sind die Leasingkosten für Kraftfahrzeuge der Landespolizei.

525 01	042	Ausbildung und Fortbildung	1.800,0 1.468,6	1.660,0	1.660,0
---------------	-----	-----------------------------------	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009 EUR	2010 EUR
1.	Lehr- und Lernmittel in Angelegenheiten der Aus- und Fortbildung	50.000	50.000
2.	Schulgeld, Unterrichtsentschädigungen, Honorare und Prüfungsgebühren	1.460.000	1.460.000
3.	Kosten der Sportausbildung	50.000	50.000
4.1	Grenzüberschreitendes deutsch-dänisches Fortbildungsprojekt der Polizei (EU-Zuschuss); vgl. Tit. 272 01.	0	0
4.	Sonstiges	100.000	100.000
Summe		1.660.000	1.660.000

526 01	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	10,0 18,4	14,0	14,0
---------------	-----	--------------------------------------	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Im Ansatz enthalten sind auch Kosten, die im Rahmen des Rechtsschutzes für Polizeibeamtinnen und -beamte entstehen.

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

526 04	042	Sitzungsgeld und sonstige Ausgaben in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenan- gelegenheiten	71,0 70,3	71,0	71,0
---------------	------------	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Sitzungsgeld für Personalratsmitglieder	16.000	16.000
2.	Ausgaben in Personalvertretungsangelegenheiten	52.500	52.500
3.	Ausgaben in Schwerbehindertenan- gelegenheiten	2.500	2.500
Summe		71.000	71.000

Zu Position 2:

Veranschlagt sind Ausgaben für Reisen der Mitglieder des Hauptpersonalrats, der Jugend- und Ausbildungsververtretungen, für die Bezirkspersonalräte und örtlichen Personalräte der Landespolizei sowie Schulungs- und Bildungsveranstaltungen für Personalvertreterinnen und Personalvertreter und sonstige Ausgaben. Aus dem Ansatz dürfen auch Entschädigungen für die Benutzung von Fahrzeugen (§ 5 BRKG) gezahlt werden.

Zu Position 3:

Veranschlagt sind Ausgaben für Reisen der Vertrauensfrauen und Vertrauensmänner, der Hauptvertrauensfrau und des Hauptvertrauensmannes der Schwerbehinderten sowie Schulungs- und Bildungsveranstaltungen für Schwerbehindertenvertreterinnen und -vertreter und sonstige Ausgaben. Aus dem Ansatz dürfen auch Entschädigungen für die Benutzung von Fahrzeugen (§ 5 BRKG) gezahlt werden.

526 05	042	Ärztliche Untersuchungen	2,0 3,8	2,0	2,0
---------------	------------	---------------------------------	-------------------	------------	------------

526 06	042	Feststellung von Alkohol im Blut sowie von Drogenmissbrauch bei Personen, die einer Straftat verdächtig werden	320,0 404,9	330,0	350,0
---------------	------------	---	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Arzthonorar	160.000	160.000
2.	Laborkosten	120.000	140.000
3.	Beschaffung von Alcotestströhrchen, Mundstücken für Atemalko- holmessgeräte, Venülen und sonstigem Spezialbedarf	20.000	20.000
4.	Beschaffung von Drogenschnelltests	30.000	30.000
Summe		330.000	350.000

526 07	042	Feststellung von Alkohol im Blut sowie von Drogenmissbrauch bei Verkehrsteilnehmerin- nen und Verkehrsteilnehmern	1.500,0 1.321,3	1.260,0	1.260,0
---------------	------------	--	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Arzthonorar	550.000	550.000
2.	Laborkosten	510.000	510.000
3.	Beschaffung von Alcotestströhrchen, Mundstücken für Atemalko- holmessgeräte, Venülen und sonstigem Spezialbedarf	100.000	100.000
4.	Beschaffung von Drogenschnelltests	100.000	100.000
Summe		1.260.000	1.260.000

526 08	042	Zeugenentschädigungen	15,0 15,5	15,0	15,0
---------------	------------	------------------------------	---------------------	-------------	-------------

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 526 08

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Aufwendungen nach dem Gesetz zur Modernisierung des Kostenrechts vom 5. Mai 2004 (BGBl. 2004, Nr. 21), Artikel 2 - Gesetz über die Vergütung von Sachverständigen (Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz - JVEG), für Personen, die von der Polizei im Ermittlungsverfahren als Zeugen herangezogen werden.

526 09	042	Kosten der Einigungsstelle	1,0 0,0	1,0	1,0
---------------	-----	-----------------------------------	-------------------	------------	------------

526 99	042	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	0,0 19,9	17,5	17,5
---------------	-----	---	--------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Gutachten und Stellungnahmen von Sachverständigen außerhalb der Landesverwaltung.

527 01	042	Dienstreisen	207,5 168,9	190,0	190,0
---------------	-----	---------------------	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Reisen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landespolizei:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen		
1.1	Reisekostenvergütung für Nachtstreifen	32.500	32.500
1.2	Bootstagegeld für Streckenfahrten der Wasserschutzpolizei	5.000	5.000
1.3	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen im Rahmen der Hafenanlagensicherheit	8.000	8.000
1.4	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen zur Umsetzung der Gesamthafenrichtlinie	7.500	7.500
1.5	Reisekostenvergütungen für Arbeitstagungen	40.000	40.000
1.6	Reisekostenvergütungen für sonstige Dienstreisen	82.000	82.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	15.000	15.000
	Summe	190.000	190.000

531 01	042	Nachwuchswerbung der Polizei	35,0 46,8	35,0	35,0
---------------	-----	-------------------------------------	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Ausgaben für Werbemaßnahmen	19.500	19.500
2.	Ausgaben für Informationsveranstaltungen	14.000	14.000
3.	Sonstiges	1.500	1.500
	Summe	35.000	35.000

531 02	042	Öffentlichkeitsarbeit	30,0 43,7	30,0	30,0
---------------	-----	------------------------------	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit als Aufklärung und spezielle Form der Präsenz, z.B. "Tag der Landespolizei" als zentrale Veranstaltung mit landesweiter Ausstrahlung.

533 03	042	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für die Abrechnung von Leistungen der Heilfürsorge	70,0 52,5	0,0	0,0
---------------	-----	---	---------------------	------------	------------

Künftig wegfallend.

Erläuterungen:

Veranschlagt bei 0410 - 443 02.

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
533 04	042	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für die Durchführung molekulargenetischer Untersuchungen	80,0 68,0	80,0	80,0
533 99	042	Leistungsentgelte an die GMSH	35,0 33,0	33,0	33,0
534 01	042	Ausgaben für Kantinenzwecke	5,0 6,0	5,0	5,0
534 02	042	Durchführung von Projekten der Staaten des Ostseeraumes im Rahmen internationaler polizeilicher Zusammenarbeit	0,0 0,0	0,0	0,0
534 03	042	Kosten für die Durchführung von Maßnahmen im Rahmen eines Hilfsprogramms für osteuropäische Staaten Künftig wegfallend.	0,0 0,0	0,0	0,0
535 01	042	Entschädigungsansprüche Dritter Erläuterungen: Veranschlagt sind Ausgaben zur Erfüllung von Schadensersatzforderungen gegen das Land.	35,0 43,7	39,0	39,0
536 01	042	Prüfung und Untersuchung von Bewerberinnen und Bewerbern	5,0 1,1	1,0	1,0
536 02	042	Umzüge von Polizeidienststellen Erläuterungen: Veranschlagt sind die Kosten für Umzüge, die sich aus Dienststellenveränderungen und zeitweisen Verlegungen von Dienststellen wegen Baumaßnahmen ergeben.	50,0 38,6	36,5	76,0
536 03	042	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften Erläuterungen: Veranschlagt ist der Mitgliedsbeitrag des Landespolizeiamtes für die Wasserschutzpolizei als korporatives Mitglied im Deutschen Nautischen Verein sowie der Mitgliedsbeitrag des Lehrbereichs 457 (Fahrschule) der PD AFB für den Fahrlehrerverband Schleswig-Holstein.	1,0 2,0	2,0	2,0
538 01	011	Vorbeugende Verbrechensbekämpfung Übertragen von 0410-538 64 (TG 64). Erläuterungen: Veranschlagt sind Kosten für Aktionen, bezogen auf bestimmte Zielgruppen (Plakataktionen, Merkblätter, Aufkleber u.a.), Beschickung von Ausstellungen bzw. öffentlichen Veranstaltungen und Beschaffung von Anschauungsmaterial für die kriminalpolizeilichen Beratungsstellen.	59,0 56,5	59,0	59,0
539 01	042	Unterbringung und Verpflegung von Personen im Polizeigewahrsam Erläuterungen: Veranschlagt sind auch die Kosten, die durch ärztliche Untersuchungen der im Gewahrsam der Polizei befindlichen Personen entstehen.	240,0 247,2	260,0	260,0
539 02	042	Auslagen nach der Vollzugs- und Vollstreckungskostenordnung, ausgenommen Kosten des Polizeigewahrsams	200,0 208,2	200,0	200,0

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 539 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Auslagen nach der Landesverordnung über die Kosten in Vollzugs- und Vollstreckungsverfahren (Vollzugs- und Vollstreckungskostenordnung - VVKVO -) vom 11. September 2007 (GVOBl. Schl.-H. S. 443).

Im Wesentlichen handelt es sich um Auslagen für das Abschleppen verkehrsbehindernd parkender Fahrzeuge. Die Einnahmen werden bei Tit. 111 01 nachgewiesen.

541 01	042	Verkehrserziehung	5,0 2,5	5,0	5,0
---------------	------------	--------------------------	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Kosten für Anschauungs- und Lehrmaterial, Broschüren pp.	2.500	2.500
2.	Herstellungskosten eines Verkehrserziehungsfilms	2.500	2.500
	Summe	5.000	5.000

546 99	042	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	38,0 22,1	25,0	25,0
---------------	------------	---	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Unfallrenten, sonstige Renten und Entschädigungen aufgrund rechtlicher Verpflichtungen	0	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	10.000	10.000
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0	0
4.	Schadensersatzleistungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Schäden im Zusammenhang mit dem Beschäftigungsverhältnis	6.000	6.000
5.	Sonstige vermischte Ausgaben	9.000	9.000
	Summe	25.000	25.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

631 01	042	Erstattung einsatzbedingter Mehrausgaben an die Bundespolizei	0,0 30,7	0,0	0,0
---------------	------------	--	--------------------	------------	------------

632 01	042	Anteil an den Kosten der Deutschen Hochschule der Polizei in Westfalen	244,0 236,5	405,0	375,7
---------------	------------	---	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der voraussichtliche Anteil des Landes Schleswig-Holstein an den Kosten der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster in Westfalen.

Die Deutsche Hochschule der Polizei in Münster ist eine gemeinsame Bildungs- und Forschungsstätte des Bundes und der Länder. Sie dient der einheitlichen Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst, der Fortbildung der Beamtinnen und Beamten des gehobenen und höheren Polizeidienstes und der Forschung auf dem Gebiet des Polizeiwesens. Der Bund und die Länder tragen die Kosten für die Deutsche Hochschule der Polizei aufgrund des Artikels 16 des über diese Einrichtung getroffenen Abkommens (Gesetz zu dem Abkommen vom 15. Dezember 1972 - GVOBl. Schl.-H. S. 238, geändert durch Gesetz vom 20. April 1993 - GVOBl. Schl.-H. S. 180) gemeinsam.

632 02	042	Anteil an den Kosten der Wasserschutzpolizei-Schule in Hamburg	160,0 148,7	171,0	166,0
---------------	------------	---	-----------------------	--------------	--------------

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 632 02

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der voraussichtliche Anteil des Landes Schleswig-Holstein an den Kosten der Wasserschutzpolizei-Schule Hamburg.
Die Wasserschutzpolizei-Schule in Hamburg wird als gemeinsame Einrichtung der Bundesländer (mit Ausnahme des Landes Thüringen) geführt. Die Kosten werden nach einem vereinbarten Schlüssel von den Beteiligten getragen (Art. 7 und 8 des Gesetzes zu dem Abkommen über die Aufgaben und Finanzierung der Wasserschutzpolizei-Schule vom 26.02.1975 - GVOBl. Schl.-H. 1975 S. 39- sowie Art. 2 des Zusatzabkommens -GVOBl. Schl.-H. 1993 S. 183-).

632 03	042	Anteil an den Kosten der Wasserschutzpolizei Hamburg - Elbeabkommen -	830,0 720,8	830,0	830,0
--------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Anteile des Landes Schleswig-Holstein an den Kosten des Elbeabkommens. Die wasserschutzpolizeilichen Aufgaben werden derzeit auch für die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein auf der Ober- wie Unterelbe einheitlich von Hamburg wahrgenommen. Eine zu erwartende Fortschreibung des Elbeabkommens sieht eine Fortschreibung dieser Praxis für die Unterelbe vor (Kostentragung der Länder Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein im Verhältnis 40%:34%:26%). Für den Bereich der Oberelbe soll bei Wahrnehmung der wasserschutzpolizeilichen Aufgaben durch Niedersachsen eine Kostentragung je zur Hälfte erfolgen.

632 04	042	Anteil an den Kosten von Bund-Länderprogrammen zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung	40,0 23,5	40,0	40,0
--------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der voraussichtliche Anteil des Landes Schleswig-Holstein an den Kosten von Bund-Länderprogrammen zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung. Bund und Länder führen zur Harmonisierung und Verstärkung der Bemühungen auf dem Gebiet der präventiven Verbrechensbekämpfung ein gemeinsames kriminalpolizeiliches Vorbeugungsprogramm durch, das der Aufklärung der Bevölkerung dient. Die Kosten werden gemäß Artikel 2 des Abkommens vom 3.12.1992 nach dem "Königsteiner Schlüssel" auf die Beteiligten umgelegt.

632 05	042	Anteil Schleswig-Holsteins an den Kosten für die Unterbringung ausländischer Polizeieinheiten aus Anlass internationaler Veranstaltungen	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel

632 07	042	Anteil an den Kosten für die Kampagne "Aufklärung gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit"	48,0 48,0	48,0	48,0
--------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der voraussichtliche Anteil des Landes Schleswig-Holstein an den Kosten für die Kampagne "Aufklärung gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit". Die Innen- und Justizminister des Bundes und der Länder haben sich darauf verständigt, den zunehmenden Gefahren des Extremismus und der Fremdenfeindlichkeit durch eine Kampagne gesamtgesellschaftlich zu begegnen. Die Kosten dafür werden zu 50 v.H. vom Bund, zu 5 v.H. von den neuen Bundesländern und zu 45 v.H. von den alten Bundesländern nach dem "Königsteiner Schlüssel" getragen.

632 08	042	Erstattung einsatzbedingter Mehrausgaben an andere Länder	0,0 275,7	300,0	300,0
--------	-----	--	---------------------	--------------	--------------

632 09	042	Anteil an den Kosten für das Havariekommando	4,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Künftig wegfallend.

Erläuterungen:

Veranschlagt bei Titel 632 65 (TG 65).

633 01	042	Zuweisungen von Verwaltungsausgaben an Kreise für die Überwachung des fließenden Verkehrs	2.550,0 1.830,5	2.050,0	1.940,0
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 633 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die anteiligen Kosten der zwischen dem Land und einzelnen Kreisen vereinbarten Projekte der gemeinsamen Überwachung des fließenden Verkehrs, wie sie sich durch die jeweiligen Aufwendungen im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen aus Verwarnungsgeld und Geldbußen ergeben:

		2009 EUR	2010 EUR
1.	PD Bad Segeberg - Kreis Segeberg	1.000.000	900.000
2.	PD Ratzeburg - Kreis Stormarn	250.000	240.000
3.	PD Lübeck - Kreis Ostholstein	150.000	150.000
4.	PD Itzehoe - Kreis Steinburg	25.000	25.000
5.	PD Itzehoe - Kreis Dithmarschen	25.000	25.000
6.	PD Bad Segeberg - Kreis Pinneberg	600.000	600.000
Summe		2.050.000	1.940.000

811 01	042	Erwerb von Dienstfahrzeugen	1.768,0	2.365,0	2.413,0
			1.749,0		

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010
Neuverpflichtung insgesamt	10.560	
Davon fällig Haushaltsjahr 2010		
Davon fällig Haushaltsjahr 2011	202	
Davon fällig Haushaltsjahr 2012	2.512	
Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff	7.846	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009 EUR	2010 EUR
1.	Ersatzbeschaffung von Sonder- und Spezialfahrzeugen	1.243.000	1.225.000
2.	Ersatzbeschaffung von Standardfahrzeugen	1.122.000	1.188.000
Summe		2.365.000	2.413.000

Die Belastung der Haushaltsjahre 2009 und 2010 aus in Anspruch genommenen VE der Vorvorjahre (bis 2007) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2008 und 2009 stellt sich wie folgt dar:

		2009	2010
1.	In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre	0	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2008	2.260	2.254
3.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2009	0	0
Zusammen		2.260	2.254

811 02	042	Neubau von Wasserschutzpolizeibooten	5.800,0	4.833,2	4.527,0
			5.714,4		

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010
Neuverpflichtung insgesamt	4.527	2.820
Davon fällig Haushaltsjahr 2010	4.527	
Davon fällig Haushaltsjahr 2011		940
Davon fällig Haushaltsjahr 2012		940
Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff		940

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 811 02

Erläuterungen:

		2009 EUR	2010 EUR
1	Ersatzbeschaffung eines Küstenbootes	1.034.960	4.162.620
2	Ersatzbeschaffung eines Küstenbootes	3.798.240	364.380
Summe		4.833.200	4.527.000

Die Belastung der Haushaltsjahre 2009 und 2010 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorvorjahre (bis 2007) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2008 und 2009 stellt sich wie folgt dar:

		2009 EUR	2010 EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre	4.833.200	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2008	0	0
3.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2009		4.527.000
Summe		4.833.200	4.527.000

811 03 042 Erwerb von Mobilten Streifenbooten 0,0 69,0 66,0
0,0

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010
Neuverpflichtung insgesamt	66	771
Davon fällig Haushaltsjahr 2010	66	
Davon fällig Haushaltsjahr 2011		135
Davon fällig Haushaltsjahr 2012		138
Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff		498

Erläuterungen:

		2009 EUR	2010 EUR
1.	Beschaffung Mobiler Streifenboote	69.000	66.000
Summe		69.000	66.000

812 01 042 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen 750,0 1.453,4 1.330,0
946,3

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010
Neuverpflichtung insgesamt	4.530	750
Davon fällig Haushaltsjahr 2010	1.030	
Davon fällig Haushaltsjahr 2011	500	750
Davon fällig Haushaltsjahr 2012	500	
Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff	2.500	

Erläuterungen:

		2009 EUR	2010 EUR
1.	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	222.000	200.000
2.	Erwerb von Geräten und Maschinen für Kfz-Werkstätten	43.000	40.000
3.	Erwerb von Verkehrsüberwachungsgeräten	398.400	334.000
4.	Erwerb von Waffen und waffentechnischen Geräten, Optik	270.000	236.000
5.	Erwerb von Geräten für den Umweltschutz	20.000	20.000
6.	Umsetzung Konzept "Neue Polizeidienstpistole"	500.000	500.000
Summe		1.453.400	1.330.000

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 812 01

Mehr in Folge Anpassung an die Ausgabenentwicklung und der Berücksichtigung der Einführung einer neuen Polizeidienststole für die Landespolizei.

Die Belastung der Haushaltsjahre 2009 und 2010 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorvorjahre (bis 2007) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2008 und 2009 stellt sich wie folgt dar:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre	0	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2008	0	0
3.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2009	0	1.030.000
Summe		0	1.030.000

812 02	042	Erwerb von fernmeldetechnischen Geräten und Anlagen	1.236,2 379,4	440,0	285,0
---------------	------------	--	-------------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Fernsprechanlagen	125.000	95.000
2.	Funkanlagen und -geräte	315.000	190.000
3.	Funk- und Notrufeinrichtungen (auch Antennen)	0	0
Summe		440.000	285.000

Weniger in Folge Einführung Digitalfunk.

812 03	042	Erwerb von Geräten, Ausrüstungs- und Ausstattungsgegenständen für Wasserschutzpolizeiboote	60,0 39,6	0,0	0,0
---------------	------------	---	---------------------	------------	------------

812 05	042	Erwerb von Schutzwesten	120,0 1.984,9	372,0	330,0
---------------	------------	--------------------------------	-------------------------	--------------	--------------

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010
Neuverpflichtung insgesamt	210	480
Davon fällig Haushaltsjahr 2010	210	
Davon fällig Haushaltsjahr 2011		120
Davon fällig Haushaltsjahr 2012		120
Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff		240

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Beschaffung von Schutzwesten der SK I und SK II. Erforderliche Ersatzbeschaffung wegen Garantieablaufs von Poolwesten.

Die Belastung der Haushaltsjahre 2009 und 2010 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorvorjahre (bis 2007) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2008 und 2009 stellt sich wie folgt dar:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre	0	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2008	120.000	120.000
3.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2009		210.000
Summe		120.000	330.000

812 06	042	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für das LKA	1.434,6 1.434,2	1.434,6	1.434,6
---------------	------------	--	---------------------------	----------------	----------------

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 812 06

Erläuterungen:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Ausstattung von Räumen zur Anhörung sensibler Zeugen - Ersatzbeschaffung	23.600	21.100
2.	Erwerb von Geräten für das SEK	103.600	125.300
3.	Erwerb von Geräten für das MEK	257.000	233.600
4.	Erwerb von Geräten für strafprozessuale Maßnahmen der Kriminalpolizei	429.800	420.000
5.	Erwerb von Kriminaltechnik	598.800	610.500
6.	Fahndung und Waffen	21.800	24.100
Summe		1.434.600	1.434.600

916 05	951	Zuführung an die Rücklage "Sabbatjahr"	0,0 12,6	0,0	0,0
---------------	-----	---	--------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei den Titeln 422 01 und 422 02 geleistet werden.

919 01	042	Zuführung an die Rücklage "Polizeidienstkleidung"	0,0 0,0	0,0	0,0
---------------	-----	--	-------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen beim Titel 514 02 geleistet werden.

61 Besonderer Einsatz der Polizei

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

459 61	042	Abfindung der Beamtinnen und Beamten aus Anlass besonderer Einsätze	35,0 22,9	35,0	35,0
---------------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Die Abfindung der Beamtinnen und Beamten regelt sich nach den Bestimmungen über die Abfindung bei Einsätzen und Übungen der Polizei vom 4. September 1996 - IV 450 b - 25.03 - in der derzeit gültigen Fassung.

525 61	042	Kosten aus Anlass von Übungseinsätzen	51,0 0,9	51,0	51,0
---------------	-----	--	--------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Abfindungen der Beamtinnen und Beamten aus Anlass von Übungen	25.500	25.500
2.	Kosten für die Inanspruchnahme von Hubschraubern bei Übungen	25.500	25.500
Summe		51.000	51.000

547 61	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	51,0 73,6	51,0	51,0
---------------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Inanspruchnahme von Fluggeräten (Hubschraubern, Flächenflugzeugen) sowie die Bereitstellung von Unterkünften für Polizeikräfte des Bundes bzw. anderer Bundesländer aus Anlass besonderer Einsätze.

Summe der Titelgruppe 61		137,0 97,4	137,0	137,0
---------------------------------	--	----------------------	--------------	--------------

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

62 Polizei-Bigband

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe mit Ausnahme der Titel 422 62 und 428 62.

§ 10 Abs. 4 HHG findet keine Anwendung für Titel der Obergruppe 42.

Ausgaben bei den Titeln 429 62 und 547 62 dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 125 02 geleistet werden.

422 62	042	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	336,7	336,7	336,7
(TG 62)			339,1		
425 62	042	Vergütungen der Angestellten	0,0	0,0	0,0
(TG 62)			0,0		
		Übertragen nach 04 10 - 428 62			
428 62	042	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	735,0	735,0	735,0
(TG 62)			796,4		
429 62	042	Nicht aufteilbare Personalausgaben	13,2	13,2	13,2
(TG 62)			14,4		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind besondere Personalausgaben sowie Pauschalabfindungen für den Leiter der Polizei-Bigband.

547 62	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	37,0	37,0	37,0
(TG 62)			37,8		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Reisen, Musikveranstaltungen, Noten, Instrumente, Geräte, Instandhaltung und Instandsetzung von dienstlichen und privaten Instrumenten (soweit dienstlich genutzt) sowie sonstige mit der Musiktätigkeit zusammenhängende Sachkosten.

Summe der Titelgruppe 62			1.121,9	1.121,9	1.121,9
			1.187,8		

63 Digitalfunk

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei 0410 - 359 63 und der Mehreinnahmen bei 0410 - 331 63 geleistet werden.

Im Haushaltsjahr 2010 dürfen Mehrausgaben bis zur Höhe von 470,0 T€ der tatsächlichen Einnahmen bei 0410 - 231 63 geleistet werden.

511 63	042	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte, Ausstattung und Ausrüstung	10,0	15,0	15,0
(TG 63)			47,8		
514 63	042	Unterhaltungs- und Betriebskosten für die Leitstellen und den Digitalfunk	3.350,0	2.511,5	3.453,6
(TG 63)			0,0		
517 63	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume für die Basisstationen des Digitalfunks	0,0	0,0	0,0
(TG 63)			0,0		
		Übertragen nach 12 20 - 517 63			
518 63	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume der Basisstationen für den Digitalfunk	0,0	0,0	0,0
(TG 63)			0,0		

Übertragen nach 12 20 - 518 63

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
526 63	042	Kosten für externe Beratung	40,0	20,0	20,0
(TG 63)			18,7		
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind:			
				2009	2010
				EUR	EUR
		1. Landesprojekt Digitalfunk		10.000	10.000
		2. Landesprojekt Kooperative Einsatzleitstellen		10.000	10.000
		Summe		20.000	20.000
527 63	042	Dienstreisen	10,0	30,0	25,0
(TG 63)			13,4		
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind:			
				2009	2010
				EUR	EUR
		1. Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen		10.000	10.000
		2. Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen		0	0
		Summe		10.000	10.000
535 63	042	Anteilige Kosten des Landes am bundesweiten Projekt Digitalfunk	0,0	0,0	0,0
(TG 63)			56,5		
		Erläuterungen:			
		Vorgesehen ist die finanzielle Beteiligung Schleswig-Holsteins an der Planung und Realisierung des Projekts Digitalfunk.			
547 63	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	5,0	5,0	5,0
(TG 63)			0,7		
634 63	042	Erstattungen an die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS)	400,0	1.426,0	978,0
(TG 63)			519,4		
711 63	042	Bauliche Maßnahmen für den Aufbau eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems	0,0	0,0	0,0
(TG 63)			0,0		
812 63	042	Einführung eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems	23.275,0	37.986,1	29.528,3
(TG 63)			252,0		
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010	
		Neuverpflichtung insgesamt	11.300	6.500	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2010	11.300		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2011		6.500	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2012			
		Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff			
		Erläuterungen:			
		Die Belastung der Haushaltsjahre 2009 und 2010 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorvorjahre (bis 2007) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2008 und 2009 stellt sich wie folgt dar:			

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 812 63

		2009	2010
1.	In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre	0	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2008	0	0
3.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2009	0	11.300
Zusammen		0	11.300

919 63	951	Zuführung an die Rücklage "Digitalfunk"	0,0	0,0	0,0
(TG 63)			0,0		

Summe der Titelgruppe 63		27.090,0	41.993,6	34.024,9
		908,5		

64 Fahndung, Personen- und Zeugenschutz

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

459 64	042	Bewegungsgeld	70,0	40,0	40,0
(TG 64)			32,3		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für Beamtinnen und Beamte im Außendienst.

511 64	042	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	400,0	400,0	400,0
(TG 64)			380,2		

Der letzte Satz der Erläuterungen ist verbindlich gem. § 17 Abs. 1 LHO.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Büromaterial	50.000	50.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	0	0
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	0	0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	350.000	350.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	0	0
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	0	0
7.	Unterhaltung von Geräten	0	0
8.	Sonstiges	0	0
Summe		400.000	400.000

In Fällen verdeckter Fahndung kann bei der Erteilung von Zahlungsanordnungen auf die Begründung und Beifügung begründender Unterlagen verzichtet werden.

526 64	042	Personen- und Zeugenschutz	57,0	57,0	57,0
(TG 64)			50,9		

Der letzte Satz der Erläuterungen ist verbindlich gem. § 17 Abs. 1 LHO.

Die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landeskriminalamtes im Rahmen von Zeugenschutzmaßnahmen wird durch die Präsidentin oder den Präsidenten des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein geprüft.

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 526 64

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	für Personenschutz einschließlich des Erwerbs von Flugtickets	27.000	27.000
2.	für Zeugenschutzmaßnahmen	15.000	15.000
3.	Fahndung	15.000	15.000
Summe		57.000	57.000

In Fällen verdeckter Fahndung kann bei der Erteilung von Zahlungsanordnungen auf die Begründung und die Beifügung begründender Unterlagen verzichtet werden.

527 64	042	Dienstreisen im kriminalpolizeilichen Ermittlungsdienst	100,0	100,0	100,0
(TG 64)			53,3		

538 64	042	Vorbeugende Verbrechensbekämpfung	0,0	0,0	0,0
(TG 64)			0,0		

Übertragen nach 04 10 - 538 01

547 64	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	440,0	470,0	470,0
(TG 64)			472,4		

Es dürfen zur Gewährung von Geldbelohnungen an Privatpersonen, durch deren Mitwirkung eine strafbare Handlung schneller aufgeklärt bzw. aufgedeckt wird, und bei der Wiederergreifung entwichener Gefangener für das laufende und das vorausgehende Haushaltsjahr bis zu 40.903 € ausgelobt werden. Das Finanzministerium ist über die ausgelobten Beträge zu unterrichten.

Der letzte Satz der Erläuterungen ist verbindlich gem. § 17 Abs. 1 LHO.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten u.a. für Preise, Mieten, Sicherstellung von Kfz., Gutachten im Ermittlungsdienst, Dolmetscher, Leichensachen, Auslobungen und für den Schiffsmelddienst.

In Fällen verdeckter Fahndung kann bei der Erteilung von Zahlungsanordnungen auf die Begründung und die Beifügung begründender Unterlagen verzichtet werden.

Summe der Titelgruppe 64	1.067,0	1.067,0	1.067,0
	989,2		

65 Havariekommando

632 65	044	Anteil an den Kosten für das Havariekommando (Brandschutz)	355,0	360,0	360,0
(TG 65)			207,5		

Erläuterungen:

Die Kosten der Länder für das Havariekommando werden vom Land Schleswig-Holstein als Abrechnungsstelle der Länder gegenüber dem Bund getragen. Die Länder erstatten dem Land Schleswig-Holstein die von ihnen zu tragenden Anteile (vgl. 0410-232 65 TG 65).

Auf Schleswig-Holstein entfallen nach dem Verteilungsschlüssel des Schadstoffbekämpfungsabkommens 30 v. H. der Gesamtkosten für das Havariekommando.

Summe der Titelgruppe 65	355,0	360,0	360,0
	207,5		

66 Rat für Kriminalitätsverhütung

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Erläuterungen:

Der Rat für Kriminalitätsverhütung hat die Aufgabe, die Entwicklung der Kriminalität und ihre Bedingungen zu analysieren und zu erörtern, die Landesregierung in kriminalpolitischen Fragen zu beraten und ihr entsprechende wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen zu vermitteln. Er soll Initiativen zur Kriminalitätsprävention anregen, unterstützen und auswerten.

Um diese umfassenden Aufgaben erfüllen zu können, führt er alle diejenigen zusammen, deren Erkenntnisse und Erfahrungen für die Erarbeitung von Präventionskonzepten nutzbar zu machen sind bzw. die zu deren Umsetzung beitragen können.

Den organisatorischen Rahmen dazu bilden das aus ca. 100 Mitgliedern bestehende Plenum des Rates, die Arbeitsgruppen sowie Vorstand, Geschäftsführung und wissenschaftliche Beratung. Bis auf die Geschäftsführung ist die Tätigkeit der Ratsmitglieder ehrenamtlich.

Durch die Arbeit des Rates sind kriminalpräventive Konzepte erarbeitet und die Gründung lokaler kriminalpräventiver Räte initiiert und unterstützt worden. Eine Begleitung der bisher gegründeten lokalen Räte (ca. 90) findet statt. Die Initiierung weiterer lokaler Räte und Projekte ist beabsichtigt.

511 66	042	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	4,0	1,0	1,0
(TG 66)			0,1		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Büromaterial	400	400
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	0	0
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	300	300
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	0	0
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	0	0
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	0	0
7.	Unterhaltung von Geräten	0	0
8.	Sonstiges	300	300
Summe		1.000	1.000

526 66	042	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	3,0	1,0	1,0
(TG 66)			0,6		

527 66	042	Dienstreisen für die Mitglieder des Rates	17,0	6,0	6,0
(TG 66)			6,7		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Reisekosten (Fahrtgelder und Sitzungsgelder) für die Mitglieder des Rates, die nach den für Landesbedienstete geltenden Bestimmungen gezahlt werden.

531 66	042	Öffentlichkeitsarbeit	26,0	42,0	42,0
(TG 66)			42,6		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Organisation und Durchführung von Pressekonferenzen, Plenumsitzungen, öffentlichen Diskussionsveranstaltungen sowie Veröffentlichungen über Aufgaben und Ziele des Rates. Ferner sind Veranstaltungen und die Erstellung von Broschüren zur Gründung neuer und Unterstützung bestehender örtlicher Räte geplant.

Dies gilt besonders für die Fortführung der erstellten Dokumentationsreihe, wie auch für die Informationen aus der Geschäftsführung und die Veröffentlichung von Konzepten sowie die Bezuschussung von Projekten, die der Verhütung von Straftaten dienen und entweder vom Landesrat oder von kommunalen Räten für die Kriminalitätsverhütung durchgeführt werden.

Summe der Titelgruppe 66		50,0	50,0	50,0
		49,9		

67 Katastrophenschutz

422 67	045	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	314,6	290,3	290,3
(TG 67)			302,9		

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 422 67

Darf bis zur Höhe der für diesen Zweck vorgesehenen Einnahmen bei Titel 0410 - 271 67 überschritten werden.

Erläuterungen:

Eingespart gemäß Personalkosteneinsparkonzept wurden 24,3 T€.

425 67	045	Vergütungen der Angestellten	0,0	0,0	0,0
(TG 67)			0,0		

Künftig wegfallend.

In Folge der Überleitung in den TV-L sind Mittel in Höhe von 416,3 T€ und Stellen gem. § 11 Abs. 5 HHG 2007/2008 in den Titel 0410 - 428 67 umgesetzt worden.

Eingespart gemäß Personalkosteneinsparkonzept wurden gleichzeitig 33,7 T€.

428 67	045	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	450,0	416,3	416,3
(TG 67)			413,7		

Darf bis zur Höhe der für diesen Zweck vorgesehenen Einnahmen bei Titel 0410 - 271 67 überschritten werden.

453 67	045	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0,0	0,0	0,0
(TG 67)			0,0		

Deckungsfähig mit 0410-453 01.

511 67	045	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	13,0	13,0	13,0
(TG 67)			8,6		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Büromaterial	6.000	6.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	3.500	3.500
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	0	0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	0	0
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	1.500	1.500
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	0	0
7.	Unterhaltung von Geräten	1.500	1.500
8.	Sonstiges	500	500
Summe		13.000	13.000

517 67	045	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	2,0	2,0	2,0
(TG 67)			75,6		

75 T€ übertragen nach 1220-517 91 .

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Behelfsmäßige Unterkunft in Lindewitt		
1.1	Heizung	500	500
1.2	Elektrizität	1.000	1.000
1.3	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	300	300
1.4	Sonstiges	200	200
<i>Summe zu 1.</i>		<i>2.000</i>	<i>2.000</i>
Zusammen		2.000	2.000

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
518 67 (TG 67)	045	Mieten für von der GMSH angemietete Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0 0,0	0,0	0,0
		Übertragen nach 1220 - 518 91			
525 67 (TG 67)	045	Aus- und Fortbildung	3,0 4,0	3,0	3,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Kosten für die Aus- und Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Innenministeriums und des Katastrophenschutzes in Fragen der Katastrophenabwehr, Besuche der Landesfeuerwehrschule sowie der Akademie für zivile Verteidigung.			
526 67 (TG 67)	045	Sitzungsgeld und sonstige Ausgaben für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	1,0 1,1	1,0	1,0
527 67 (TG 67)	045	Dienstreisen	6,5 6,1	7,0	7,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:			
				2009 EUR	2010 EUR
		1. Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen		5.500	5.500
		2. Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen		1.000	1.000
		3. Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten		500	500
		Summe		7.000	7.000
534 67 (TG 67)	045	Planspiele, Übungen, zentrale Ausbildungsveranstaltungen und Kosten der Führungsstäbe	125,0 113,4	140,0	140,0
		Darf bis zur Höhe der für diesen Zweck vorgesehenen Einnahmen bei Titel 271 67 TG 67 überschritten werden.			
		Erläuterungen: Veranschlagt sind für Übungen/Schulungsmaßnahmen und die Ausstattung des Gemeinsamen Lage- und Führungszentrums:			
				2009 EUR	2010 EUR
		1. Kosten des FüStab-KatS IM sowie des Interministeriellen FüStab		10.000	10.000
		2. Kosten für Übungen des FüStab-KatS IM im Zusammenwirken mit den Stäben der unteren Katastrophenschutzbehörden sowie den Kräften des Katastrophenschutzes		12.000	12.000
		3. Kosten für Übungen, Schulungen sowie Beratung im Zusammenhang mit dem Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen		15.000	15.000
		4. Kosten für Katastrophenschutzmaßnahmen wie Ziff. 3 - außerhalb kerntechnischer Anlagen -		16.000	16.000
		5. Kosten der Ausstattung des gemeinsamen Lage- und Führungszentrums mit technischen Geräten		15.000	15.000
		6. Kosten für Übungen gemäß Richtlinie 96/82/EG (Seveso-II-Richtlinie)		72.000	72.000
		Summe		140.000	140.000
536 67 (TG 67)	045	Vorsorgemaßnahmen für den Katastrophenschutz	40,0 44,8	40,0	42,0

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 536 67

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung bzw. Wartung und Reparatur von Geräten zur Messung radioaktiver Immis-sionen sowie von Ausstattungsgegenständen für die Reaktorsicherheit.

546 67	045	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	1,0	1,0	1,0
(TG 67)			0,2		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Unfallrenten, Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen	0	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	900	900
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	0	0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	100	100
Summe		1.000	1.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

633 67	045	Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für Zwecke des Katastrophenschutzes	260,0	400,0	479,1
(TG 67)			227,0		

Erläuterungen:

Zuwendung

Ziel:

Erhaltung der Handlungsfähigkeit zur Abwehr von Gefahren für die Allgemeinheit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes.

Nach § 34 des Gesetzes über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein (LKatSG) vom 10. Dezember 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 664, zuletzt geändert am 7. Januar 2008, GVOBl. S. 12) und der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes (Amtsbl. Schl.-H. 2004 S. 835, zuletzt geändert am 30. Oktober 2007, Amtsbl. Schl.-H. S. 1148) gewährt das Land im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel Zuwendungen (Zuschüsse) an die Kreise und kreisfreien Städte für zentrale Förderungsmaßnahmen und für die Durchführung von Schwerpunktaufgaben im Katastrophenschutz.

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Anteil des Landes an der Ausbildung und den Übungen der Helferinnen und Helfer der Einheiten/Einrichtungen am Standort (50%)	110.000	110.000
2.	Anteil des Landes an der Ausbildung der Führungskräfte im Katastrophenschutz (100%)	45.000	45.000
3.	Anteil des Landes an der Unterhaltung der Katastrophenschutzfahrzeuge (grundsätzlich 50%)	245.000	324.100
Summe		400.000	479.100

684 67	045	Zuschüsse an Hilfsorganisationen für Mitwirkung im Katastrophenschutz	85,0	90,0	90,0
(TG 67)			84,9		

Erläuterungen:

Zuwendung

Ziel:

Erhaltung der Handlungsfähigkeit zur Abwehr von Gefahren für die Allgemeinheit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes.

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 684 67

Gemäß § 34 des Gesetzes über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein (LKatSG) vom 10. Dezember 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 664, zuletzt geändert am 7. Januar 2008, GVOBl. S. 12) und der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes (Amtsbl. Schl.-H. 2004 S. 835, zuletzt geändert am 30. Oktober 2007, Amtsbl. Schl.-H. S. 1148) gewährt das Land Zuwendungen (Zuschüsse) an die Träger der privaten Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzdienstes auf Landesebene mit wenigstens 50 Einsatzkräften oder mehr als zwei Einsatzeinheiten. Bezuschusst werden die Verwaltungskosten sowie die Kosten für die Ausbildung und Ausrüstung der Helferinnen und Helfer in den örtlichen Gliederungen, soweit diese nicht vom Bund oder von den Kreisen und kreisfreien Städten finanziert werden.

Zuwendungen erhalten:

1. Arbeiter-Samariter-Bund
2. Deutsches Rotes Kreuz
3. Johanniter-Unfall-Hilfe
4. Malteser Hilfsdienst
5. Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

Für die Bereitstellung des DRK-Hilfszuges erhält das DRK zusätzlich einen Betrag von 5.000 €.

883 67	045	Zuweisungen für Investitionen an Kreise und kreisfreie Städte	500,0	717,8	750,0
(TG 67)			500,0		

Erläuterungen:

1995 wurden vom Bund 198 Katastrophenschutzfahrzeuge übernommen und mit Mittel des Landes und der Kreise und kreisfreien Städte weiterhin für den Katstrophenschutz einsatzbereit gehalten. Diese Fahrzeuge, die zum Teil älter als 25 Jahre sind, müssen jetzt vermehrt ersetzt werden. Ab 2010 wird der Bund mindestens ca. 100 weitere Fahrzeuge zur Übernahme bereit stellen. Auch diese Fahrzeuge müssen in den kommenden Jahren ersetzt werden, um weiterhin einen funktionsfähigen Katastrophenschutz gewährleisten zu können.

Die Kosten werden grundsätzlich zu zwei Dritteln vom Land getragen.

Gemäß § 34 Ziff. 1 des Gesetzes über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein (LKatSG) vom 10. Dezember 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 664, zuletzt geändert am 7. Januar 2008, GVOBl. S. 12) und der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes (Amtsbl. Schl.-H. 2004 S. 835, zuletzt geändert am 30. Oktober 2007, Amtsbl. Schl.-H. S. 1148) gewährt das Land Zuwendungen (Zuschüsse) an die Kreise und kreisfreien Städte für zentrale Förderungsmaßnahmen und für die Durchführung von Schwerpunktaufgaben im Katastrophenschutz.

Hierfür wurde 1975 ein langfristiges Investitions- und Ersatzbeschaffungsprogramm zur Komplettierung der friedensmäßigen Ausstattung der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes aufgelegt, dessen Kosten je zur Hälfte von den Kreisen und kreisfreien Städten sowie vom Land getragen werden.

Maßnahmen mit besonderer einsatztaktischer Bedeutung werden im Einzelfall bis zu 100 % gefördert.

Für den Einsatz der Katastrophenschutz Helfer bei besonderen Lagen wie Maul- und Klauenseuche (MKS) oder gemeiner Geflügelpest (Vogelgrippe) werden spezielle Vorkehrungen für den persönlichen Schutz notwendig. Weiterhin sind für die Probenahme technische Hilfsmittel wie Ferngreifer und Behältnisse sowie Transportkapazität und Probenlagerungsmöglichkeiten erforderlich.

Zuwendung

Ziel:

Erhaltung der Handlungsfähigkeit zur Abwehr von Gefahren für die Allgemeinheit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes.

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 883 67

Folgende Beschaffungen sind erforderlich:

		2009	2010
		EUR	EUR
1	Ersatz ehemaliger Bundeskatastrophenschutzfahrzeuge		
1.1	Betreuungslastkraftwagen (2 Stück)		100.000
1.2	Feldkochherde (3 Stück)		150.000
	<i>Summe zu 1</i>	0	250.000
2.	Katastrophenschutz Einsatzfahrzeuge		
2.1	Betreuungslastkraftwagen (3 Stück)	100.000	50.000
2.2	Führungskraftwagen (4 Stück)	50.000	50.000
2.3	Diverse KatS-Einsatzfahrzeuge KTW, FKH und ELW nach Priorität	317.800	150.000
	<i>Summe zu 2.</i>	467.800	250.000
3.	ABC-Messgeräte, Fachdienstausrüstung und persönliche Schutzausrüstung		
3.1	Schnelleinsatzzelte, Zeltheizgeräte (6 Stück)	60.000	60.000
3.2	Diverse ABC-Messgeräte, Gasmessgeräte und persönliche Schutzzanzüge	70.000	70.000
3.3	Persönliche Schutzausrüstung und Probennahmegerät für B-Gefahren (z.B. MKS, Vogelgrippe)	40.000	40.000
3.4	Geräte und Ausrüstung zur Verletzendekontamination	80.000	80.000
	<i>Summe zu 3.</i>	250.000	250.000
Zusammen		717.800	750.000

981 67	991	Erstattung von Ausgaben für die Durchführung des Projektes SAFECOAST	0,0	0,0	0,0
(TG 67)			28,5		

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der für diesen Zweck vorgesehenen Einnahmen bei Titel 271 67 TG 67 geleistet werden.

Summe der Titelgruppe 67	1.801,1	2.121,4	2.234,7
	1.810,9		

68 Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe mit Ausnahme der Titel der Obergruppe 42. § 10 HHG findet keine Anwendung für Titel der Obergruppe 42.

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 67 (TG 67) überschritten werden.

Erläuterungen:

In der Titelgruppe 68 werden die Ausgaben für die Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition sowie von unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV) zentral veranschlagt.

Für die Beseitigung der ehemals reichseigenen Kampfmittel werden die Kosten vom Bund erstattet (vgl. Tit. 231 67 (TG 67)).

425 68	049	Vergütungen der Angestellten	0,0	0,0	0,0
(TG 68)			0,0		

Künftig wegfallend.

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 425 68

In Folge der Überleitung in den TV-L sind Mittel in Höhe von 503,2 T€ und Stellen gem. § 11 Abs. 5 HHG 2007/2008 in den Titel 0410 - 428 68 umgesetzt worden.

Eingespart gemäß Personalkosteneinsparkonzept wurden 40,8 T€.

426 68	049	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	0,0	0,0	0,0
(TG 68)			0,0		

Künftig wegfallend.

In Folge der Überleitung in den TV-L sind Mittel in Höhe von 1.042,2 T€ und Stellen gem. § 11 Abs. 5 HHG 2007/2008 in den Titel 0410 - 428 68 umgesetzt worden.

Eingespart gemäß Personalkosteneinsparkonzept wurden 84,5 T€.

427 68	049	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0	0,0
(TG 68)			0,0		

428 68	049	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.670,7	1.545,4	1.545,4
(TG 68)			1.505,8		

In Folge der Überleitung in den TV-L sind Mittel in Höhe von 1.545,4 T€ und Stellen gem. § 11 Abs. 5 HHG 2007/2008 von 0410 - 425 68 und 0410 - 426 68 in den Titel 0410 - 428 68 umgesetzt worden.

511 68	049	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	32,0	32,0	32,0
(TG 68)			27,6		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Büromaterial	8.000	8.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	1.500	1.500
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	0	0
4.	Post- Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	11.000	11.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	8.000	8.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	0	0
7.	Unterhaltung von Geräten	1.500	1.500
8.	Sonstiges	2.000	2.000
	Summe	32.000	32.000

514 68	049	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	59,0	59,0	59,0
(TG 68)			59,3		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	25.000	25.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	4.000	4.000
3.	Verbrauchsmittel	27.000	27.000
4.	Sonstiges	3.000	3.000
	Summe	59.000	59.000

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 514 68

Bestand an Dienstfahrzeugen

Erläuterungstext	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010	Tatsächlicher Bestand am 01.02.2008
Anhänger für Spezialgerät	5	4	4	5
Arbeitsboot	1	1	1	1
Betriebsgerät	3	3	3	3
Bootsmotoren	4	4	4	4
Einsatzwagen - PKW	2	2	2	2
Geländewagen - Zugfahrzeug	2	2	2	2
Schlauchboot - klein	1	1	1	1
Schlauchboot - groß	1	1	1	1
Sondierfahrzeug	5	5	5	5
Taucheinsatzfahrzeug	2	2	2	2
Transportfahrzeug - Munition	1	1	1	1
Trailer	3	4	4	3
Universalgerät - Unimog	1	1	1	1
USBV - Einsatzwagen - klein	1	1	2	1
USBV - Einsatzwagen - groß	2	2	2	2
Zusammen	34	34	35	34

Daneben werden vom Kampfmittelbeseitigungsdienst noch diverse andere, durch Verbrennungsmotoren betriebene Maschinen verwendet.

517 68	049	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	138,0	138,0	138,0
(TG 68)			116,8		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Bewirtschaftung und Bewachung des Munitionszerlegungsbetriebes (MZB) in Groß Nordsee:

		2009 EUR	2010 EUR
1.	Be- und Entwässerung, Müllabfuhr	5.000	5.000
2.	Kleinreparaturen	10.000	10.000
3.	Wartungsverträge	20.000	20.000
4.	Bewachung MZB	103.000	103.000
	Summe	138.000	138.000

525 68	049	Aus- und Fortbildung	10,0	10,0	10,0
(TG 68)			7,9		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Aus- und Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des MZB zur Lehrgangsteilnahme an der Sprengschule in Dresden und anderen Ausbildungsstätten.

527 68	049	Dienstreisen	15,0	15,0	15,0
(TG 68)			11,2		

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 527 68

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	14.000	14.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	1.000	1.000
3.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	0	0
Summe		15.000	15.000

534 68	049	Beseitigung und Vernichtung von Kampfmitteln sowie von unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV)	628,5	190,0	190,0
(TG 68)			126,0		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Beseitigung von Fundmunition und Waffen einschl. NATO-Kampfmitteln durch die Außentrupps in Schleswig-Holstein und in den Küstengewässern sowie für die Entwicklung und Beschaffung technischer Hilfsmittel und Ausrüstungsgegenstände. Gemäß § 1004 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) i.V.m. § 19 Abs. 2 Nr. 1 des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes (AKG) vom 05.11.1957 (BGBl. 1957, S. 1747) und den VV zur Durchführung des AKG (Nr. 3 und 3.5) erstattet der Bund den Ländern die Kosten für die Beseitigung der ehemals reichseigenen Kampfmittel.

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Außentrupp	130.000	130.000
2.	Einsatztrupp USBV	25.000	25.000
3.	Munitionszerlegebetrieb	30.000	30.000
4.	Luftbildauswertung	5.000	5.000
Summe		190.000	190.000

536 68	049	Prämien für die Gruppen-Unfallversicherung	7,0	7,0	7,0
(TG 68)			6,1		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Jahresprämien für die tarifliche zusätzliche Gruppenunfallversicherung für 10 Angestellte und 21 Lohnempfänger.

547 68	049	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	1,0	1,0	1,0
(TG 68)			0,1		

811 68	049	Erwerb von Fahrzeugen	140,0	140,0	140,0
(TG 68)			132,6		

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 811 68

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2009	2010
		EUR	EUR
1.	Erstmalige Anschaffungen		
1.1	Trailer für Einsatzboot nach Umbau	15.000	
	<i>Summe zu 1.</i>	<i>15.000</i>	<i>0</i>
2.	Ersatzbeschaffungen		
2.1	LKW-Sondierwagen VW Kombi	40.000	0
2.2	LKW - Transport (2 Fahrzeuge)	85.000	65.000
2.3	Einsatzfahrzeuge - geländegängig	0	40.000
2.4	Flurförderfahrzeug	0	35.000
	<i>Summe zu 2.</i>	<i>125.000</i>	<i>140.000</i>
Zusammen		140.000	140.000

812 68	049	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	149,0	149,0	149,0
(TG 68)			199,5		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die erforderliche Ersatz-, Ergänzungs- oder Neubeschaffung von Geräten für den Außentrupp zur Beseitigung von Fundmunition zu Land und aus dem Wasser, für den Trupp zur Unschädlichmachung unkonventioneller Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV) und für den Munitionserlegebetrieb Groß Nordsee für die Bearbeitung und Unschädlichmachung angelieferter Fundmunition, Waffen und munitionstechnischer Geräte.

		2009	2010
		EUR	EUR
1	Minensuchgerät		3.000
2	Kamera		20.000
3	Kompressor - transportabel		11.000
4	Wassergewehr Dynagit	6.000	
5	Wassersonde	8.000	
6	EOD Roboter Telexmax	135.000	115.000
	Summe	149.000	149.000

Summe der Titelgruppe 68	2.850,2	2.286,4	2.286,4
	2.193,0		

69 Outputorientierte Personalkosten (Polizei - ministerieller Bereich)

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten. Vgl. Vorwort Buchstabe F.

422 69	042	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1.568,0	1.431,2	1.431,2
(TG 69)			1.471,5		

136,8 T€ übertragen nach 0401 - 422 01.

425 69	042	Vergütungen der Angestellten	0,0	0,0	0,0
(TG 69)			0,0		

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 425 69

Künftig wegfallend.

In Folge der Überleitung in den TV-L sind Mittel in Höhe von 247 T€ und Stellen gem. § 11 Abs. 5 HHG 2007/2008 in den Titel 0410 - 428 69 umgesetzt worden.

428 69	042	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	247,0	186,8	186,8
(TG 69)			183,2		

60,2 T€ übertragen nach 0401 - 428 01.

Erläuterungen:

In Folge der Überleitung in den TV-L sind Mittel in Höhe von 247 T€ und Stellen gem. § 11 Abs. 5 HHG 2007/2008 von 0410 - 425 69 in den Titel 0410 - 428 69 umgesetzt worden.

Summe der Titelgruppe 69			1.815,0	1.618,0	1.618,0
			1.654,7		

70 Outputorientierte Personalkosten (Katastrophenschutz - ministerieller Bereich)

Erläuterungen:

Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten. Vgl. Vorwort Buchstabe F.

422 70	045	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	71,9	70,4	68,2
(TG 70)			0,0		

Erläuterungen:

Eingespart gemäß Personalkosteneinsparkonzept wurden 1,5 T€.

425 70	045	Vergütungen der Angestellten	0,0	0,0	0,0
(TG 70)			0,0		

Künftig wegfallend.

In Folge der Überleitung in den TV-L sind Mittel und Stellen gem. § 11 Abs. 5 HHG 2007/2008 in den Titel 0410 - 428 70 umgesetzt worden.

428 70	045	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0	0,0	0,0
(TG 70)			0,0		

Summe der Titelgruppe 70			71,9	70,4	68,2
			0,0		

Summe der Ausgaben			364.082,3	385.492,9	377.781,4
			339.222,5		

04 10

Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
Abschluss					
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	13.875,0 12.624,5	13.631,0	13.641,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	1.194,0 2.030,4	1.506,0	1.506,0
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	0,0 0,0	7.816,9	4.408,2
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0	0,0
Gesamteinnahmen			15.069,0 14.654,9	22.953,9	19.555,2
41 - 49		Personalausgaben	290.737,4 291.128,2	298.476,4	299.004,2
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	33.136,1 30.368,1	30.936,4	32.217,5
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	4.976,0 4.353,3	6.120,0	5.606,8
71 - 79		Baumaßnahmen	0,0 0,0	0,0	0,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	35.232,8 13.331,8	49.960,1	40.952,9
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 41,1	0,0	0,0
Gesamtausgaben			364.082,3 339.222,5	385.492,9	377.781,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-349.013,3 -324.567,6	-362.539,0	-358.226,2

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Das Kapitel 04 16 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

03 Wohnraumförderung

04 Städtebauförderung

Ausgaben

03 Wohnraumförderung

04 Städtebauförderung

Erläuterungen:

Strategischer Aufgabenbereich: Aufgaben im Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen.
Vgl. Vorwort Buchstabe F.

Bewilligung und Auszahlung der Darlehen und Zuschüsse für die Wohnraum- und Städtebauförderung erfolgen durch die Investitionsbank Schleswig-Holstein, der die Mittel zur Auszahlung zugeführt werden.

Die veranschlagten Haushaltsmittel in der MG 04 enthalten die finanzielle Abwicklung der Städtebauförderungsprogramme mit den Fälligkeiten 2009 und 2010.

Die soziale Wohnraumförderung in Schleswig-Holstein wird durch ein- oder mehrjährige Wohnraumförderungsprogramme gewährleistet.

Im Zuge der Föderalismusreform ist die Zahlung der Bundesfinanzhilfen für die soziale Wohnraumförderung nach Art. 104 a Abs. 4 GG ab 1. Januar 2007 beendet worden. Der Bund zahlt gemäß Art. 143 c GG i. V. m. dem Entflechtungsgesetz (Art. 13 des Föderalismusreform-Begleitgesetzes vom 5. September 2006, BGBl. I S. 2098) den Ländern von 2007 bis 2013 Kompensationsleistungen, die für die Ausfinanzierung der Altverpflichtungen des Bundes und zur Finanzierung von investiven Maßnahmen der Wohnraumförderung einzusetzen sind.

Einnahmen

119 02	411	Rückzahlung überzahlter Beträge aus Landesmitteln einschl. Zweckentfremdungszinsen	5,0 14,4	5,0	5,0
Erläuterungen:					
Zweckentfremdet eingesetzte Landesmittel sind unter Berechnung von Zinsen zurückzufordern und an das Land abzuführen.					
119 03	411	Rückzahlung überzahlter Beträge aus Bundesmitteln einschl. Zweckentfremdungszinsen	51,0 33,9	51,0	51,0
Erläuterungen:					
Vgl. Titel 631 01.					
133 01	872	Erlöse aus der Veräußerung von Forderungsvermögen	0,0 0,0	0,0	0,0
weggefallen					
161 01	411	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen	10,0 14,0	10,0	10,0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind Einnahmen aus dem von der Investitionsbank Schleswig-Holstein geführten Bankkonto für Treuhandmittel.					
162 01	411	Zinseinnahmen aus Wohnungsbaudarlehen des Bundes	0,7 0,9	0,6	0,5
Erläuterungen:					
Vgl. Titel 182 01.					
162 02	411	Zinseinnahmen aus Wohnungsbaudarlehen des Landes	6,2 6,5	9,3	7,6

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 162 02

Erläuterungen:

Vgl. Titel 182 02.

162 03	411	Zinseinnahmen aus Darlehen in sozial dringlichen Fällen	4,1 4,8	4,0	4,0
--------	-----	--	------------	-----	-----

Erläuterungen:

Vgl. Titel 182 03.

162 04	411	Zinseinnahmen aus der Baufinanzierung der Siedlerschule Neumünster	0,1 0,1	0,1	0,1
--------	-----	---	------------	-----	-----

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zinseinnahmen in Höhe von 48,09 € in 2009 und 41,19 € in 2010.
Vgl. Titel 182 04.

182 01	411	Rückflüsse aus Wohnungsbaudarlehen des Bundes	22,6 753,8	18,6	18,0
--------	-----	--	---------------	------	------

Erläuterungen:

Am 31.12.2007 betrug die zugrunde liegende Darlehensforderung 539.488,89 €.

182 02	411	Rückflüsse aus Wohnungsbaudarlehen des Landes	81,5 490,8	86,1	85,9
--------	-----	--	---------------	------	------

Erläuterungen:

Am 31.12.2007 betrug die zugrunde liegende Darlehensforderung 680.726,40 €.

182 03	411	Rückflüsse aus Darlehen in sozial dringlichen Fällen	5,3 27,2	5,4	5,4
--------	-----	---	-------------	-----	-----

Erläuterungen:

Am 31.12.2007 betrug die zugrunde liegende Darlehensforderung 409.269,37 €.

182 04	411	Rückflüsse aus Darlehen zur Baufinanzierung der Siedlerschule Neumünster	0,4 0,4	0,4	0,4
--------	-----	---	------------	-----	-----

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus Tilgungen in Höhe von 458,08 € in 2009 und 464,98 € in 2010.
Am 31.12.2007 betrug die zugrunde liegende Darlehensforderung 3.774,55 €.

231 01	233	Erstattung des Anteils des Bundes am Wohngeld	29.250,0 19.287,0	26.500,0	26.250,0
--------	-----	--	----------------------	----------	----------

Erläuterungen:

Vgl. Titel 681 02.

231 02	233	Erstattung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger durch den Bund	0,0 4,3	0,0	0,0
--------	-----	---	------------	-----	-----

Erläuterungen:

Vgl. Titel 681 01.

311 04	411	Aufwendungs- und Baudarlehen des Bundes für den Ersatzwohnungsbau aus Anlass des Um- und Ausbaues von Bundesfernstraßen	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	------------	-----	-----

weggefallen

03 Wohnraumförderung

331 30	411	Kompensationsleistungen des Bundes für die soziale Wohnraumförderung	12.600,0 12.620,0	12.620,0	12.620,0
--------	-----	---	----------------------	----------	----------

(MG 03)

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 331 30

Erläuterungen:

Vgl. Titel 884 30 (MG 03).

Summe der Maßnahmegruppe 03

12.600,0

12.620,0

12.620,0

12.620,0

04 Städtebauförderung

119 01	441	Rückzahlung nicht verbrauchter Städtebauförderungsmittel	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			1.568,0		

Künftig wegfallend.

221 05	411	Zuschüsse für Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaues aus Finanzhilfen des Bundes	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			153,0		

Erläuterungen:

Vgl. Titel 893 08 (MG 04).

233 01	441	Rückzahlung von Bundesmitteln für Städtebauförderungsprogramme durch die Kommunen einschl. Zweckentfremdungszinsen	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			3,8		

Erläuterungen:

Rückzahlung vorausgezahlter Fördermittel für die Städtebauförderungsprogramme durch die Kommunen aufgrund von Zwischen- und Schlussabrechnungen einschließlich z.B. Rückziehungen von Fördermitteln und Einnahmen aus Grundstücksveräußerungen und Ausgleichsbeträgen sowie Zinsen für nicht fristgerechten oder nicht zweckentsprechenden Mitteleinsatz (Zweckentfremdungszinsen).

Vgl. Titel 883 01 (MG 04).

233 02	441	Rückzahlung von Landesmitteln für Städtebauförderungsprogramme durch die Kommunen einschl. Zweckentfremdungszinsen	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			258,8		

Erläuterungen:

Siehe Titel 233 01 (MG 04).

233 03	441	Rückzahlung von Landesmitteln für das Landesprogramm Städtebauförderung durch die Kommunen einschließlich Zweckentfremdungszinsen	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			568,4		

Erläuterungen:

Vgl. Titel 883 03 (MG 04).

331 01	441	Finanzhilfen des Bundes für das Städtebauförderungsprogramm Sanierung und Entwicklung	3.671,0	3.085,0	2.782,0
(MG 04)			3.866,0		

Erläuterungen:

Vgl. Titel 883 01 (MG 04).

331 02	441	Finanzhilfen des Bundes für das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt	3.058,0	3.390,0	3.183,0
(MG 04)			2.711,7		

Erläuterungen:

Vgl. Titel 883 04 (MG 04).

331 03	441	Finanzhilfen des Bundes für das Städtebauförderungsprogramm Stadtumbau West	2.792,9	3.029,0	3.101,0
(MG 04)			3.408,0		

Erläuterungen:

Vgl. Titel 883 07 (MG 04).

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
331 09	441	Finanzhilfen des Bundes für das Städtebauförderungsprogramm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren	0,0	232,0	549,0
(MG 04)		Erläuterungen: Vgl. Titel 883 09 (MG 04).	0,0		
331 11	441	Finanzhilfen des Bundes für das Städtebauförderungsprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz West	0,0	0,0	0,0
(MG 04)		Erläuterungen: Vgl. Titel 883 11 (MG 04).	0,0		
331 13	441	Finanzhilfen des Bundes zum Investitionspakt zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen	0,0	0,0	0,0
(MG 04)		Erläuterungen: Vgl. Titel 883 13 (MG 04).	0,0		
Summe der Maßnahmegruppe 04			9.521,9	9.736,0	9.615,0
			12.537,6		
Summe der Einnahmen			51.558,8	49.046,5	48.672,9
			45.795,7		

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

Ausgaben

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	829,1 887,5	811,0	783,8
		19,2 T€ übertragen nach 0601 - 422 01.			
		Erläuterungen: Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten. Vgl. Vorwort Buchstabe F.			
425 01	011	Vergütungen der Angestellten	0,0 0,0	0,0	0,0
		Künftig wegfallend.			
		Übertragen nach 0416 - 428 01			
428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	627,0 399,0	614,2	595,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind outputorientierte Personalkosten. Vgl. Vorwort Buchstabe F.			
526 99	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u. ä.	60,0 104,2	60,0	100,0
		Erläuterungen: Veranschlagt für Gutachten im Rahmen der Wohnraum- und Städtebauförderung, insbesondere im Bereich Klimaschutz und nachhaltige Stadtentwicklung. Im Jahr 2010 mehr in Folge der Aktualisierung der Wohnungsmarktprognose.			
531 02	013	Öffentlichkeitsarbeit	28,0 4,0	28,0	28,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Mittel für die eigene Öffentlichkeitsarbeit in Form von Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Ausstellungen.			
535 01	441	Durchführung von Veranstaltungen, Fortbildungs- und Informationstagungen	0,0 0,0	0,0	0,0
631 01	411	Erstattung an den Bund aus zurückgezahlten Beträgen einschl. Zweckentfremdungszinsen	51,0 33,9	51,0	51,0
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 119 03 geleistet werden.			
		Erläuterungen: Zweckentfremdet eingesetzte Bundesfinanzhilfen sind unter Berechnung von Zinsen zurückzufordern und an den Bund abzuführen.			
633 01	233	Erstattung von Wohngeld an die Bewilligungsstellen	0,0 0,0	0,0	0,0
		Übertragen nach 0416 - 681 02.			
633 02	411	Förderung von Wettbewerben in der Wohnraumförderung und im Städtebau	0,0 0,0	0,0	0,0
		Erläuterungen: Finanzierung aus Titel 0506 - 121 03.			

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

671 02	419	Erstattung von Verwaltungskosten an die Investitionsbank Schleswig-Holstein	66,5 74,2	38,5	25,0
--------	-----	--	---------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Die Abwicklung der Wohngelderstattung an die Bewilligungsstellen einschließlich der Abwicklung gegenüber dem Bund wurde auf die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) übertragen. Die entstehenden Verwaltungskosten sind zu erstatten. Weniger in Folge Anpassung des Aufgabenübertragungsvertrages.

681 01	233	Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger	0,0 4,3	0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 231 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Im Rahmen der Umsetzung des am 14. Juli 2005 in Kraft getretenen Neunten Gesetzes zur Änderung des WoGG vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 2026) ist eine Überprüfung der Ansprüche von Heimbewohnern auf Heizkostenzuschuss erforderlich geworden. Der Bund übernimmt die nachzuzahlenden Heizkostenzuschüsse.

681 02	233	Erstattung von Wohngeld an die Bewilligungsstellen	58.050,0 38.576,5	53.000,0	52.500,0
--------	-----	---	-----------------------------	-----------------	-----------------

Einseitig deckungsfähig zu Gunsten des Titels 1102 - 633 11.

Übertragen von 0416 - 633 01.

Erläuterungen:

Das Wohngeld wird aufgrund des Wohngeldgesetzes (WoGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 2029), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. September 2008 (BGBl. I S. 1856), geleistet. 50 v.H. der Aufwendungen werden nach § 32 WoGG vom Bund erstattet (vgl. Titel 231 01). Die kommunalen Wohngeldbehörden, die diese Landesaufgabe zur Erfüllung nach Weisung ausführen, erhalten entsprechende finanzielle Erstattungen.

863 08	411	Aufwendungs- und Baudarlehen des Bundes für den Ersatzwohnungsbau aus Anlass des Um- und Ausbaues von Bundesfernstraßen	0,0 0,0	0,0	0,0
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

weggefallen

893 20	411	Zuschüsse des Landes aus dem Schleswig-Holstein Fonds zur Förderung von Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen in städtischen Wohnquartieren	107,8 68,8	500,0	0,0
--------	-----	--	----------------------	--------------	------------

500,0 T€ übertragen von 1111 - 893 01.

Erläuterungen:

Zuwendung

Das Programm zur Förderung von Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen in städtischen Wohnquartieren - StadtIn-Mode - ist ein dreijähriges Förderprogramm im Rahmen des Schleswig-Holstein-Fonds. Die letzte Förderung erfolgt in 2009.

03 Wohnraumförderung

Erläuterungen:

Die Wohnraumförderung erfolgt durch die Vergabe von Zuwendungen, die von der Investitionsbank Schleswig-Holstein an die Empfänger ausgezahlt werden. Die Bereitstellung der Zuwendungsmittel, Zinsen und Geldbeschaffungskosten zur Mitfinanzierung der Landeswohnraumförderungsprogramme erfolgt aus der Zweckrücklage Wohnraumförderung.

Der Bund zahlt gemäß Art. 143 c GG i. V. m. dem Entflechtungsgesetz (Art. 13 des Föderalismusreform-Begleitgesetzes vom 05.09.2006, BGBl. I S. 2098) den Ländern von 2007 bis 2013 Kompensationsleistungen, die für die Ausfinanzierung der Altverpflichtungen des Bundes nach II. WoBauG und WoFG sowie zur Finanzierung von investiven Maßnahmen der Wohnraumförderung einzusetzen sind (s. Titel 884 30). Schleswig-Holstein erhält jährlich eine Kompensationsleistung in Höhe von 12,62 Mio. €.

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

661 30	411	Erstattung von Zinsen und Geldbeschaffungskosten für Darlehen zur Mitfinanzierung der Landeswohnraumförderungsprogramme	0,0	0,0	0,0
(MG 03)			0,0		

Erläuterungen:

Die bei der Refinanzierung von Wohnraumförderungsprogrammen entstehenden Zinsverbindlichkeiten können aus der Zweckrücklage Wohnraumförderung getragen werden. Das Land zahlt daher zurzeit für ein Programmvolumen von 75 Mio. € keine Zinszuschüsse an die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB).

Durch die Abgabe einer "Garantieerklärung" für die im jeweils abgelaufenen Programmjahr ausgereichten bzw. entstehenden Darlehen ergibt sich eine Entlastung des Landeshaushalts durch Verminderung der notwendigen Einstellungen in den Fonds für Zinsausgleich. Eine Garantieerklärung wurde erstmals 1996 für die ab 1. Januar 1995 entstandenen Darlehen ausgegeben. Nach § 18 Abs. 5 Haushaltsgesetz 2009/2010 darf das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Rahmen der Bewilligung von Darlehen zur sozialen Wohnraumförderung der IB die Übernahme der bei der IB entstehenden Darlehensforderungen zum Nennwert bis zur Höhe von weiteren 75 Mio. € nach Verrechnung von Tilgungen zusagen.

Nach der Ertragsrechnung der Zweckrücklage für die Wohnraumförderung der IB kann die Tilgung wie bisher aus der Zweckrücklage für die Wohnraumförderung erbracht werden.

884 30	411	Zuweisung an das Zweckvermögen Wohnraumförderung bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein aus Kompensationsleistungen des Bundes	12.600,0	12.620,0	12.620,0
(MG 03)			12.620,0		

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 30 (MG 03) geleistet werden.

Erläuterungen:

Die Mittel werden gemäß § 10 Abs. 1 IBG in die Zweckrücklage des Zweckvermögens Wohnraumförderung bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein übertragen.

Da nicht immer alle Darlehen in Anspruch genommen werden, können sich die Fälligkeiten noch verschieben.

Die finanzielle Abwicklung der Altverpflichtungen des Bundes, die seit 2007 aus der Kompensationszahlung des Bundes finanziert werden, gestaltet sich wie folgt (in T€):

VV Soziale WoFö	2009	2010	2011	2012
Programmjahr 2005	1.469	0	0	0
Programmjahr 2006	1.749	1.749	0	0
Zusammen	3.218	1.749	0	0

2. Förderungsweg	2009	2010	2011	2012
Programmjahr 1993	15	0	0	0
Programmjahr 1994	85	17	0	0
Programmjahr 1995	130	95	17	0
Programmjahr 1996	100	80	55	0
Zusammen	330	192	72	0

Summe der Maßnahmegruppe 03	12.600,0	12.620,0	12.620,0
	12.620,0		

04 Städtebauförderung

Erläuterungen:

Die Förderung städtebaulicher Maßnahmen hat folgende Ziele:

1. Funktionsstärkung und Aufwertung von Innenstädten und Ortsteilzentren
2. Soziale und wirtschaftliche Stabilisierung sowie städtebauliche Entwicklung in Problemgebieten
3. Zukunftssichernder Stadtbau insbesondere durch die Entwicklung und Wiedernutzung innerstädtischer Flächen.

Die Förderung erfolgt im Rahmen von Bund-Länder-Programmen, Landesprogrammen und EU-Programmen (EFRE).

Die Gemeinschaftsfinanzierung der Bund-Länder-Programme (je ein Drittel Bundes-, Landes- und kommunaler Anteil) beruht auf Verwaltungsvereinbarungen über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 b des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen.

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
633 03 (MG 04)	692	Zuwendungen an Gemeinden aus Mitteln des Regionalprogramms 2000	64,8 103,2	0,0	0,0
Erläuterungen: Leertitel zur Abwicklung. Vgl. Kapitel 1111 - TG 64.					
633 04 (MG 04)	441	Zinszuschüsse an Sonstige (IB-Fonds Städtebauförderung)	617,0 58,8	40,0	31,0
Erläuterungen: Die Belastung der Haushaltsjahre 2009 und 2010 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorvorjahre stellt sich wie folgt dar:					
				2009	2010
1. In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre				40	31
Zusammen				40	31
Veranschlagt sind Zuschüsse zu Darlehen der Investitionsbank Schleswig-Holstein bis zur Höhe von insgesamt 73,63 Mio. € zur Förderung von Städtebauförderungsmaßnahmen. Die Auszahlung der Darlehen erfolgte in den Jahren 1993 bis 1995. Verwaltungskosten der IB sind enthalten. Die Abwicklung dieses Darlehensprogramms läuft bis zum Jahre 2015. Für die Darlehen bis zur Höhe von 9,2 Mio. € zahlte das Land 1993 einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 2.346,3 T€.					
633 41 (MG 04)	692	Zuweisungen an Gemeinden aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft	0,0 0,0	0,0	0,0
Erläuterungen: Die Mittel sind im Kapitel 0612 - MG 17 veranschlagt. Vorgesehen ist die Förderung von Projekten der Fördermaßnahme "Stärkung der Städte und Regionen durch nachhaltige Stadtentwicklung" im Zukunftsprogramm Wirtschaft.					
671 40 (MG 04)	441	Erstattung von Verwaltungskosten an die Investitionsbank Schleswig-Holstein für das Landesprogramm Städtebauförderung	31,5 0,0	23,0	0,0
23,0 T€ übertragen von 1111- 893 01.					
Erläuterungen: Die Investitionsbank Schleswig-Holstein wickelt im Rahmen des Schleswig-Holstein Fonds das Landesprogramm Städtebauförderung 2006 - 2009 ab. Siehe Titel 883 03 (MG 04).					
685 41 (MG 04)	692	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft	0,0 0,0	0,0	0,0
Erläuterungen: Die Mittel sind im Kapitel 0612 - MG 17 veranschlagt. Vorgesehen ist die Förderung von Projekten der Fördermaßnahme "Stärkung der Städte und Regionen durch nachhaltige Stadtentwicklung" im Zukunftsprogramm Wirtschaft.					
853 03 (MG 04)	441	Darlehen des Landes für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Städten und Dörfern	0,0 0,0	0,0	0,0
weggefallen					
883 01 (MG 04)	441	Zuschüsse aus Finanzhilfen des Bundes im Städtebauförderungsprogramm Sanierung und Entwicklung	3.671,0 3.866,0	3.085,0	2.782,0

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 883 01

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010
Neuverpflichtung insgesamt	1.836	1.591
Davon fällig Haushaltsjahr 2010	482	
Davon fällig Haushaltsjahr 2011	580	418
Davon fällig Haushaltsjahr 2012	484	503
Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff	290	670

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 01 (MG 04), darüber hinaus bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 233 01 (MG 04) geleistet werden.

Gegenseitig deckungsfähig mit 883 04 (MG 04), 883 07 (MG 04), 883 09 (MG 04) und 883 11 (MG 04).

Erläuterungen:

Die Belastung der Haushaltsjahre 2009 und 2010 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorvorjahre (bis 2007) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2008 und 2009 stellt sich wie folgt dar:

		2009	2010
1.	In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre	2.238	1.398
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2008	748	902
3.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2009		482
Zusammen		2.986	2.782

Die finanzielle Abwicklung der Programmjahre gestaltet sich wie folgt:

Programmjahr	2009	2010	2011	2012ff	Summe
2005	608	0	0	0	608
2006	922	553	0	0	1.475
2007	708	845	540	0	2.093
2008	748	902	752	451	2.853
2009	99	482	580	774	1.935
2010	0	0	418	1.173	1.591
2011	0	0	107	1.983	2.090
2012	0	0	0	2.090	2.090
	3.085	2.782	2.397	6.471	14.735

883 02	441	Zuschüsse des Landes im Städtebauförderungsprogramm Sanierung und Entwicklung	3.692,6	2.900,4	2.175,4
	(MG 04)		3.841,2		

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010
Neuverpflichtung insgesamt	1.645	1.425
Davon fällig Haushaltsjahr 2010	290	
Davon fällig Haushaltsjahr 2011	581	252
Davon fällig Haushaltsjahr 2012	484	503
Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff	290	670

Der Ansatz darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 233 02 (MG 04) überschritten werden.

Gegenseitig deckungsfähig mit 883 05 (MG 04), 883 08 (MG 04), 883 10 (MG 04), 883 12 (MG 04) und 883 14 (MG 04).

Erläuterungen:

Zuwendung

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 883 02

Die Belastung der Haushaltsjahre 2009 und 2010 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorvorjahre (bis 2007) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2008 und 2009 stellt sich wie folgt dar:

	2009	2010
1. In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre	2.009,2	1.284,2
2. Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2008	601,2	601,2
3. Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2009		290,0
Zusammen	2.610,4	2.175,4

Die finanzielle Abwicklung der Programmjahre gestaltet sich wie folgt:

Programmjahr	2009	2010	2011	2012ff	Summe
2005	724,0	0	0	0	724,0
2006	704,0	703,0	0	0	1.407,0
2007	581,2	581,2	581,2	0	1.743,6
2008	601,2	601,2	601,2	601,2	2.404,8
2009	290,0	290,0	581,0	774,0	1.935,0
2010	0	0	252,0	1.672,0	1.924,0
2011	0	0	418,0	1.672,0	2.090,0
2012	0	0	0	2.090,0	2.090,0
	2.900,4	2.175,4	2.433,4	6.809,2	14.318,4

883 03	441	Zuschüsse des Landes aus dem Schleswig-Holstein Fonds für das Landesprogramm Städtebauförderung	1.222,3	357,8	0,0
(MG 04)			4.114,6		

357,8 T€ übertragen von 1111 - 893 01.

Erläuterungen:

Im Rahmen des Schleswig-Holstein Fonds wurde das Landesprogramm Städtebauförderung 2006-2009 aufgelegt. Die letzte Tranche wird in 2009 ausgezahlt.

883 04	441	Zuschüsse aus Finanzhilfen des Bundes im Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt	3.058,0	3.390,0	3.183,0
(MG 04)			2.715,5		

Verpflichtungsermächtigung (in T€)		2009	2010
Neuverpflichtung insgesamt		2.821	2.821
Davon fällig Haushaltsjahr 2010		743	
Davon fällig Haushaltsjahr 2011		891	743
Davon fällig Haushaltsjahr 2012		742	891
Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff		445	1.187

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 02 (MG 04) geleistet werden.

Gegenseitig deckungsfähig mit 883 01 (MG 04), 883 07 (MG 04), 883 09 (MG 04) und 883 11 (MG 04).

Erläuterungen:

Die Belastung der Haushaltsjahre 2009 und 2010 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorvorjahre (bis 2007) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2008 und 2009 stellt sich wie folgt dar:

	2009	2010
1. In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre	2.530	1.380
2. Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2008	711	1.060
3. Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2009		743
Zusammen	3.241	3.183

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 883 04

Die finanzielle Abwicklung der Programmjahre gestaltet sich wie folgt:

Programmjahr	2009	2010	2011	2012ff	Summe
2005	385	0	0	0	385
2006	895	537	0	0	1.432
2007	1.250	843	540	0	2.633
2008	711	1.060	819	469	3.059
2009	149	743	891	1.187	2.970
2010	0	0	743	2.078	2.821
2011	0	0	289	5.486	5.775
2012	0	0	0	5.775	5.775
	3.390	3.183	3.282	14.995	24.850

883 05	441	Zuschüsse des Landes im Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt	2.711,0	2.990,8	2.589,6
(MG 04)			2.329,8		

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010
Neuverpflichtung insgesamt	2.376	2.376
Davon fällig Haushaltsjahr 2010	594	
Davon fällig Haushaltsjahr 2011	594	594
Davon fällig Haushaltsjahr 2012	594	594
Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff	594	1.188

Gegenseitig deckungsfähig mit 883 02 (MG 04), 883 08 (MG 04), 883 10 (MG 04), 883 12 (MG 04) und 883 14 (MG 04).

Für einen Teil der Bundesmittel lässt der Bund zu, dass sie für Modellvorhaben in den Gebieten der Sozialen Stadt und dann auch für Zwecke wie Spracherwerb, Verbesserung von Schul- und Bildungsabschlüssen, Betreuung von Jugendlichen in der Freizeit sowie im Bereich der lokalen Ökonomie wie Gründerzentren eingesetzt werden können. Für die Komplementärmittel des Landes zu diesen Bundesmitteln gilt entsprechendes.

Erläuterungen:

Zuwendung

Die Belastung der Haushaltsjahre 2009 und 2010 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorvorjahre (bis 2007) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2008 und 2009 stellt sich wie folgt dar:

	2009	2010
1. In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre	1.924,8	1.524,8
2. Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2008	472,0	470,8
3. Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2009		594,0
Zusammen	2.396,8	2.589,6

Die finanzielle Abwicklung der Programmjahre gestaltet sich wie folgt:

Programmjahr	2009	2010	2011	2012ff	Summe
2005	403,0	0	0	0	403,0
2006	753,0	756,0	0	0	1.509,0
2007	768,8	768,8	768,8	0	2.306,4
2008	472,0	470,8	873,4	434,4	2.250,6
2009	594,0	594,0	594,0	1.188,0	2.970,0
2010	0	0	594,0	1.782,0	2.376,0
2011	0	0	1.155,0	4.620,0	5.775,0
2012	0	0	0	5.775,0	5.775,0
	2.990,8	2.589,6	3.985,2	13.799,4	22.962,0

883 06	441	Zuweisung an Gemeinden aus Mitteln des Regionalprogramms 2000	255,5	0,0	0,0
(MG 04)			1.122,1		

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 883 06

Erläuterungen:

Leertitel zur Abwicklung.
Vgl. Kapitel 1111 - TG 64.

883 07	441	Zuschüsse aus Finanzhilfen des Bundes für das Städtebauförderungsprogramm Stadtbau West	2.792,9	3.029,0	3.101,0
(MG 04)			3.408,0		
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010	
		Neuverpflichtung insgesamt	3.323	3.827	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2010	875		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2011	1.049	1.007	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2012	874	1.209	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff	525	1.611	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 03 (MG 04) geleistet werden.

Gegenseitig deckungsfähig mit 883 01 (MG 04), 883 04 (MG 04), 883 09 (MG 04) und 883 11 (MG 04).

Erläuterungen:

Die Belastung der Haushaltsjahre 2009 und 2010 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorvorjahre (bis 2007) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2008 und 2009 stellt sich wie folgt dar:

		2009	2010
1.	In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre	2.094	1.310
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2008	760	916
3.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2009		875
Zusammen		2.854	3.101

Die finanzielle Abwicklung der Programmjahre gestaltet sich wie folgt:

Programmjahr	2009	2010	2011	2012ff	Summe
2005	320	0	0	0	320
2006	843	507	0	0	1.350
2007	931	803	514	0	2.248
2008	760	916	764	458	2.898
2009	175	875	1.049	1.399	3.498
2010	0	0	1.007	2.820	3.827
2011	0	0	220	4.180	4.400
2012	0	0	0	4.400	4.400
	3.029	3.101	3.554	13.257	22.941

883 08	441	Zuschüsse des Landes für das Städtebauförderungsprogramm Stadtbau West	2.604,2	4.590,5	2.430,9
(MG 04)			2.237,6		
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010	
		Neuverpflichtung insgesamt	2.974	3.424	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2010	525		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2011	1.049	604	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2012	875	1.209	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff	525	1.611	

Gegenseitig deckungsfähig mit 883 02 (MG 04), 883 05 (MG 04), 883 10 (MG 04), 883 12 (MG 04) und 883 14 (MG 04).

1.732,2 T€ übertragen von 1111 - 893 01.

Erläuterungen:

Zuwendung

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

noch zu 883 08

Die Belastung der Haushaltsjahre 2009 und 2010 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorvorjahre (bis 2007) sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2008 und 2009 stellt sich wie folgt dar:

		2009	2010
1.	In Anspruch genommene VE der Vorvorjahre	2.062,6	1.295,2
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2008	611,0	611,0
3.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2009		524,7
Zusammen		2.673,6	2.430,9

Die finanzielle Abwicklung der Programmjahre gestaltet sich wie folgt:

Programmjahr	2009	2010	2011	2012ff	Summe
2005	426,4	0	0	0	426,4
2006	457,0	456,0	0	0	913,0
2006 SH-Fonds	340,0	0	0	0	340,0
2007	839,2	839,2	839,2	0	2.517,6
2008	611,0	611,0	611,0	610,0	2.443,0
2009	524,7	524,7	1.049,4	1.399,2	3.498,0
2009 SH-Fonds	1.392,2	0	0	0	1.392,2
2010	0	0	604,2	2.819,6	3.423,8
2011	0	0	880,0	3.520,0	4.400,0
2012	0	0	0	4.400,0	4.400,0
	4.590,5	2.430,9	3.983,8	12.748,8	23.754,0

883 09	441	Zuschüsse aus Finanzhilfen des Bundes im Städtebauförderungsprogramm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren	0,0	232,0	549,0
(MG 04)			0,0		

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010
Neuverpflichtung insgesamt	1.348	1.567
Davon fällig Haushaltsjahr 2010	355	
Davon fällig Haushaltsjahr 2011	425	413
Davon fällig Haushaltsjahr 2012	355	495
Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff	213	659

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 09 (MG 04) geleistet werden.

Gegenseitig deckungsfähig mit 883 01 (MG 04), 883 04 (MG 04), 883 07 (MG 04) und 883 11 (MG 04).

Erläuterungen:

Neues Programm seit 2008.

Die Belastung der Haushaltsjahre 2009 und 2010 aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2009 stellt sich wie folgt dar:

	2009	2010
1. Voraussichtlich Inanspruchnahme der VE 2009		355
Zusammen		355

Die finanzielle Abwicklung der Programmjahre gestaltet sich wie folgt:

Programmjahr	2009	2010	2011	2012ff	Summe
2008	161	194	161	97	613
2009	71	355	425	568	1.419
2010	0	0	413	1.154	1.567
2011	0	0	151	2.874	3.025
2012	0	0	0	3.025	3.025
	232	549	1.150	7.718	9.649

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

883 10	441	Zuschüsse des Landes im Städtebauförderungsprogramm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren	0,0	343,0	343,0
(MG 04)			0,0		
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010	
		Neuverpflichtung insgesamt	1.206	1.403	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2010	213		
		Davon fällig Haushaltsjahr 2011	425	248	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2012	355	495	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff	213	660	

Gegenseitig deckungsfähig mit 883 02 (MG 04), 883 05 (MG 04), 883 08 (MG 04), 883 12 (MG 04) und 883 14 (MG 04).

Erläuterungen:

Zuwendung

Neues Programm seit 2008.

Die Belastung der Haushaltsjahre 2009 und 2010 aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2009 stellt sich wie folgt dar:

	2009	2010
1. Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2009		213
Zusammen		213

Die finanzielle Abwicklung der Programmjahre gestaltet sich wie folgt:

Programmjahr	2009	2010	2011	2012ff	Summe
2008	130	130	128	128	516
2009	213	213	425	568	1.419
2010	0	0	248	1.155	1.403
2011	0	0	605	2.420	3.025
2012	0	0	0	3.025	3.025
	343	343	1.406	7.296	9.388

883 11	441	Zuschüsse aus Finanzhilfen des Bundes im Städtebauförderungsprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz West	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			0,0		

		Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010	
		Neuverpflichtung insgesamt		1.634	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2010			
		Davon fällig Haushaltsjahr 2011		430	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2012		516	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff		688	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 11 (MG 04) geleistet werden.

Gegenseitig deckungsfähig mit 883 01 (MG 04), 883 04 (MG 04), 883 07 (MG 04) und 883 09 (MG 04).

Erläuterungen:

Neues Programm ab 2009.

Die finanzielle Abwicklung der Programmjahre gestaltet sich wie folgt:

Programmjahr	2009	2010	2011	2012ff	Summe
2009	0	0	0	0	0
2010	0	0	430	1.204	1.634
2011	0	0	124	2.351	2.475
2012	0	0	0	2.475	2.475
	0	0	554	6.030	6.584

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	

883 12	441	Zuschüsse des Landes im Städtebauförderungsprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz West	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			0,0		
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2009	2010	
		Neuverpflichtung insgesamt		1.462	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2010			
		Davon fällig Haushaltsjahr 2011		258	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2012		516	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2013 ff		688	

Gegenseitig deckungsfähig mit 883 02 (MG 04), 883 05 (MG 04), 883 08 (MG 04), 883 10 (MG 04) und 883 14 (MG 04).

Erläuterungen:

Zuwendung

Neues Programm ab 2009.

Die finanzielle Abwicklung der Programmjahre gestaltet sich wie folgt:

Programmjahr	2009	2010	2011	2012ff	Summe
2009	0	0	0	0	0
2010	0	0	258	1.204	1.462
2011	0	0	495	1.980	2.475
2012	0	0	0	2.475	2.475
	0	0	753	5.659	6.412

883 13	441	Zuschüsse des Bundes zum Investitionspakt zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			0,0		

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 331 13 (MG 04) geleistet werden.

883 14	441	Zuschüsse des Landes zum Investitionspakt zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			0,0		

Gegenseitig deckungsfähig mit 883 02 (MG 04), 883 05 (MG 04), 883 08 (MG 04), 883 10 (MG 04) und 883 12 (MG 04).

883 41	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			0,0		

Erläuterungen:

Die Mittel sind im Kapitel 0612 - MG 17 veranschlagt.

Vorgesehen ist die Förderung von Projekten der Fördermaßnahme "Stärkung der Städte und Regionen durch nachhaltige Stadtentwicklung" im Zukunftsprogramm Wirtschaft.

891 01	441	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen aus Mitteln des Regionalprogramms 2000	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			0,0		

Erläuterungen:

Leertitel zur Abwicklung.

Vgl. Kapitel 1111 - TG 64.

891 41	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft	0,0	0,0	0,0
(MG 04)			0,0		

Erläuterungen:

Die Mittel sind im Kapitel 0612 - MG 17 veranschlagt.

Vorgesehen ist die Förderung von Projekten der Fördermaßnahme "Stärkung der Städte und Regionen durch nachhaltige Stadtentwicklung" im Zukunftsprogramm Wirtschaft.

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
893 08	411	Zuschüsse für Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaus aus Finanzhilfen des Bundes	0,0 153,0	0,0	0,0
(MG 04)		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 221 05 (MG 04) geleistet werden. Erläuterungen: Der Bund fördert die Durchführung von Forschungsmaßnahmen, mit denen an konkreten Projekten neue, durch praktische Anwendung abgesicherte Erkenntnisse für Bundesaufgaben auf dem Gebiet des Wohnungswesens und des Städtebaus gewonnen oder vorhandene Erkenntnisse auf Handlungsbedarfe des Bundes überprüft werden sollen. Der Einsatz der Mittel erfolgt nach Richtlinien des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt).			
894 41	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen aus Mitteln des Zukunftsprogramms Wirtschaft	0,0 0,0	0,0	0,0
(MG 04)		Erläuterungen: Die Mittel sind im Kapitel 0612 - MG 17 veranschlagt . Vorgesehen ist die Förderung von Projekten der Fördermaßnahme "Stärkung der Städte und Regionen durch nachhaltige Stadtentwicklung" im Zukunftsprogramm Wirtschaft.			
Summe der Maßnahmegruppe 04			20.720,8 23.949,7	20.981,5	17.184,9
Summe der Ausgaben			93.140,2 76.722,1	88.704,2	83.887,7

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
			Ist 2007	T€	
Abschluss					
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	186,9 2.914,8	190,5	187,9
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	29.250,0 20.275,3	26.500,0	26.250,0
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	22.121,9 22.605,7	22.356,0	22.235,0
Gesamteinnahmen			51.558,8 45.795,7	49.046,5	48.672,9
41 - 49		Personalausgaben	1.456,1 1.286,5	1.425,2	1.378,8
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	88,0 108,2	88,0	128,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	58.880,8 38.850,9	53.152,5	52.607,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	32.715,3 36.476,5	34.038,5	29.773,9
Gesamtausgaben			93.140,2 76.722,1	88.704,2	83.887,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-41.581,4 -30.926,4	-39.657,7	-35.214,8

04 Innenministerium
Abschluss Einnahmen und Ausgaben 2009

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamteinnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- einnahmen	
- T€ -								
04 01	Ministerium	2009		488,4	5.235,9	871,0		6.595,3
		2008		1.017,7	830,8	104,0		1.952,5
04 02	Sport	2009				60,0	6.174,0	6.234,0
		2008					6.174,0	6.174,0
04 03	Geo-Informationen, Landes- vermessungsamt und Kataster- ämter	2009		11.531,0	165,0			11.696,0
		2008		11.626,0	175,0			11.801,0
04 05	Brandschutz, Landesfeuer- weherschule und Förderung des Feuerwehrwesens	2009		36,0	513,0			549,0
		2008		26,0	543,0			569,0
04 06	Amt für Katastrophenschutz	2009						0,0
		2008						0,0
04 07	Ausländer- und Migrationsan- gelegenheiten	2009		264,0				264,0
		2008		252,0				252,0
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz	2009		13.631,0	1.506,0	7.816,9		22.953,9
		2008		13.875,0	1.194,0			15.069,0
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen	2009		190,5	26.500,0	22.356,0		49.046,5
		2008		186,9	29.250,0	22.121,9		51.558,8
	Summe Haushalt	2009		26.140,9	33.919,9	31.103,9	6.174,0	97.338,7
	Summe Haushalt	2008		26.983,6	31.992,8	22.225,9	6.174,0	87.376,3
	mehr(+) / weniger(-)		0,0	-842,7	+1.927,1	+8.878,0	0,0	+9.962,4

Ausgaben								Jahr	Kapitel
41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben		
- T€ -									
19.583,4	8.235,2		18.498,4		6.042,0		52.359,0	2009	04 01
22.177,1	4.348,6		10.572,3		4.847,0		41.945,0	2008	
106,0	80,0		6.174,0		60,0		6.420,0	2009	04 02
108,3			6.174,0				6.282,3	2008	
25.995,9	2.578,5		9,7		310,0		28.894,1	2009	04 03
26.629,2	2.767,0		9,7		380,0		29.785,9	2008	
1.830,3	703,0	400,0	1.606,0		7.363,4		11.902,7	2009	04 05
1.837,6	664,0	400,0	1.585,4		7.890,4		12.377,4	2008	
							0,0	2009	04 06
							0,0	2008	
2.029,5	2.544,1		20.350,0		55,0		24.978,6	2009	04 07
2.153,2	2.691,1		26.294,0		55,0		31.193,3	2008	
298.476,4	30.936,4		6.120,0		49.960,1		385.492,9	2009	04 10
290.737,4	33.136,1		4.986,0		35.232,8		364.092,3	2008	
1.425,2	88,0		53.152,5		34.038,5		88.704,2	2009	04 16
1.456,1	88,0		58.880,8		32.715,3		93.140,2	2008	
349.446,7	45.165,2	400,0	105.910,6		97.829,0		598.751,5	2009	
345.098,9	43.694,8	400,0	108.502,2		81.120,5		578.816,4	2008	
+4.347,8	+1.470,4	0,0	-2.591,6	0,0	+16.708,5	0,0	+19.935,1		

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2009

-501.412,8

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2008

-491.440,1

04 Innenministerium
Abschluss Einnahmen und Ausgaben 2010

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamteinnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- einnahmen	
- T€ -								
04 01	Ministerium	2010		386,2	835,9	871,0		2.093,1
		2009		488,4	5.235,9	871,0		6.595,3
04 02	Sport	2010				60,0	6.174,0	6.234,0
		2009				60,0	6.174,0	6.234,0
04 03	Geo-Informationen, Landes- vermessungsamt und Kataster- ämter	2010		11.531,0	165,0			11.696,0
		2009		11.531,0	165,0			11.696,0
04 05	Brandschutz, Landesfeuer- weherschule und Förderung des Feuerwehrwesens	2010		41,0	513,0			554,0
		2009		36,0	513,0			549,0
04 06	Amt für Katastrophenschutz	2010						0,0
		2009						0,0
04 07	Ausländer- und Migrationsan- gelegenheiten	2010		262,0				262,0
		2009		264,0				264,0
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz	2010		13.641,0	1.506,0	4.408,2		19.555,2
		2009		13.631,0	1.506,0	7.816,9		22.953,9
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen	2010		187,9	26.250,0	22.235,0		48.672,9
		2009		190,5	26.500,0	22.356,0		49.046,5
	Summe Haushalt	2010		26.049,1	29.269,9	27.574,2	6.174,0	89.067,2
	Summe Haushalt	2009		26.140,9	33.919,9	31.103,9	6.174,0	97.338,7
	mehr(+) / weniger(-)		0,0	-91,8	-4.650,0	-3.529,7	0,0	-8.271,5

Ausgaben								Jahr	Kapitel
41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben		
- T€ -									
18.973,1	3.761,1		19.138,3		6.069,0		47.941,5	2010	04 01
19.583,4	8.235,2		18.498,4		6.042,0		52.359,0	2009	
102,6	80,0		6.174,0		60,0		6.416,6	2010	04 02
106,0	80,0		6.174,0		60,0		6.420,0	2009	
25.884,8	2.628,5		9,7		305,0		28.828,0	2010	04 03
25.995,9	2.578,5		9,7		310,0		28.894,1	2009	
1.820,8	713,0	400,0	1.611,0		7.403,4		11.948,2	2010	04 05
1.830,3	703,0	400,0	1.606,0		7.363,4		11.902,7	2009	
							0,0	2010	04 06
							0,0	2009	
2.018,9	2.054,1		18.857,0		95,0		23.025,0	2010	04 07
2.029,5	2.544,1		20.350,0		55,0		24.978,6	2009	
299.004,2	32.217,5		5.606,8		40.952,9		377.781,4	2010	04 10
298.476,4	30.936,4		6.120,0		49.960,1		385.492,9	2009	
1.378,8	128,0		52.607,0		29.773,9		83.887,7	2010	04 16
1.425,2	88,0		53.152,5		34.038,5		88.704,2	2009	
349.183,2	41.582,2	400,0	104.003,8		84.659,2		579.828,4	2010	
349.446,7	45.165,2	400,0	105.910,6		97.829,0		598.751,5	2009	
-263,5	-3.583,0	0,0	-1.906,8	0,0	-13.169,8	0,0	-18.923,1		

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2010

-490.761,2

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2009

-501.412,8

04 Innenministerium

Abschluss Verpflichtungsermächtigungen 2009

Kapitel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung	Von dem Gesamtbetrag entfallen auf				
			2009	2010	2011	2012	2013 ff.
		T€					
04 01	Ministerium	1.742,0	1.742,0				
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz	45.293,0	17.943,0	702,0	7.312,0	19.336,0	
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen	17.529,0	4.077,0	5.594,0	4.763,0	3.095,0	
	Summe des Einzelplans	64.564,0	23.762,0	6.296,0	12.075,0	22.431,0	

04 Innenministerium

Abschluss Verpflichtungsermächtigungen 2010

Kapitel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung	Von dem Gesamtbetrag entfallen auf		
		2010	2011	2012	2013 ff.
		T€			
04 01	Ministerium	1.742,0	1.742,0		
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz	12.131,0	9.255,0	1.198,0	1.678,0
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen	21.530,0	4.967,0	6.931,0	9.632,0
	Summe des Einzelplans	35.403,0	15.964,0	8.129,0	11.310,0

04 Innenministerium

Einnahmen der Maßnahme- / Titelgruppen 2009

Kapitel MG/TG	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamt- einnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- verfahren	
- T€ -								
04 01	Ministerium							
69	Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg	2009		108,9		0,0	108,9	
		2008		588,7		0,0	588,7	
71	Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg	2009		0,0		871,0	871,0	
		2008				104,0	104,0	
04 05	Brandschutz, Landesfeuerwehrschule und Förderung des Feuerwesens							
62	Schiffsbrandbekämpfung	2009		0,0	423,0		423,0	
		2008		0,0	453,0		453,0	
04 07	Ausländer- und Migrationsangelegenheiten							
02	Integration von Migrantinnen und Migranten	2009		12,0			12,0	
		2008		0,0			0,0	
62	Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten	2009		250,0			250,0	
		2008		250,0			250,0	
65	Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein	2009		2,0			2,0	
		2008		2,0			2,0	
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz							
63	Digitalfunk	2009				7.816,9	7.816,9	
		2008						
65	Havariekommando	2009			296,0		296,0	
		2008			294,0	0,0	294,0	
67	Katastrophenschutz	2009		243,0	400,0		643,0	
		2008		243,0	400,0		643,0	
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen							
03	Wohnraumförderung	2009				12.620,0	12.620,0	
		2008				12.600,0	12.600,0	
04	Städtebauförderung	2009		0,0	0,0	9.736,0	9.736,0	
		2008		0,0	0,0	9.521,9	9.521,9	
	Summe Haushalt	2009		615,9	1.119,0	31.043,9	0,0	32.778,8
	Summe Haushalt	2008		1.083,7	1.147,0	22.225,9	0,0	24.456,6

04 Innenministerium

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2009

Kapitel MG/TG Bezeichnung	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
- T€ -									

04 01 Ministerium

06 Raumordnung

2009		54,0		72,0					126,0
2008		54,0		87,0					141,0

07 Statistik

2009				16.422,2		258,0			16.680,2
2008				7.399,5		258,0			7.657,5

61 Modernisierung der Verwaltung

2009		33,0							33,0
2008		46,0							46,0

62 Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

2009	2.133,6	524,2		533,5					3.191,3
2008	2.186,3	730,5		660,9					3.577,7

63 Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums

2009	2.828,1	736,0				0,0			3.564,1
2008	2.828,1	709,6				86,0			3.623,7

66 Ausgleichsabgabe nach SGB IX

2009	58,6			37,8					96,4
2008	59,8			226,8					286,6

69 Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg

2009						0,0			0,0
2008						1.278,0			1.278,0

71 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg

2009						1.742,0			1.742,0
2008						208,0			208,0

72 Ausgaben für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit

2009	0,0	291,0				0,0			291,0
2008	0,0	291,0				0,0			291,0

04 02 Sport

03 Finanzierung/Förderung des Baus von Sportstätten für den Hochleistungssport aus Bundeszuweisungen

2009						60,0			60,0
2008						0,0			0,0

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

61 Personal des Landesvermessungsamtes Schleswig-Holstein

2009	6.087,1								6.087,1
2008	6.590,8								6.590,8

69 Outputorientierte Personalkosten

2009	341,3								341,3
2008	348,7								348,7

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

61 Förderung des Feuerwehrwesens

2009		120,0	400,0	698,0		6.858,4			8.076,4
2008		105,0	400,0	679,4		7.460,4			8.644,8

04 Innenministerium

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2009

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								
- T€ -									
62	Schiffsbrandbekämpfung								
	2009		48,0		908,0		0,0		956,0
	2008		48,0		906,0		0,0		954,0
69	Outputorientierte Personalkosten								
	2009	359,0							359,0
	2008	365,3							365,3
04 07	Ausländer- und Migrationsangelegenheiten								
02	Integration von Migrantinnen und Migranten								
	2009		2,0		2.040,0				2.042,0
	2008		2,0		2.040,0				2.042,0
62	Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten								
	2009		1.752,1		18.310,0		50,0		20.112,1
	2008		1.877,1		24.254,0		50,0		26.181,1
63	Durchführung der Abschiebehaf								
	2009		583,0				0,0		583,0
	2008		576,0				0,0		576,0
65	Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein								
	2009	1.395,5	207,0				5,0		1.607,5
	2008	1.505,5	236,0				5,0		1.746,5
69	Outputorientierte Personalkosten								
	2009	634,0							634,0
	2008	647,7							647,7
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz								
61	Besonderer Einsatz der Polizei								
	2009	35,0	102,0						137,0
	2008	35,0	102,0						137,0
62	Polizei-Bigband								
	2009	1.084,9	37,0						1.121,9
	2008	1.084,9	37,0						1.121,9
63	Digitalfunk								
	2009		2.581,5		1.426,0	0,0	37.986,1		41.993,6
	2008		3.415,0		400,0		23.275,0		27.090,0
64	Fahndung, Personen- und Zeugenschutz								
	2009	40,0	1.027,0						1.067,0
	2008	70,0	997,0						1.067,0
65	Havariekommando								
	2009				360,0				360,0
	2008				355,0				355,0
66	Rat für Kriminalitätsverhütung								
	2009		50,0						50,0
	2008		50,0						50,0
67	Katastrophenschutz								
	2009	706,6	207,0		490,0		717,8	0,0	2.121,4
	2008	764,6	191,5		345,0		500,0	0,0	1.801,1

04 Innenministerium

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2009

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung	- T€ -							
68	Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition								
	2009	1.545,4	452,0				289,0		2.286,4
	2008	1.670,7	890,5				289,0		2.850,2
69	Outputorientierte Personalkosten (Polizei - ministerieller Bereich)								
	2009	1.618,0							1.618,0
	2008	1.815,0							1.815,0
70	Outputorientierte Personalkosten (Katastrophenschutz - ministerieller Bereich)								
	2009	70,4							70,4
	2008	71,9							71,9
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen								
03	Wohnraumförderung								
	2009				0,0		12.620,0		12.620,0
	2008				0,0		12.600,0		12.600,0
04	Städtebauförderung								
	2009				63,0		20.918,5		20.981,5
	2008				713,3		20.007,5		20.720,8
Summe	2009	18.937,5	8.806,8	400,0	41.360,5	0,0	81.504,8	0,0	151.009,6
Summe	2008	20.044,3	10.358,2	400,0	38.066,9		66.016,9	0,0	134.886,3

04 Innenministerium

Einnahmen der Maßnahme- / Titelgruppen 2010

Kapitel MG/TG	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamt- einnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- verfahren	
- T€ -								
04 01	Ministerium							
69	Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg	2010		6,7		0,0	6,7	
		2009		108,9		0,0	108,9	
71	Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg	2010		0,0		871,0	871,0	
		2009		0,0		871,0	871,0	
04 05	Brandschutz, Landesfeuerwehrschule und Förderung des Feuerwesens							
62	Schiffsbrandbekämpfung	2010		0,0	423,0		423,0	
		2009		0,0	423,0		423,0	
04 07	Ausländer- und Migrationsangelegenheiten							
02	Integration von Migrantinnen und Migranten	2010		10,0			10,0	
		2009		12,0			12,0	
62	Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten	2010		250,0			250,0	
		2009		250,0			250,0	
65	Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein	2010		2,0			2,0	
		2009		2,0			2,0	
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz							
63	Digitalfunk	2010				4.408,2	4.408,2	
		2009				7.816,9	7.816,9	
65	Havariekommando	2010			296,0		296,0	
		2009			296,0	0,0	296,0	
67	Katastrophenschutz	2010		243,0	400,0		643,0	
		2009		243,0	400,0		643,0	
04 16	Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen							
03	Wohnraumförderung	2010				12.620,0	12.620,0	
		2009				12.620,0	12.620,0	
04	Städtebauförderung	2010		0,0	0,0	9.615,0	9.615,0	
		2009		0,0	0,0	9.736,0	9.736,0	
	Summe Haushalt	2010		511,7	1.119,0	27.514,2	29.144,9	
	Summe Haushalt	2009		615,9	1.119,0	31.043,9	32.778,8	

04 Innenministerium

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2010

Kapitel MG/TG Bezeichnung	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
- T€ -									

04 01 Ministerium

06 Raumordnung

2010		76,0		72,0					148,0
2009		54,0		72,0					126,0

07 Statistik

2010				17.036,2		258,0			17.294,2
2009				16.422,2		258,0			16.680,2

61 Modernisierung der Verwaltung

2010		33,0							33,0
2009		33,0							33,0

62 Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

2010	2.066,0	524,2		534,2					3.124,4
2009	2.133,6	524,2		533,5					3.191,3

63 Zentrale Fahrbereitschaft des Innenministeriums

2010	2.828,1	767,0				49,0			3.644,1
2009	2.828,1	736,0				0,0			3.564,1

66 Ausgleichsabgabe nach SGB IX

2010	56,8			63,0					119,8
2009	58,6			37,8					96,4

69 Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg

2010						0,0			0,0
2009						0,0			0,0

71 Grenzüberschreitende Maßnahmen in der Metropolregion Hamburg

2010						1.742,0			1.742,0
2009						1.742,0			1.742,0

72 Ausgaben für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit

2010	0,0	291,0				0,0			291,0
2009	0,0	291,0				0,0			291,0

04 02 Sport

03 Finanzierung/Förderung des Baus von Sportstätten für den Hochleistungssport aus Bundeszuweisungen

2010						60,0			60,0
2009						60,0			60,0

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

61 Personal des Landesvermessungsamtes Schleswig-Holstein

2010	6.087,1								6.087,1
2009	6.087,1								6.087,1

69 Outputorientierte Personalkosten

2010	330,2								330,2
2009	341,3								341,3

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

61 Förderung des Feuerwehrwesens

2010		130,0	400,0	703,0		7.273,4			8.506,4
2009		120,0	400,0	698,0		6.858,4			8.076,4

04 Innenministerium

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2010

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung	- T€ -							
62	Schiffsbrandbekämpfung								
	2010		48,0		908,0		0,0		956,0
	2009		48,0		908,0		0,0		956,0
69	Outputorientierte Personalkosten								
	2010	349,5							349,5
	2009	359,0							359,0
04 07	Ausländer- und Migrationsangelegenheiten								
02	Integration von Migrantinnen und Migranten								
	2010		2,0		2.024,0				2.026,0
	2009		2,0		2.040,0				2.042,0
62	Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten								
	2010		1.309,1		16.833,0		50,0		18.192,1
	2009		1.752,1		18.310,0		50,0		20.112,1
63	Durchführung der Abschiebehaf								
	2010		569,0				40,0		609,0
	2009		583,0				0,0		583,0
65	Landesamt für Ausländerangelegenheiten Schleswig-Holstein								
	2010	1.405,5	174,0				5,0		1.584,5
	2009	1.395,5	207,0				5,0		1.607,5
69	Outputorientierte Personalkosten								
	2010	613,4							613,4
	2009	634,0							634,0
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz								
61	Besonderer Einsatz der Polizei								
	2010	35,0	102,0						137,0
	2009	35,0	102,0						137,0
62	Polizei-Bigband								
	2010	1.084,9	37,0						1.121,9
	2009	1.084,9	37,0						1.121,9
63	Digitalfunk								
	2010		3.518,6		978,0	0,0	29.528,3		34.024,9
	2009		2.581,5		1.426,0	0,0	37.986,1		41.993,6
64	Fahndung, Personen- und Zeugenschutz								
	2010	40,0	1.027,0						1.067,0
	2009	40,0	1.027,0						1.067,0
65	Havariekommando								
	2010				360,0				360,0
	2009				360,0				360,0
66	Rat für Kriminalitätsverhütung								
	2010		50,0						50,0
	2009		50,0						50,0
67	Katastrophenschutz								
	2010	706,6	209,0		569,1		750,0	0,0	2.234,7
	2009	706,6	207,0		490,0		717,8	0,0	2.121,4

04 Innenministerium

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2010

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung	- T€ -							
68		Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition							
	2010	1.545,4	452,0				289,0		2.286,4
	2009	1.545,4	452,0				289,0		2.286,4
69		Outputorientierte Personalkosten (Polizei - ministerieller Bereich)							
	2010	1.618,0							1.618,0
	2009	1.618,0							1.618,0
70		Outputorientierte Personalkosten (Katastrophenschutz - ministerieller Bereich)							
	2010	68,2							68,2
	2009	70,4							70,4
04 16		Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen							
03		Wohnraumförderung							
	2010				0,0		12.620,0		12.620,0
	2009				0,0		12.620,0		12.620,0
04		Städtebauförderung							
	2010				31,0		17.153,9		17.184,9
	2009				63,0		20.918,5		20.981,5
Summe	2010	18.834,7	9.318,9	400,0	40.111,5	0,0	69.818,6	0,0	138.483,7
Summe	2009	18.937,5	8.806,8	400,0	41.360,5	0,0	81.504,8	0,0	151.009,6

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich: Zuweisungen an Kreise und Gemeinden in der Metropolregion Hamburg

Globale Zielbeschreibung und Unterziele	<p>Globalziele sind die Stärkung der Metropolregion Hamburg sowie die Stärkung der kommunalen Infrastruktur in der Fördergebietskulisse.</p> <p>Der Förderfonds Hamburg/Schleswig-Holstein dient der Spitzenfinanzierung besonders solcher Projekte,</p> <ul style="list-style-type: none"> • die zur Lösung regional bedeutsamer Probleme in den näher an Hamburg liegenden Teilgebieten und ferner in den Entwicklungs- und Entlastungsorten beitragen, • die Ländergrenzen überschreiten, • die eine besondere Bedeutung für die Entwicklung der Metropolregion haben oder • die Leit- und Modellprojekte der MRH in kommunaler Trägerschaft sind. <p>Wesentliche Schwerpunkte der Förderung sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der „Internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ der MRH (z. B. Projekte aus dem Bereich Wirtschaftliche Entwicklung Tourismus und Kultur einschließlich Marketing), • Daseinsvorsorge (insbesondere interkommunale Lösungen bei der technischen Infrastruktur und ÖPNV-Verknüpfungsmaßnahmen), • Raumstruktur und Flächenmanagement (z. B. Siedlungs- und Gebietsentwicklung, Naturhaushalt). 							
Kennzahlen/Indikatoren für								
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Mengen				Qualitäten / Bürgerorientierung			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Anzahl Zuwendungsbescheide des Förderfonds Hamburg/ Schleswig-Holstein	16	15	15	15				
Externe Zielgruppen	Kommunen und Zweckverbände in der Fördergebietskulisse							
Vereinbarungszeitraum	Das Land SH und die Freie und Hansestadt Hamburg stellen für die aus diesem Ansatz zu finanzierenden Maßnahmen jährlich jeweils Beträge in gleicher Höhe (bis 2008 je 104,0 T€, ab 2009 je 871 T€) zur Verfügung. Am 01.12.2005 wurde ein trilateraler Staatsvertrag zwischen den Ländern Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein geschlossen. Der Staatsvertrag hat eine zweijährige Kündigungsfrist.							
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 0401 Ausgabebetitelgruppe 71							
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	<ul style="list-style-type: none"> • Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg und die Fortführung der in den Jahren 1960 bzw. 1962 eingerichteten Förderfonds“ vom 1.12.2005 • Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen aus den Förderfonds der Metropolregion Hamburg (Bekanntmachung des Innenministeriums (S-H) vom 16.06 2006 – IV 343 –) 							
Zeitplan / Meilensteine	Entfällt							
Berichtswesen	Nicht vorgesehen							

Anzahl der Zuwendungsbescheide <ul style="list-style-type: none"> • Förderung von Sportprojekten/ Veranstaltungen • Förderung des Leistungssports einschl. Baumaßnahmen • Förderung von Maßnahmen im Behindertensport • Anti Doping Maßnahmen • Integration durch Sport • Sportstättenentwicklungsplanung • Stärkung des Ehrenamtes/Ehrungen • Wettbewerb Sportfreundliche Kommune • Strategisch konzeptionelle Ziele der Sportentwicklung in SH 	16	16	16	16	
Externe Zielgruppen	Kommunen, gemeinnützige Sportvereine und -verbände die in SH ansässig sind, sowie deutsche Sportvereine in Nordschleswig, wenn sie gleichzeitig auch Träger der Maßnahme sind und gemeinnützige Verbände und Vereine.				
Vereinbarungszeitraum	2009/2010				
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 0402				
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	§§ 10 und 11 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (GlüStV AG) vom 13. Dezember 2007 (GVObI. Schl.-H. S. 524) Sportförderrichtlinie vom 1.3.2007 (Amtsbl. Schl.-H. S. 260)				
Zeitplan / Meilensteine	Die Bewilligungen erfolgen für die Projekte aus den jährlich vorhandenen Haushaltsmitteln				
Berichtswesen	Nicht vorgesehen				

Zusätzliche Erläuterungen

für den

Aufgabenbereich: Kataster- und Vermessungswesen; hier Landesvermessung

Globale Zielbeschreibung und Unterziele	<p>Nach dem Vermessungs- und Katastergesetz ist es die Aufgabe der Landesvermessung die geodätischen Grundlagen für eine allgemeine Landesaufnahme, für das Liegenschaftskataster und für andere Vermessungen zu schaffen und zu erhalten, das gesamte Landesgebiet aufzunehmen und die Ergebnisse in Karten und digitalen Modellen darzustellen. Die digitalen Modelle müssen als Basis für geographische Informationssysteme geeignet sein. Die Landesvermessung hat insbesondere die Belange von Planung, Rechtsverkehr, Verteidigung, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft sowie des Umwelt- und Naturschutzes zu berücksichtigen. Gemäß Kabinettsbeschluss nimmt die Leitstelle Geodaten die zentralen Aufgaben eines Geodatenmanagements wahr.</p> <p>Zuständig für die Landesvermessung ist das Landesvermessungsamt.</p> <ol style="list-style-type: none">1. Die geodätischen Grundlagen umfassen die Herstellung, Erhaltung und Erneuerung des Lage-, Höhen- und Schwerefestpunktfeldes sowie die Einrichtung und Unterhaltung von Referenzstationen eines Satellitenpositionierungsdienstes zur Realisierung des Raumbezuges.2. Die Landesaufnahme umfasst die regelmäßige Aufnahme aller topographischen Veränderungen sowie die Bereitstellung des Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystems (ATKIS).3. Das Landesgebiet in Karten und digitalen Modellen darzustellen bedeutet die Bearbeitung und Herausgabe von topographischen Landeskartenwerken sowie die Bereitstellung von Produkten auf Basis des Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystems (ATKIS).4. Im Landesvermessungsamt werden in einer IT-Leitstelle alle IT-Belange der Vermessungs- und Katasterverwaltung betreut. Das umfasst die Beschaffung, Installation und Pflege der Hardware und Netze sowie die Beschaffung, Entwicklung und Pflege und Schulung von Anwendersoftware.5. Das Landesvermessungsamt unterstützt die Katasterämter in ihrer Aufgabe der Flurbereinigungsschlussvermessung durch Einsatz wirtschaftlicher zentraler technischer Verfahren.6. Die Vermessungs- und Katasterverwaltung Schleswig-Holsteins betreibt gemeinsam mit dem Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung der Freien und Hansestadt Hamburg den Geoserver (Internetvertriebssystem), um ihre Produkte zu präsentieren und neue Dienste anzubieten, die erst durch die Internettechnologie realisierbar geworden sind. Der Shop im Geoserver soll als landeseinheitlicher Shop der Landesverwaltung genutzt werden, d. h. alle Verwaltungen nutzen dieses Werkzeug. Es kann auch von den Kommunen genutzt werden.7. Die Leitstelle_Geodaten des Landesvermessungsamts nimmt zentrale Funktionen bei der Bereitstellung der Geobasisdaten für die Ressorts, Kreise und Gemeinden wahr, sie unterstützt in diesem Zusammenhang die Einrichtung der GDI-SH. Die Leitstelle hat einen wesentlichen Anteil an dem Aufbau und der Administration des Geoservers, der Einrichtung von Online-Diensten, dem Aufbau des Digitalen Atlas und der Bereitstellung eines MIS um seitens der VermKatV den INSPIRE-Anforderungen genügen zu können. <p>Strategische Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Verwaltung, Wirtschaft, Verteidigung, Wissenschaft usw. mit aktuellen, genauen, zuverlässigen Geoinformationen
--	--

	<p>➤ Aufgabenerfüllung auf der Grundlage moderner und betriebswirtschaftlich optimaler Arbeitsprozesse (Satellitenvermessung, Laserscan-Erfassung, digitale Orthophotos, automatische Modell- und Kartographische Generalisierung, zentrale Photogrammetrie und Datenanalyse, Leitstelle für Geodaten und Leitstelle für IT-Aufgaben der VermKatV)</p>				
Kennzahlen/Indikatoren für					
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Mengen				Qualitäten / Bürgerorientierung
	2007	2008	2009	2010	
Grundlagenvermessung					
	Punkte				
- Nivellementnetz	775	750	750	750	Teilnahme an der bundesweiten Neubeobachtung des Deutschen Haupthöhennetzes DHHN
- Schwerenetz	422	500	0	0	Abschluss der Feldarbeiten in 2008. Die Auswertung der Daten erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) bzw. dem IfE (Institut für Erdmessung).
	Verfügbarkeit in %				
- Positionierungsdienst	98	98	100	100	Der amtliche Satellitenpositionierungsdienst der deutschen Landesvermessung (SAPOS [®]) wird für ganz Deutschland von den in der AdV organisierten Vermessungsverwaltungen der Bundesländer und den Fachbehörden mit Vermessungsaufgaben der Bundesministerien für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, des Innern und der Verteidigung im Rahmen ihres hoheitlichen Auftrags betrieben. Er bildet mit seinen Referenzstationssystemen eine geodätische Grundinfrastruktur für den Raumbezug im Zentrum Europas. Eine hohe Verfügbarkeit ist eine unabdingbare Voraussetzung für den betriebswirtschaftlichen Einsatz des SAPOS [®] und die dadurch möglich werdende Einschränkung der Pflege und Erhaltung des trigonometrischen Netzes.
Topographische Landesaufnahme					Durch die Umstellung auf das AFIS [®] -ALKIS [®] -ATKIS [®] (AAA) -Modell wird die periodische Aktualisierung in 2008 nicht in vollem Um-
Bereitstellung des Amtlichen Topographisch-					

<p>Kartographischen Informationssystem (ATKIS[®])</p> <p>- ATKIS[®] - Digitales Landschaftsmodell 1:5.000 (Basis-DLM)</p> <p>- ATKIS[®] - Digitales Orthophoto (DOP)</p> <p>- ATKIS[®] - Digitales Gelände-Modell (DGM)</p> <p>- ATKIS[®] - Digitale Topographische Karte 1:5.000 (DTK5)</p>	<p style="text-align: center;">Fläche in km²</p> <p>9.004 4.000 6.000 6.000</p> <p>7.680 6.000 6.000 6.000</p> <p>7.440 6.000 6.000 6.000</p> <p>16.000 16.000 16.000 16.000</p>	<p>fang erbracht werden können. Ab 2009 ist zumindest die Spitzenaktualität für die gesamte Landesfläche zu gewährleisten. Die periodische Aktualität erfolgt im 3-jährigen Zyklus.</p> <p>Die DOP bilden einen wesentlichen Bestandteil aktueller Geobasisdaten. Intern dienen sie im Wesentlichen zur Aktualisierung des Basis-DLM. Sie sind im 3-jährigen Zyklus fortzuführen. Der Bildflug wird in Kooperation mit dem MLUR durchgeführt.</p> <p>Das auf Laserscan-Befliegung basierende DGM ist mit Hilfe der digitalen Photogrammetrie zu aktualisieren, Bruchkanten sind festzulegen und an das Basis-DLM anzupassen. Um die Arbeitsleistung zu gewährleisten, sind weitere Entwicklungen und Softwaremodule erforderlich.</p> <p>Zur Vorhaltung eines aktuellen großmaßstäbigen topographischen Kartenwerks ist die jährliche Bearbeitung der Landesfläche erforderlich. Die Daten des Basis-DLM werden dabei durch die der ALK ergänzt (Flurstücke, Gebäude).</p>
<p>Kartenwerke und digitale Modelle</p> <p>- Topographische Karte 1:25.000 (TK25)</p> <p>- Topographische Karte 1: 50.000 (TK50)</p>	<p style="text-align: center;">Kartenblätter</p> <p>20 20 20 40</p> <p>13,4 15 15 25</p>	<p>Aufgrund der Priorität der Digitalen Topographischen Karte 1:50.000 (DTK50), Folgeprodukt der TK50, ist die Aktualisierung der TK25 bis Ende 2009 nur eingeschränkt möglich. Ab 2010 wird die reguläre Fortführungsfolge angestrebt. Mittelfristig soll die Bearbeitung im Rahmen der Modell- und kartographischen Generalisierung (AdV-Projekt) erfolgen.</p> <p>Die TK50 muss vereinbarungsgemäß bis Ende 2009 als Digitales Landschaftsmodell 1:50.000 (DLM50.2) (Basis für die DTK50) an das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie</p>

<p>- Topographische Karte 1: 100.000 (TK100)</p> <p>- Kreis- und Freizeitkarten</p> <p>- ATKIS®-Internetkarte</p>	<p>4,2 5 5 5</p> <p>6,2 6 6 6</p> <p style="text-align: center;">Fläche in km²</p> <p>16.000 16.000 16.000 16.000</p>	<p>(BKG) bereitgestellt werden. Die Arbeiten erfolgen im Rahmen der Modell- und kartographischen Generalisierung (AdV-Projekt). Aufgrund des höheren Automationsgrades kann ab 2010 der Fortführungszyklus verkürzt werden.</p> <p>Nach Umstellung der TK50 ist die TK100 auf die Digitale Topographische Karte 1:100.000 (DTK100) umzustellen (AdV-Projekt), um den vereinbarungsgemäß festgelegten Bedarf der Bundeswehr zu erfüllen. Kennzahlen können nur bedingt angegeben werden.</p> <p>Die Kreiskarten und die flächendeckend geführten Freizeitkarten sind im Rahmen des Verwaltungsbedarfs und im Interesse des Tourismusbereichs zu aktualisieren.</p> <p>Die für Online-Dienste erstellten Internetkarten sind jährlich landesweit zu aktualisieren. Sie sind wesentlicher Bestandteil der Online-Dienste bzw. des Digitalen Atlas.</p>
<p>IT-Leitstelle</p>	<p>Hard- und Softwareausstattung der Katasterämter und des LVermA laufend ersetzen, jeweils 120 PCs im Jahr. Ergänzungsbeschaffung von Flachbildschirmen für das AAA-Projekt:</p> <p>5 40 40 40</p> <p>Auslieferung der AAA-Arbeitsplatz-Software an die Katasterämter und das LVermA:</p> <p>10 50 275 0</p> <p>Inbetriebnahme der zentralen Datenhaltungskomponente (DHK) bei Dataport, in 2008 für ATKIS®, in 2009 für ALKIS® und AFIS®</p>	<p>Die in Kooperation mit vier weiteren Bundesländern entwickelte Datenhaltungskomponente (DHK) zur Führung der Daten des AFIS®-ALKIS®-ATKIS®-Konzeptes der AdV ist unerlässlich zur einheitlichen Datenhaltung der amtlichen Geodaten des Liegenschaftskatasters und der Landesvermessung. Mit dem AAA-Projekt wird das Ziel verfolgt, bessere, einheitliche Produkte und eine stärkere Verwendung der Geobasisdaten zu erreichen.</p> <p>Die in Kooperation mit dem LGV Hamburg entwickelte Arbeitsplatz-Software ist unverzichtbar zur Führung und Laufendhaltung der AAA-Daten. Mit dieser Software werden Arbeitsprozesse eingeführt die letztlich eine höhere Datenqualität zur Folge haben werden. Die länderübergreifende Zu-</p>

		sammenarbeit bei fachlichen IT-Maßnahmen unterstreicht die Notwendigkeit einer IT-Leitstelle innerhalb der VermKatV
Katastervermessung - Photogrammetrie - Koordinatenbestimmung - Einrechnung durch Ausgleichung - Topographische Erfassung von Gebäuden	Fläche in km ² 57 63 60 55 35 30 30 30 20 20 20 20 1.144 2.500 2.500 2.500	Das LVermA unterstützt die Katasterämter in ihrer Aufgabe zur Flurbereinigungsschlussvermessung durch Einsatz der Photogrammetrie und durch eine intensive mathematische Datenanalyse (Methode: "Einrechnung"). Durch die Bereitstellung topographisch erfasster Gebäudedaten wird ein wichtiger Beitrag zur Gebäudeaktualität im Liegenschaftskataster geleistet. Die Vervollständigung der Adressdaten ist ein wesentliches Qualitätskriterium des Liegenschaftskatasters.
Geoserver in Zusammenarbeit mit den Katasterämtern	Geoserver (Internetvertriebssystem) Realisierung der vorgesehenen Nutzungswege: 1. Shop, 2. Bezug von digitalen Daten, 3. Auszüge aus ALK, ALB, ALKIS, 4. Auskunft- und Bearbeitungssystem 5. Web-Services	Mit dem in Kooperation zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein entwickelten Geoserver werden über das Internet Geodaten vertrieben und Geodienste für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung bereitgestellt. Der Geoserver ist ein Baustein des eGovernments in beiden Ländern und Grundlage für den Aufbau einer bundes- und EU-weiten Geodateninfrastruktur.
	Wirtschaftlichkeit / Kosten	Fachliche Zielerreichung
	Nutzung eines auf der Kosten- und Leistungsrechnung basierenden Berichtswesens	Optimierung der Leistungserstellung bei mindestens gleichbleibend hoher Qualität
Externe Zielgruppen	Bürgerinnen und Bürger Kommunen, Kreise und Ämter Notare und Notarinnen Wasser- und Bodenverbände Flurbereinigungsverwaltung Finanzverwaltung und Grundbuchämter Energieversorgungsunternehmen Sonstige andere Stellen der Verwaltung und der Wirtschaft	
Vereinbarungszeitraum	2009/2010	
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 0403 Weitere Haushaltsmittel (Informationstechnologie) sind im Kapitel 1103	

	nachgewiesen
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (Vermessungs- und Katastergesetz – VermKatG) vom 12. Mai 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 128). Landesverordnung über Gebühren der Vermessungs- und Katasterbehörden (VermGebVO) vom 7. Januar 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 40) Beschluss der Landesregierung von 2002 zur Einführung des ressortübergreifenden Geodatenmanagements.
Zeitplan / Meilensteine	IT-Leitstelle: Rollout AFIS [®] -ALKIS [®] -ATKIS [®] -Verarbeitungs- und Datenhaltungskomponente in 2009 Geoserver: Fertigstellung wesentlicher Bausteine in 2008 SAPOS [®] : 100% Verfügbarkeit in 2009 ATKIS [®] : Migration ins neue Datenmodell in 2008 TK50: Vorliegen als DLM50.2 (DTK50) bis Ende 2009
Berichtswesen	Vom Fachreferat erstellte interne Berichte: Jahresbericht zur Kosten- und Leistungsrechnung der VKV und Jahresbericht des Landesvermessungsamtes

Zusätzliche Erläuterungen

für den

Aufgabenbereich:

Kataster- und Vermessungswesen; hier Liegenschaftskataster

<p>Globale Zielbeschreibung und Unterziele</p>	<p>Nach dem Vermessungs- und Katastergesetz sind im <u>Liegenschaftskataster</u> die Flurstücke und Gebäude (Liegenschaften) für das Landesgebiet nachzuweisen, wie es die Belange der Planung einschließlich der Bauleitplanung, des Rechtsverkehrs, der Verwaltung und der Wirtschaft an ein grundstücksbezogenes Basisinformationssystem erfordern. Das <u>Liegenschaftskataster</u> muss geeignet sein, als amtliches Verzeichnis der Grundstücke im Sinne des § 2 Abs. 2 der Grundbuchordnung zu dienen, es muss die Ergebnisse der amtlichen Bodenschätzung nachweisen. Zuständig für die Einrichtung, Fortführung und Erneuerung des Liegenschaftskatasters sind die Katasterämter.</p> <ol style="list-style-type: none">1. Als Grundlage für die Fortführung des Liegenschaftskatasters werden von den Katasterämtern auf Grund von Anträgen Vermessungen (Teilungen, Gebäudeeinmessungen, Grenzerstellungen, etc.) durchgeführt, deren Ergebnisse dann in das Liegenschaftskataster übernommen werden.2. Die Katasterämter haben die Nachweise des Liegenschaftskatasters vorzuhalten um jedem daraus Auskünfte und analoge oder digitale Auszüge erteilen zu können.3. Für die Fortführung des Liegenschaftskatasters müssen die Katasterämter auch die Ergebnisse der Vermessungen der anderen Vermessungsstellen (beigebrachte Vermessungen) in die Nachweise des Liegenschaftskatasters übernehmen.4. Nach Abschluss von Flurbereinigungen ist das <u>Liegenschaftskataster neu aufzustellen</u>, da der Flurbereinigungsplan, sobald er rechtskräftig geworden ist, das Liegenschaftskataster als amtliches Verzeichnis der Grundstücke ersetzt.5. Um den Anforderungen der Nutzer an ein <u>Geobasisinformationssystem</u> gerecht zu werden und um den Nutzern die Möglichkeit zu eröffnen, einen schnellen, unkomplizierten und zeitgemäßen Vertriebsweg zu nutzen, sollen die bisher getrennt geführten Daten des Automatisierten Liegenschaftsbuchs (ALB) und der Automatisierten Liegenschaftskarte (ALK) in einem System, dem <u>Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS[®])</u>, integriert werden. Für den reibungslosen Übergang in das ALKIS-Modell müssen die Daten durch Vormigrationen vorbereitet werden. Dabei werden u.a. Abgleiche zwischen der ALK, der Punktdaten und dem ALB durchgeführt und einzelne Daten einheitlich strukturiert.6. Die Vermessungs- und Katasterverwaltung Schleswig-Holsteins betreibt gemeinsam mit dem Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung der Freien und Hansestadt Hamburg den <u>Geoserver</u> (Internetvertriebssystem), um ihre Produkte zu präsentieren und neue Dienste anzubieten, die erst durch die Internettechnologie realisierbar geworden sind. Der Shop im Geoserver soll als landeseinheitlicher Shop der Landesverwaltung genutzt werden, d. h. alle Verwaltungen nutzen dieses Werkzeug. Es kann auch von den Kommunen genutzt werden. <p>Strategische Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Verwaltung, Wirtschaft, Verteidigung, Wissenschaft usw. mit aktuellen, genauen, zuverlässigen Geoinformationen➤ Schutz des Eigentums an Grund und Boden
---	---

Kennzahlen/Indikatoren für								
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Mengen				Qualitäten / Bürgerorientierung			
	2005 (Ist)	2007 (Ist)	2008 (Plan)	09/10 (Plan)	2005 (Ist)	2007 (Ist)	2008 (Plan)	09/10 (Plan)
Zeitnahe Durchführung von Vermessungen und Aktualisierung der Nachweise (Fortführung des Liegenschaftskatasters) Produkte:	Anzahl der Auftragseingänge (Antragszahlen) über alle Katasterämter in S-H je Produkt p.a.				ordnungsgemäße und kundengemäße Auftragsabwicklung durchschnittliche Zeiten bis zur Erledigung der Aufträge über alle Katasterämter in S-H je Produkt p.a. in Wochen a) = Zeitraum von Auftragseingang bis zur örtlichen Erledigung (in Wochen) b) = Zeitraum von der örtlichen Erledigung bis zum Abschluss der häuslichen Erledigung (in Wochen)			
- eigene Zerlegungen	1.020	889	880	900	a) 2,3 b) 4,2	2,1 3,3	2,3 3,5	2,3 3,5
- eigene Gebäudeeinmessungen	6.095	5.944	5.500	5.500	a) 13,5 b) 8,6	10,8 7,2	11,0 8,0	11,0 8,0
- eigene Grenzherstellungen	279	252	270	270	a) 2,1 b) 5,3	2,3 3,2	2,3 4,0	2,3 4,0
- eigene langgestreckte Anlagen	34 km	38 km	23 km	30 km	a) 61,0 b) 5,0	32,0 13,0	32,0 10,0	32,0 10,0
- beigebrachte Zerlegungen	3.858	3.348	3.570	3.600	b) 4,4	3,6	3,5	3,5
- beigebrachte Gebäudeeinmessungen	9.223	9.648	10.600	11.000	b) 10,0	6,8	8,0	8,0
- beigebrachte Grenzherstellungen	1.076	968	1.000	1.100	b) 6,4	4,1	4,0	4,0
- beigebrachte langgestreckte Anlagen	74 km	74 km	80 km	80 km	b) 6,5	4,8	10,0	10,0
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Wirtschaftlichkeit / Kosten				Fachliche Zielerreichung			
	Bei den eigenen Vermessungen im Jahr 2006 lag die Kostendeckung bei 106%. Für das Jahr 2007 liegen landesweit noch keine Ergebnisse vor. Für die Jahre 2008-2010 soll weiterhin eine Kostendeckung von 100% erzielt werden.				Optimierung der Leistungserstellung bei weiterhin hoher Qualität			

Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Kennzahlen/Indikatoren für				Qualitäten / Bürgerorientierung
	Mengen				
	2005 (Ist)	2007 (Ist)	2008 (Plan)	09/10 (Plan)	
- Katasterbenutzungen	60.000	49.100	53.000	48.000	Ab 2008 können auch Kommunen und Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure über den Geoserver amtliche Kartenauszüge erteilen.
- Digitalisierung + Erneuerungsarbeiten	<p>Erneuerung des Liegenschaftskatasters nach Flurbereinigungen Insgesamt ist das Liegenschaftskataster noch für eine Fläche von ca. 94.000 ha neu aufzustellen (Stand 31.12.2007)</p> <p>Ist 2005: 22.000 ha Ist 2007: 18.000 ha</p> <p>In den Jahren 2008 bis 2010 soll jeweils das Liegenschaftskataster für eine Fläche von 15.000 ha neu aufgestellt werden.</p> <p>Dies ist auch Aufgabe für die Folgejahre</p> <p>Vorbereitung der Umwandlung von ALK und ALB auf das bundeseinheitliche System Amtliches Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS). Insgesamt ist die Vormigration und die Migration der Daten von 17.000 Fluren durchzuführen.</p> <p>Ist-Vormigration in 2005: 5000 Fluren Ist-Vormigration in 2006 und 2007 jeweils: 6000 Fluren</p> <p><i>Plan 2008: Vervollständigung und qualitative Verfeinerung der Vormigration</i></p> <p><i>Plan 2009: Migration von 17.000 Fluren</i></p> <p>Geoserver (Internetvertriebssystem, in Zusammenarbeit mit dem Landesvermessungsamt) Realisierung der vorgesehenen Nutzungswege:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Shop, 2. Bezug von digitalen Daten, 3. Auszüge aus ALK, ALB, ALKIS, 4. Auskunft- und Bearbeitungssystem 				<p>Flurbereinigungsverfahren verursachen umfangreiche Arbeiten bei den Katasterämtern und dem Landesvermessungsamt, in der Regel sind sie mit Neuvermessungen der Verfahrensgebiete verbunden. Nach Abschluss der Flurbereinigungsschlussvermessungen ist das Liegenschaftskataster zu erneuern, um den Belangen der Planung einschließlich der Bauleitplanung, des Rechtsverkehrs, der Verwaltung und der Wirtschaft an ein grundstücksbezogenes Basisinformationssystem gerecht zu werden.</p> <p>Das ALKIS[®]-Konzept ist Bestandteil des AFIS[®]-ALKIS[®]-ATKIS[®]-Konzeptes der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV) und ist unerlässlich zur Schaffung eines einheitlichen amtlichen Geodatenbestands der Vermessungs- und Katasterverwaltung aus den digitalen Daten des Liegenschaftskatasters, der Topographie und der Landesvermessung. Mit ALKIS[®] werden mehrere Ziele verfolgt, die letztlich zu besseren Produkten und einer stärkeren Kundenorientierung führen sollen.</p> <p>Mit dem in Kooperation zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein entwickelten Geoserver werden über das Internet Geodaten vertrieben und Geodienste für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung bereitgestellt. Der Geoserver ist ein Baustein des eGovernments in beiden Ländern und Grundlage für den Aufbau einer</p>

	<p>5. Web-Services</p> <p>Aufbau des Digitalen Archivs Die Katasterämter führen umfangreiche Vermessungsunterlagen in analoger Form. Diese bestehen aus Papier und Folien in unterschiedlichen Formaten und Qualitäten. Zur Reduzierung der Bearbeitungszeiten im täglichen Gebrauch, zur Sicherung neuer Dokumente, zur Realisierung eines multiplen Zugriffs und zum Erhalt des Bestandes wird dieses Archiv auf digitale Führung umgestellt.</p>	<p>bundes- und EU-weiten Geodateninfrastruktur.</p> <p>Die digitale Führung der Daten soll die Originale ersetzen und gleichzeitig als Gebrauchsarchiv dienen. Durch die Digitalisierung werden die bis zu 125 Jahre in Gebrauch befindlichen Dokumente vor dem Verfall bewahrt.</p> <p>In absehbarer Zukunft soll für die Vermessungsstellen nach dem Vermessungs- und Katastergesetz ein Zugriff auf die Vermessungsunterlagen über den Geoserver möglich sein.</p>
<p>- Analyse und Optimierung sowie Standardisierung der internen Arbeitsabläufe zur Auftragsabwicklung (insbesondere) in den Marktleistungsbereichen zur Reduzierung der Produktkosten (Benchmarking zwischen allen Katasterämtern in S-H)</p>	<p>Nutzung eines auf der Kosten- und Leistungsrechnung basierenden Berichtswesens</p>	
<p>Externe Zielgruppen</p>	<p>Bürgerinnen und Bürger Kommunen, Kreise und Ämter Notare und Notarinnen Wasser- und Bodenverbände Flurbereinigungsverwaltung Finanzverwaltung und Grundbuchämter Energieversorgungsunternehmen Sonstige andere Stellen der Verwaltung und der Wirtschaft</p>	
<p>Vereinbarungszeitraum</p>	<p>2008 bis 2010</p>	
<p>Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt</p>	<p>Einzelplan: 04 Kapitel: 0403</p>	
<p>Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln</p>	<p>Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (Vermessungs- und Katastergesetz – VermKatG) vom 12. Mai 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 128). Landesverordnung über Gebühren der Vermessungs- und Katasterbehörden (VermGebVO) vom 7. Januar 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 40) Beschluss der Landesregierung von 2002 zur Einführung des ressortübergreifenden Geodatenmanagements.</p>	
<p>Zeitplan / Meilensteine</p>	<p>Vormigration ALKIS®: Fertigstellung bis Ende 2008 Migration ALKIS®: Fertigstellung in 2009</p> <p>Geoserver: Fertigstellung wesentlicher Bausteine in 2008</p> <p>Für die Flurbereinigungsverfahren (Stand 31.12.2007), für die die Schlussvermessungen durchgeführt werden können, soll das Liegenschaftskataster in den nächsten 10 Jahren neu aufgestellt werden.</p>	

Berichtswesen	Vom Fachreferat erstellte interne Berichte: Jahresbericht zur Kosten- und Leistungsrechnung der VKV und Jahresbericht aus den Arbeitsstandsübersichten der Katasterämter.
----------------------	--

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich: Feuerwehrwesen

Globale Zielbeschreibung und Unterziele	<p>Das Globalziel ist die Sicherstellung des Feuerwehrwesens in Schleswig-Holstein. Das Feuerwehrwesen umfasst:</p> <ul style="list-style-type: none">• die Bekämpfung von Bränden und den Schutz von Menschen und Sachen vor Brandschäden (abwehrender Brandschutz),• die Hilfeleistung bei Not- und Unglücksfällen (Technische Hilfe),• die Verhütung von Bränden und Brandgefahren (vorbeugender Brandschutz, Mitwirkung der Feuerwehren bei Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung),• die Mitwirkung im Katastrophenschutz. <p>Es ist ein besonderes Teilgebiet der Gefahrenabwehr, das den Gemeinden und Kreisen als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe übertragen ist. Die Gemeinden halten öffentliche Feuerwehren vor, die Kreise überörtliche Einrichtungen.</p> <p>Zurzeit bestehen 4 Berufsfeuerwehren mit circa 750 Beamten und mehr als 1.400 freiwillige Feuerwehren mit mehr als 50.000 aktiven Mitgliedern. Den mehr als 400 Jugendfeuerwehren gehören circa 9.500 Jugendliche an. Weiter gibt es 30 Werkfeuerwehren mit mehr als 1.000 haupt- und nebenberuflichen Mitgliedern. Sie alle sind mit rund 2.000 Löschfahrzeugen und etwa 800 Spezialfahrzeugen ausgerüstet.</p> <p>Das Land fördert das Feuerwehrwesen. Seine Aufgaben sind im besonderen,</p> <ul style="list-style-type: none">• die Gemeinden und Kreise auf dem Gebiet des Feuerwehrwesens zu unterstützen und zu beraten,• eine Landesfeuerweherschule zu unterhalten,• den Gemeinden und Kreisen für den abwehrenden Brandschutz und die Technische Hilfe Zuwendungen zu gewähren und• die Brandschutzforschung und -normung zu unterstützen. <p>Das vielfältige Einsatzspektrum der Feuerwehren und der sachgerechte Einsatz der vorhandenen Ausrüstung erfordert besonders von den aktiven Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehren intensive Ausbildung und ständige Fortbildung in den Feuerwehren.</p> <p>Die Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein (LFS) mit Sitz in Harrislee ist eine nichtrechtsfähige Anstalt im Geschäftsbereich des Innenministeriums und bildet Fach- und Führungskräfte in den Bereichen Feuerwehrwesen und Katastrophenschutz aus. Sie konzipiert und unterstützt die Ausbildung auf Kreis- und Ortsebene. Die jährlich über 200 durchgeführten Lehrgänge werden von circa 6.600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht. Alle Führungspositionen in den Freiwilligen Feuerwehren Schleswig-Holsteins haben als Voraussetzung eine oder mehrere Ausbildungen an der LFS.</p> <p>Weiterhin werden Angehörige der Berufsfeuerwehren und Werkfeuerwehren hier geschult. Ergänzt wird das Angebot durch Ausbildungsveranstaltungen für Dritte sowie durch zahlreiche Veranstaltungen wie Arbeitstreffen von Fachverbänden, Workshops zu ausgewählten Themen und Seminaren.</p> <p>Strategische Ziele:</p> <ol style="list-style-type: none">1) Erhalt und Fortentwicklung des flächendeckenden Feuerwehrwesens in Schleswig-Holstein2) Aus- und Fortbildung der Feuerwehrangehörigen3) Führungsausbildung im Katastrophenschutz4) Unterstützung der Forschung und Normung im Bereich des Feuerwehrwesens
--	---

Kennzahlen/Indikatoren für								
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Mengen				Qualitäten / Bürgerorientierung			
	2007 (Ist)	2008 (Plan)	2009 (Plan)	2010 (Plan)	2007	2008	2009	2010
Lehrgangsteilnehmertage – freiwillige Feuerwehren	10999	12552	12552	12552				
Lehrgangsteilnehmertage – Berufsfeuerwehren	2391	3676	3676	3676				
Lehrgangsteilnehmertage – Katastrophenschutz	1844	3009	3009	3009				
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Wirtschaftlichkeit / Kosten				Fachliche Zielerreichung			
	2007 (Ist)	2008 (Plan)	2009 (Plan)	2010 (Plan)	2007	2008	2009	2010
Kosten der LFS pro Einwohner (in €)	1,00	0,99	0,81	0,77				
Investitionsmittel pro Einwohner (in €)	1,76	2,38	2,53	2,57				
Investitionsmittel pro Feuerwehrangehöriger (in €)	84,72	115,04	122,03	124,07				
Unterstützung von Gremien und Verbänden pro Feuerwehrangehöriger (in €)	0,42	0,53	0,54	0,54				
Kosten der Forschung und Normung pro Feuerwehrangehöriger (in €)	4,20	4,37	4,66	4,66				
Externe Zielgruppen	Die Menschen in Schleswig-Holstein							
Vereinbarungszeitraum	2009/2010							
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 0405, 1204, 1220							
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Gesetz über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren, Gesetz über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein, Gesetz über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein							
Zeitplan / Meilensteine	Daueraufgabe							
Berichtswesen	Jahresbericht der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein							

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich: Ausländer- und Migrationsangelegenheiten

<p>Globale Zielbeschreibung und Unterziele</p>	<p>In der Strategischen Zielvereinbarung des Innenministeriums wurde festgelegt, dass im Rahmen einer zukunftsorientierten und humanen Migrationspolitik die „Integrationsmaßnahmen [...] auf eine frühzeitige, umfassende Integration in die bundesdeutsche Gesellschaft mit ihren bestimmenden Grundwerten auszurichten“ sind. Die Migrationssozialberatung soll für Migrantinnen und Migranten mit Daueraufenthalt „einen frühzeitigen Integrationsprozess initiieren“ und sie „mit dem Ziel begleiten, die Migrantinnen und Migranten zu einem selbständigen Leben zu befähigen“.</p> <p>Unter Berücksichtigung dieser Leitlinien wurde die Migrationssozialberatung für Migrantinnen und Migranten mit Daueraufenthalt zu einem Zuwanderer-Integrations-Management (ZIM) weiterentwickelt. Daneben sollen Personen mit vorübergehendem Aufenthalt Beratung in konkreten migrationspezifischen Krisensituationen erhalten.</p> <p>Zu beidem entwickelte das Innenministerium die strategischen Vorgaben, umgesetzt wird es durch unterschiedliche Träger (Vereine, Verbände, Kommunen) im Land. Diese Träger erhalten Zuwendungen, mit denen in der Regel Personalstellen finanziert werden, um nach den Rahmenvorgaben des Innenministeriums die Migrationssozialberatung durchzuführen. Damit dies noch wirkungsvoller und wirtschaftlicher erfolgen kann, werden in einem Controllingkonzept konkretere Ziele definiert und zugleich ein System entwickelt, mit dem die Zielerreichung überprüft werden kann.</p> <p>Oberziele Migrationssozialberatungen sind Schlüsselakteure bei der Integration von Migrantinnen und Migranten. Sie haben den unmittelbaren und regelmäßigen Kontakt zu Migrantinnen und Migranten, sind sozialpädagogisch für eine Integrationsbegleitung und Krisenberatung qualifiziert und stellen eine Schnittstelle zu Fach- und Regeldiensten dar.</p> <p>Abgeleitet aus der „Strategischen Zielvereinbarung des IM“ verfolgt die Migrationssozialberatung folgende prinzipiell gleichwertige strategische Oberziele:</p> <p>Oberziel O1: Migrantinnen und Migranten mit Daueraufenthalt sollen in die Lage versetzt werden, Unabhängigkeit von staatlichen Transferzahlungen zu erlangen.</p> <p>Oberziel O2: Die sozial-gesellschaftlichen Kompetenzen sollen bei den Migrantinnen und Migranten mit Daueraufenthalt gestärkt werden, um ihnen und ihren Kindern eine aktive gesellschaftliche Teilhabe in Deutschland zu ermöglichen.</p> <p>Oberziel O3: Migrantinnen und Migranten mit vorübergehendem Aufenthalt sollen in migrationspezifischen Krisensituationen schnelle und effektive Unterstützung zu deren Bewältigung erhalten.</p>
---	--

Kennzahlen/Indikatoren für								
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Mengen				Qualitäten / Wirkung			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Anzahl der Personalstellen	33,55	34	34	34				
Zahl der beratenen Personen gesamt	7.650	7.650	7.650	7.650				
Kennzahl U1-1: Personalschlüssel Case Management Integrationsförderung					0	1 / 75	1 / 75	1 / 75
Kennzahl U8-1: Personalschlüssel CM Krisenberatung					0	1 / 375	1 / 375	1 / 375
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Wirtschaftlichkeit / Kosten				Fachliche Zielerreichung			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Verwaltungskosten je T€ Zuwendungsbetrag	23,78	29,00	22,03	22,03	Optimierung der Beratungsleistung			
Kosten je Zuwendungsbescheid in T€	0,62	0,79	0,63	0,63				
Durchschnittl. Förderquote Landesmittel in %	43,7	45,0	47,0	50,0				
Externe Zielgruppen	Migrantinnen und Migranten mit Daueraufenthalt und vorübergehendem Aufenthalt							
Vereinbarungszeitraum	2009 / 2010							
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 0407 MG 02							
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	<ul style="list-style-type: none"> • Rahmenkonzept für eine Sozialberatung für Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein (Migrationssozialberatung) vom 10.01.2006 • Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Migrationssozialberatung und landesweiten Beratungsprojekten vom 15.12.2006 • Wirkung und Erfolge der Migrationssozialberatung – Controllingkonzept vom 3.12.2007 							
Zeitplan / Meilensteine	2009: Überarbeitung des Rahmenkonzeptes anhand der zwischenzeitlich gewonnenen Controllingdaten 2010: Fortschreibung der Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Migrationssozialberatung und landesweiten Beratungsprojekten vom 15.12.2006							
Berichtswesen	<ul style="list-style-type: none"> • Mit dem Controllingkonzept - Wirkung und Erfolge der Migrationssozialberatung – vom 3.12.2007 wird erstmals seit 2008 ein Berichtswesen eingeführt. Die erhobenen Prozesskennzahlen werden quartalsweise regional und trägerbezogen ausgewertet. 							

Anlage zum Kapitel 0407

Zusätzliche Erläuterungen

für den

Aufgabenbereich:

Erstattung von Aufwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Globale Zielbeschreibung und Unterziele	Weitestgehende Freihaltung der Kommunen von den Aufwendungen für dort untergebrachte Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Zu diesem Zweck werden den Kreisen (auch für die Ämter und Gemeinden) und kreisfreien Städten die Aufwendungen, die ihnen durch die Aufnahme und Unterbringung von Asylbegehenden und weiteren nach dem Asylbewerberleistungsgesetz leistungsberechtigten Personen entstehen, vom Land erstattet.							
Kennzahlen/Indikatoren für								
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Mengen				Qualitäten / Bürgerorientierung			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Zahl der Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	4281	3853	3600	3400				
Kennzahlen/Indikatoren für								
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Wirtschaftlichkeit / Kosten				Fachliche Zielerreichung			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Durchschnittlicher Erstattungsaufwand des Landes je Leistungsempfänger und Jahr (in €)	4500	4600	4700	4800				
Erstattungsausgaben je 1000 Einwohner/innen in €	7000	6500	6000	5750				
Externe Zielgruppen	Landkreise und kreisfreie Städte							
Vereinbarungszeitraum	2009/2010							
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 07							
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	<p>§ 2 Satz 3 des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes vom 11. Oktober 1993 (GVOBl. Schl.-H. S. 498), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 14. Dezember 2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 484),</p> <p>Landesverordnung über die Erstattung von Aufwendungen für leistungsberechtigte Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Erstattungsverordnung) vom 5. Dezember 1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 725), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. November 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 433),</p> <p>Verwaltungsvorschriften in Form des Erstattungserlasses vom 25.2.2004.</p>							
Zeitplan / Meilensteine								
Berichtswesen	Quartalsstatistik über die Zahl der Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.							

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich:

Landesamt für Ausländerangelegenheiten

<p>Globale Zielbeschreibung und Unterziele</p>	<p>Ziele des Landesamtes sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Beschleunigung des asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahrens sowie • die Beschleunigung der Ausreise nicht bleibeberechtigter Personen. <p>Zu erstem Ziel gehören die Erstaufnahme- und Verteilverfahren folgender Personengruppen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Asylbegehrende im Sinne von § 1 Abs. 1 AsylVfG • unerlaubt eingereiste Ausländerinnen und Ausländer gemäß § 15a Aufenthaltsgesetz • Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und deren Ehegattinnen und Ehegatten und Abkömmlinge • Ausländerinnen und Ausländer, die nach § 22 AufenthG aufgenommen werden • Ausländerinnen und Ausländer, die auf Grund einer Anordnung nach § 23 AufenthG einreisen und eine Aufenthaltserlaubnis oder eine Niederlassungserlaubnis erhalten • Ausländerinnen und Ausländer, denen nach § 24 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. <p>Zu zweitem Ziel gehört, dass das LfA landesweite Koordinierungsstelle für die Beschaffung von Heimreisedokumenten und die organisatorische Vorbereitung der Abschiebung vollziehbar ausreisepflichtiger Personen ist und die Ausländerbehörden der Kreise und kreisfreien Städte bei der Erfüllung dieser Aufgaben unterstützt. Letzteres wurde seit April 2006 noch durch das zusätzliche Angebot der Gemeinschaftsunterkunft für Ausreisepflichtige ergänzt. Die Konzentrierung der Rückkehrförderung beim LfA dient der Bündelung von fachspezifischem Know-how und damit der Beschleunigung der Ausreise von nicht-bleibeberechtigten Personen einschließlich der damit verbundenen Reduzierung der Landesausgaben. Dem gleichen Ziel dienen die den Erstaufnahmeeinrichtungen zugeordneten Gemeinschaftsunterkünfte.</p> <p>Aufgrund des Rückganges der Zahl neu eingereister/aufgegriffener Ausländer/innen wird die Aufnahme und Unterbringung im Jahre 2009 auf eine Liegenschaft konzentriert werden.</p>							
<p>Kennzahlen/Indikatoren für</p>								
<p>Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung</p>	<p>Mengen</p>				<p>Qualität</p>			
	<p>2007</p>	<p>2008</p>	<p>2009</p>	<p>2010</p>	<p>2007</p>	<p>2008</p>	<p>2009</p>	<p>2010</p>
<p>Zahl der Unterkünfte</p>	<p>2</p>	<p>2</p>	<p>2</p>	<p>1</p>				
<p>Auslastung in %. (Bis 31.12.09 1050 Plätze, danach 450 Plätze)</p>	<p>47%</p>	<p>47%</p>	<p>47%</p>	<p>65%</p>				

Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Wirtschaftlichkeit / Kosten (in €)				Fachliche Zielerreichung			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Kosten Unterbringung pro Platz und Tag Aufenthaltsbeendigungen in % der in Landesliegenschaften erfolgten Aufnahmen von nicht bleibeberechtigten Ausländern	30,19 €	30 €	30 €	17 €	28%	30%	30%	30%
Externe Zielgruppen	Ausländer, Spätaussiedler, Ausländer-, Jugend- und Sozialbehörden der Kreise und kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins, Bundespolizei und Landespolizei, Abschiebehafteinrichtung							
Vereinbarungszeitraum	2009/2010							
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 07							
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	<p>Das Land Schleswig-Holstein hat gem. § 44 AsylVfG und § 15a AufenthG Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende und unerlaubt eingereiste Ausländer vorzuhalten. Gem. § 1 i.V.m. § 3 LAufnG verantwortet für das Innenministerium das LfA die Aufnahme, Unterbringung und Verteilung der genannten Personen, derzeit zusätzlich u.a. die von Spätaussiedler/innen und jüdischen Zuwander/innen. Die Landesbehörde ist gem. § 3 Abs. 2 u. 3 AuslAufnVO zudem Ausländerbehörde für die in den Landesunterkünften Wohnverpflichteten. Die Verpflichtung für Asylsuchende, in Gemeinschaftsunterkünften zu wohnen, erwächst aus § 53 AsylVfG.</p> <p>Die Ausreisepflicht von nicht bleibeberechtigten Ausländern statuieren die §§ 50 ff AufenthG. Gem. § 4 AuslAufnVO ist das Landesamt Koordinierungsstelle für Abschiebungen.</p>							
Zeitplan / Meilensteine	Ende 2009 Aufgabe einer Liegenschaft							
Berichtswesen								

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich: Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

<p>Globale Zielbeschreibung und Unterziele</p>	<p>Die Polizei hat die freiheitlich demokratische Grundordnung zu schützen. Ihr Handeln zielt dabei auf die Achtung und den Schutz der Würde des Menschen ab.</p> <p>Die Landespolizei leistet für die Menschen in Schleswig-Holstein einen wesentlichen Beitrag zur Inneren Sicherheit durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ den Schutz der Menschen in Schleswig-Holstein vor Kriminalität ▪ den Schutz der Menschen vor den Gefahren des Straßenverkehrs (Unfallhäufigkeit/Unfallfolgen) ▪ die Steigerung der Lebensqualität durch Erhöhung der subjektiven Sicherheit (erlebbarer Raum von Freiheit, Sicherheit und Rechtsfrieden) ▪ die Intensivierung der Bekämpfung des (islamistischen) Terrorismus und die Gewährleistung der Anti-Terror-Maßnahmen zur Verhütung entsprechender Anschläge <p>Die wesentlichen Aufgaben der Polizei sind die Verringerung der Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch Kriminalität, die Reduzierung von Verkehrsunfällen mit Toten und Verletzten, die Gewährleistung eines hohen Sicherheitsgefühls und die schnelle Hilfeleistung in Gefahren- und Notfällen.</p> <p>Für die effektive Aufgabenwahrnehmung werden u. a. folgende strategische Ziele verfolgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung: <ul style="list-style-type: none"> ○ Bekämpfung der organisierten und schweren Kriminalität, der Korruptions- und Wirtschaftskriminalität ○ Bekämpfung der Sexualdelikte und der Kinderpornografie ○ Bekämpfung des politischen Extremismus ▪ Im Bereich der Verkehrssicherheitsarbeit: <ul style="list-style-type: none"> ○ Reduzierung der Verkehrsunfälle mit den Unfallursachen Alkohol, Medikamente und Drogen im Straßenverkehr sowie überhöhter Geschwindigkeit ▪ Im Bereich der Gefahrenabwehr: <ul style="list-style-type: none"> ○ Hohe Präsenz und schnelle Hilfeleistung bei Sofortlagen (polizeilich relevante Ereignisse, die plötzlich eintreten) ○ Gewährleistung der Fischereiaufsicht ○ Gewährleistung der maritimen Terrorabwehr 	
<p>Kennzahlen/Indikatoren für</p>		
<p>Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung</p>	<p>Mengen</p>	<p>Qualitäten / Bürgerorientierung</p>
<p>Schutz vor Kriminalität durch flächendeckende Präsenz: Erstellung von Sicherheitskonzepten durch die Behörden der Landespolizei</p> <p>Umsetzung der Sicherheitskonzepte einschließlich der <u>Nachstreifenkonzepte</u></p> <p>Gewährleistung der jederzeitigen Erreichbarkeit durch Polizeiruf 110</p>	<p>8 Sicherheitskonzepte</p>	<p>Die Nachstreifenkonzepte gewährleisten die schnelle Verfügbarkeit (in der Regel innerhalb von 10 min) von Polizeikräften bei Sofortlagen</p>

Sicherstellung der schnellen Verfügbarkeit von Polizeikräften vor Ort bei Kriminalitätslagen								
Kriminalitätsbekämpfung	Kriminalitätsentwicklung (gemeldete Fälle)				Aufklärungsquote insgesamt in Prozent (%)			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Insgesamt:	263.276	256.779	243.917	242.615	47,5	48,0	47,1	46,8
hohe Aufklärungserfolge in wesentlichen Deliktfeldern: Mord/Totschlag	67	67	47	109	98,5	89,5	89,4	83,5
Raub, räuberische Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer	2.125	1.815	1.741	1855	52,4	50,5	52,6	52,3
gefährliche und schwere Körperverletzung/Vergiftung	4.671	5.246	5.387	-	82,2	82,8	81,6	-
Sexualstraftaten	2.129	2.453	2.298	2.219	80,6	83,3	80,9	76,0
Kinderpornografie (Besitz)	170	222	250	230	97,6	79,7	72,4	88,7
(Verbreitung)	97	346	189	129	72,2	26,6	31,2	78,3
Betrug	26.371	24.734	24.493	23.381	80,6	83,3	81,4	79,7

Reduzierung der Verkehrsunfälle mit Verletzten und getöteten Personen konsequente Verfolgung von Verkehrsdelikten, hier Alkohol im Straßenverkehr § 316 StGB § 24 a I StVG konsequente Verfolgung von Verkehrsdelikten, hier Drogen § 24a -2- StVG Konsequente Verfolgung von Geschwindigkeitsverstößen Gesamtzahl der angezeigten Ordnungswidrigkeiten	Verkehrsunfälle mit Verletzten 2004 2005 2006 2007 16.480 16.515 15.600 16.232
	Verkehrsunfälle mit Getöteten 2004 2005 2006 2007 210 151 172 158
	Anzahl der festgestellten Delikte 2004 2005 2006 2007
	4.306 3.474 3.400 3.305 2.738 1.806 1.371 1.399
	2.203 2.855 2.351 2.644
	508.473 501.327 367.410 491.769
683.508 670.006 458.410 629.216	
Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls durch polizeiliche Präsenz und schnelle Hilfeleistung in Gefahrenfällen	Reaktionszeiten – Tag –ⁱ Soforteinsätze: Eintreffen bis 10 min nach Alarmierung 2005 2006 2007 81,49% 82,52% 84,34% Reaktionszeiten – Nacht –ⁱⁱ Soforteinsätze: Eintreffen bis 10 min nach Alarmierung 2005 2006 2007 80,96% 83,19% 85,92%

<p>Besondere Projekte:</p> <p>Stufenweise Umsetzung des Bootkonzeptes bis zum Jahr 2013</p> <p>Schiffskontrollen WSP-SH 2004 – 2007 Kontrollen See- u. Binnenschiffe</p> <p>Einführung des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben und paralleler Aufbau von vier Regionalleitstellen (Von Bund und allen Bundesländern gemeinschaftlich durchgeführtes Projekt)</p> <p>Optimierung von Führungsprozessen durch systematische Nutzung der Instrumente Zielvereinbarung und Controlling</p> <p>Kontinuierliche Verbesserung zur Optimierung des Ressourceneinsatzes</p>	<p>Ist-Ausgaben Geplante Ausgaben</p> <p>2007: 5.714,4 T € 2008: 5.858,5 T €</p> <p style="padding-left: 150px;">2009: 4.833,2 T € 2010: 4.527,0 T €</p> <p style="text-align: center;">Kontrollen</p> <table border="1" style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <thead> <tr> <th>2004</th> <th>2005</th> <th>2006</th> <th>2007</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>3.643</td> <td>4.194</td> <td>3.850</td> <td>4.059</td> </tr> </tbody> </table> <p>Ist-Ausgaben Geplante Ausgaben</p> <p>2007: 908,5 T € 2008: 15.068,0 T €</p> <p style="padding-left: 150px;">2009: 42.816,6 T € 2010: 34.850,9 T €</p>	2004	2005	2006	2007	3.643	4.194	3.850	4.059	<p style="text-align: center;">Festgestellte Verstößeⁱⁱⁱ</p> <table border="1" style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <thead> <tr> <th>2004</th> <th>2005</th> <th>2006</th> <th>2007</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>5.260</td> <td>5.161</td> <td>3.902</td> <td>3.528</td> </tr> </tbody> </table> <p>Aufbau eines effektiven und institutionalisierten Controlling mit einem dazugehörigen Berichtswesen</p> <p>Prüfung und Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen der Strategie 2012</p>	2004	2005	2006	2007	5.260	5.161	3.902	3.528
2004	2005	2006	2007															
3.643	4.194	3.850	4.059															
2004	2005	2006	2007															
5.260	5.161	3.902	3.528															

<p>Schutz vor Kriminalität durch flächendeckende Präsenz</p>	<p>Gesamtzahl der Beschäftigten*:</p> <p>2004 = 8.135 2005 = 8.114 2006 = 8.179 2007 = 8.204</p> <p>Planstellen und Stellen der Haushaltsjahre 2004 bis 2007 im Kapitel 0410 - Polizei - incl. Stellen für Auszubildende.</p> <p>Die Steigerung ist zu begründen durch: Übernahme von Planstellen und Stellen vom Amt für Katastrophenschutz sowie Stellen (künftig wegfallend) zur Übernahme von im Überhang ausgebildeten Nachwuchskräften.</p>	<p>Systemtische Lageauswertung und lageangepasster Ressourceneinsatz</p>
<p>Kriminalitätsbekämpfung</p>		<p>Optimierung der Leistungserstellung bei weiterhin hoher Qualität durch das Konzept „Qualitätsoffensive im Strafverfahren“</p> <p>Sukzessive Einführung eines Qualitätsmanagements (QM) und Nutzung der QM-Methoden</p>
<p>Reduzierung der Verkehrsunfälle mit verletzten und getöteten Personen</p> <p>konsequente Verfolgung von Verkehrsdelikten, hier Alkohol im Straßenverkehr § 316 StGB, § 24 a I StVG</p> <p>konsequente Verfolgung von Verkehrsdelikten, hier Drogen § 24a -2- StVG</p>		<p>Durchführung von Schwerpunkt-kontrollen Alkohol</p> <p>Durchführung von Schwerpunkt-kontrollen Drogen Fortbildung von Beschäftigten „Drogenerkennung im Straßenverkehr“</p>
<p>Externe Zielgruppen</p>	<p>Bürgerinnen und Bürger Kommunen, Ämter und Kreise Staatsanwaltschaften und Gerichte Sonstige andere Stellen der Verwaltung und der Wirtschaft</p>	
<p>Vereinbarungszeitraum</p>	<p>2009/2010</p>	
<p>Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt</p>	<p>Einzelplan: 04 Kapitel: 0410</p>	

Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Insbesondere: <ul style="list-style-type: none">▪ Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz i. d. F. der Bekanntmachung vom 2. 6. 1992 (GVOBl. S. 243; ber. S. 534), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. 4. 2007 (GVOBl. S. 234)▪ Strafprozessordnung (StPO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 7. 4. 1987 (BGBl. I S. 1074; 1319), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. 7. 2007 (BGBl. I S. 1327)▪ Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 19. 2. 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. 8. 2007 (BGBl. I S. 1786)
Zeitplan / Meilensteine	Umsetzung des systematischen Zielvereinbarungsverfahrens ab 2009 Schaffung eines effektiven Controllings und Berichtswesens bis Ende 2009 Erstellung eines Konzeptes zur Verbesserung des optimierten Ressourceneinsatzes bis 2009 Einführung des Digitalfunks bis 2010 Umsetzung des Bootkonzeptes bis 2013
Berichtswesen	Jahresberichte Verkehrssicherheitslage und Polizeiliche Kriminalstatistik, darüber hinaus Controllingberichte

ⁱ hier dargestellt für die PD Neumünster

ⁱⁱ hier dargestellt für die PD Neumünster

ⁱⁱⁱ Ordnungswidrigkeiten/Regelwidrigkeiten nach dem Seeschiffahrtsrecht/Umweltschutzrecht/Binnenschiffahrtsrecht

Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Wirtschaftlichkeit / Kosten (in Mio. €)				Fachliche Zielerreichung			
	2007* (Ist)	2008 (Plan)	2009 (Plan)	2010 (Plan)	2007	2008	2009	2010
Kreditvolumen inkl. Bundesmittel:					Programmzielerfüllung innerhalb der Kontingente (Mengen und Bewilligungshöhe) in % auf das Gesamtergebnis sowie in % bezogen auf das Einzelergebnis.			
I. Mietwohnungsbau (MW)	Bewilligungsvolumen jährlich 75,0 Mio. € aus der Zweckrücklage Wohnraumförderung bei der IB SH (Landesmittel, nicht HH-wirksam) und 12,62 Mio. € Bundesmittel.							
a) Neubau					57,2			1.016 WE (120%)
b) Bestand	<u>3,6</u>			<u>109 WE (20%)</u>	<u>3,6 Mio. € (34%)</u>			
Summe MW	60,8			1.125 WE (81%)	60,8 Mio. € (142%)			
II. Eigentum (ET)								
a) Neubau	33,4			607 WE (67%)	33,4 Mio. € (63%)			
b) Bestandserwerb	29,0			<u>525 WE (94%)</u>	<u>29,0 Mio. € (85%)</u>			
c) Baulandförderg.	<u>0,0</u>							
Summe ET	62,4			1.132 WE (78%)	62,4 Mio. € (47%)			
	<ul style="list-style-type: none"> • Verwaltungskosten 0,5 % der Darlehenssumme, getragen vom Fördermittel- bzw. Darlehensempfangenden (Abwicklung über IB) 							
	* Erhöhtes Programm 2007 nach Mittelumschichtung							
Externe Zielgruppen	Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind.							
Vereinbarungszeitraum	2009 / 2010							
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 0416 Die Finanzierung der Programme erfolgt aus der Zweckrücklage Wohnraumförderung bei der IB SH.							
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Wohnraumförderungsgesetz, Kabinettsbeschluss für das jeweilige Programmjahr, Investitionsbankgesetz, Föderalismusreformbegleitgesetz							
Zeitplan / Meilensteine								
Berichtswesen	Wohnraumförderungsgesetz, Kabinettsbeschluss für das jeweilige Programmjahr, Investitionsbankgesetz, Föderalismusreformbegleitgesetz							

Zusätzliche Erläuterungen

für den
Aufgabenbereich: Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen
hier: **Städtebauförderung**

Globale Zielbeschreibung und Unterziele	Ziel ist die Stärkung der Städte – insbesondere der Ober-, Mittel- und Untertentren des Landes. Sie sollen als attraktive, zukunftsfähige Wohn- und Wirtschaftsstandorte und als Versorgungszentren auch für die Region weiterentwickelt werden.							
Kennzahlen/Indikatoren für								
Ausgewählte Maßnahmen/ Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Mengen (Mindestanzahl der Fördergebiete)				Qualitäten / Bürgerorientierung			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Städtebauförderung (Bund-Länder-Programme)					Die Messung der Beteiligungsverfahren und -veranstaltungen im Zusammenhang mit Städtebauförderungsmaßnahmen, bei denen in geeignetem Zusammenhang durch Befragungen von Bürgerinnen und Bürgern auch die „Kundenzufriedenheit“ ermittelt werden kann, ist künftig geplant.			
1. Sanierung und Entwicklung	6	9	8	6				
2. Soziale Stadt	8	9	9	9				
3. Stadtumbau	10	9	10	10				
4. Aktive Stadt- und Ortsteilzentren	-	2	4	5				
5. Städtebaulicher Denkmalschutz	-	-	..	3				
Ausgewählte Maßnahmen/Kennzahlen zur Darstellung der Zielerreichung	Wirtschaftlichkeit / Kosten (Verwaltungskosten je 1000 € Zuwendungsbetrag)				Fachliche Zielerreichung			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Städtebauförderung (Bund-Länder-Programme)					Ländervergleichskennzahl: Einsatz von mindestens 90% der Fördermittel in OZ, MZ und UZ			
1. Sanierung und Entwicklung	9,84	9,31	11,37	9,18	100 %	100 %	100 %	100 %
2. Soziale Stadt	10,02	9,09	11,11	9,26	100 %	100 %	100 %	100 %
3. Stadtumbau	9,79	9,64	11,32	9,01	96 %	92 %	95 %	95 %
4. Aktive Stadt- und Ortsteilzentren	-	10,22	10,85	9,33	-	100 %	100 %	100 %
5. Städtebaulicher Denkmalschutz	-	-	-	8,95	-	-	-	100 %

Externe Zielgruppen	Städte, insbesondere Ober-, Mittel- und Unterezentren, Bürgerinnen und Bürger der geförderten Städte und ihrer Umlandgemeinden / Region
Vereinbarungszeitraum	2009 / 2010
Position der Zielvereinbarung im Landeshaushalt	Einzelplan: 04 Kapitel: 0416
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Artikel 104 b GG, Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung, Besonderes Städtebaurecht (zweites Kapitel des BauGB), Städtebauförderungsrichtlinien 2005 und die Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO
Zeitplan / Meilensteine	Jahresprogramme, die inhaltlich jährlich durch Kabinettsbeschluss bestimmt werden.
Berichtswesen	Jährliche Sachstands- und Ergebnisberichte der geförderten Gemeinden

Stellenplan Stellenübersichten

	Seite
Kap. 04 01 Ministerium	174
Kap. 04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter	182
Kap. 04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens	189
Kap. 04 07 Ausländer- und Migrationsangelegenheiten	191
Kap. 04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz	192
Abschluss Stellenpläne und -übersichten	203
Hebungen 2009	205
Hebungen 2010	206
Umwandlungen 2009	207
Umwandlungen 2010	208

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen
--

		Stellenanzahl			Vom Soll 2008 waren am 01.02.2008 besetzt mit	
		2008	2009	2010	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01						
Bedarf an Beamtinnen und Beamten						
FESTE GEHÄLTER						
<i>Bes.Gruppe</i>						
Planmäßige Beamtinnen und Beamte						
B10	Staatssekretäre/-innen	1	1	1		
B7	Ministerialdirigenten/-innen	1	1	1		
B5	Ministerialdirigenten/-innen	4	4	4		
B2	Ministerialräte/-innen	7	7	7		
Summe [Planmäßige Beamtinnen und Beamte]:		13	13	13	0	0
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER						
<i>Bes.Gruppe</i>						
Planmäßige Beamtinnen und Beamte						
A16	Ministerialräte/-innen	17	19	19		1
A15	Regierungsdirektoren/-innen, Regierungsbauinspektoren/-innen, Branddirektoren/-innen, Regierungsvermessungsdirektoren/-innen, Regierungsvolkswirtschaftsdirektoren/-innen	22	20	20		2
A14	Oberregierungsräte/-innen, Oberregierungsbauräte/-innen, Oberbrandräte/-innen, Oberregierungsvolkswirtschaftsräte/-innen, Oberregierungsvermessungsräte/-innen	10	11	11		
A13 hD	Regierungsräte/-innen, Regierungsvolkswirtschaftsräte/-innen, Regierungsvermessungsräte/-innen, Brandräte/-innen	3	3	3		
A13 gD	Oberamtsräte/-innen	55	59 ²⁾	59 ²⁾		2
A13 gD	Erste Polizeihauptkommissare/-innen, Erste Kriminalhauptkommissare/-innen	0	1	1		
A12	Amtsräte/-innen	50	49	49		
A11	Regierungsamtmänner/-frauen, Regierungsvermessungsamtmänner/-frauen, Regierungsbrandamtmänner/-frauen, Regierungsbauamtmänner/-frauen, Bibliotheksamtmänner/-frauen	52	49	49	2	1
A10	Regierungsoberinspektoren/-innen, Regierungsoberbauinspektoren/-innen, Regierungsoberbrandinspektoren/-innen, Regierungsvermessungsoberinspektoren/-innen, Bibliotheksoberinspektoren/-innen	8	9	9	1	1
A9 gD	Regierungsinspektoren/-innen	5	5	5		
A9 mD	Amtsinspektoren/-innen	21	21 ¹⁾	21 ¹⁾		
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	16	22	22		
A7	Regierungsobersekretäre/-innen	1	0	0		

04 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A6 eD	Oberamtsmeister/-innen	1	1	1		
Summe [Planmäßige Beamtinnen und Beamte]:		261	269	269	3	7
Verfügungsstellen für den Austausch von Beamtinnen und Beamten						
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	0	0		
A13 hD	Regierungsräte/-innen	1	0	0		
Summe [Verfügungsstellen für den Austausch von Beamtinnen und Beamten]:		2	0	0	0	0
Summe :		276	282	282	3	7

- 1) 6 Planstellen sind mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 3 zu BesGr. A 9 BBesO. ausgestattet.
- 2) 1 Stellen der Bes.Gr. A13 g.D. sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.Gr. A 13 g.D. BBesO ausgestattet

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A13 gD		für ein freigestelltes Personalratmitglied	(aus HH 1992)
10 Stellen	A11	am 31.12.2011	Im Zusammenhang mit der Einführung einer Anti-Terror-Datei	(aus HH 2007/2008)
6 Stellen	A8	am 31.12.2011	Im Zusammenhang mit der Einführung einer Anti-Terror-Datei	(aus HH 2009/2010)

Planstellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle	B2	in A16	Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers (Umwandlung in Zusammenhang mit dem PKEK)	(aus HH 2009/2010)
1 Stelle	A6 eD	in VIII	jeweils mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber (ehemals 2)	(aus HH 2001)

Vermerke:

1 Stelle	A11	darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
1 Stelle	A10	darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)

Nachrichtlich:

Freistellung einer Verwaltungskraft für Tätigkeiten an der Verwaltungsfachhochschule Altenholz gemäß § 17 Abs. 4 HG 2003:

- die Planstelle ist im Stellenplan enthalten -

		2008	2009	2010
-	Fachbereich Allgemeine Verwaltung			
-	A 15 höherer Dienst	1	1	1
	<i>Summe zu -</i>	1	1	1
Zusammen		1	1	1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2009													
Planmäßige Beamtinnen und Beamte													
1	A16							2				+2	Hebung aus A 15 - strukturelle Verbesserung
2	A15		1									-2	Realisierung eines kw-Vermerkes
3						1							Umwandlung aus EG 15 gem. § 12 c Abs. 3 Haushaltsgesetz 2007/2008
4									2				Hebung nach A 16 - strukturelle Verbesserung
5	A14					1						+1	Umwandlung aus EG 14 gem. § 12 c Abs. 3 Haushaltsgesetz 2007/2008
6	A13 gD		1									+4	Realisierung eines kw-Vermerkes
7				1									Übertragung von 0410-422 01 wegen Aufgabenübergang (Haushalt)
8								4					Hebung von A12 (Bereinigung des Stellenplans)
9	A13 gD			1								+1	Übertragung von 0410-422 01 wegen Aufgabenübergang (Disziplinarangelgenheiten)
10	A12			1								-1	von 0405-422 01
11								2					Hebung von A11 (Bereinigung des Stellenplans)
12									4				Hebung nach A13 gD (Bereinigung des Stellenplans)
13	A11		1									-3	Einsparung im Zusammenhang mit dem PKEK 2010 - für strukturelle Verbesserungen
14									2				Hebung nach A12 (Bereinigung des Stellenplans)
15	A10			1								+1	Übertragung von 0410-422 01 wegen Aufgabenübergang (Haushalt)
16	A8	6										+6	Bedarf im Zusammenhang mit dem Betrieb der Anti-Terror-Datei
17	A7		1									-1	Einsparung im Zusammenhang mit dem PKEK 2010 - für strukturelle Verbesserungen
Verfügungsstellen für den Austausch von Beamtinnen und Beamten													
18	A14		1									-1	Einsparung im Zusammenhang mit dem PKEK 2010
19	A13 hD		1									-1	Einsparung im Zusammenhang mit dem PKEK 2010
Summe:		6	6	4		2		8	8			+6	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

6 Stellen A8 am 31.12.2011 Im Zusammenhang mit der Einführung einer Anti-Terror-Datei (aus HH 2009/2010)

Planstellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle B2 in A16 Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers (aus HH 2009/2010)
(Umwandlung in Zusammenhang mit dem PKEK)

geänderte Vermerke

Planstellen künftig wegfallend:

10 Stellen A11 am 31.12.2011 Im Zusammenhang mit der Einführung einer Anti-Terror-Datei (aus HH 2007/2008)

04 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

weggefallene Vermerke:

Vermerke:

1 Stelle A11 darf nur zur Hälfte besetzt werden - aus Haushalt 1997 - vgl. Tit. 0901 - 422 01 zu BesGr. A (aus HH 1997)
11 (bis zum Haushalt 2000 bei 1601)

	Stellenanzahl		
	2008	2009	2010
428 01			
<i>Entgeltgruppe</i>			
AT B5	1	1	1
E15	5	4	4
E14	1	0	0
E13	9	9	9
E12	1	7	7
E11	15	10	10
E10	11	11	11
E9	6	5	5
E8	16	16	16
E7	2	2	2
E6	21	19	19
E5	33	30	30
E3	9	7	7
E2	1	1	1
Summe :	131	122	122

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E15 (aus HH 2004/2005)
1 Stelle E3 darf nur mit einer oder einem Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2004/2005)

Vermerke:

1 Stelle E6 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)
1 Stelle E5 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2009													
1	E15						1					-1	Umwandlung in BesGr. A15 gem. § 12 c Abs. 3 Haushaltsgesetz 2007/2008
2	E14						1					-1	Umwandlung in BesGr. A14 gem. § 12 c Abs. 3 Haushaltsgesetz 2007/2008
3	E12							3				+6	Hebungen von E 11 - strukturelle Verbesserungen
4								3					Hebung von E 11 (Bereinigung des Stellenplans)
5	E11			1								-5	von 0501 - 428 01 gem. § 50 Abs. 1 LHO
6				1									Übertragung von 0410-428 01 wegen Aufgabenübergang (Haushalt)
7					1								gem. § 50 Abs. 1 LHO nach 0601-428 01
8									3				Hebungen nach E 12 - strukturelle Verbesserungen
9									3				Hebung nach E 12 (Bereinigung des Stellenplans)
10	E9		1									-1	Einsparung im Zusammenhang mit dem PKEK 2010
11	E6		2									-2	Einsparung im Zusammenhang mit dem PKEK 2010
12	E5		3									-3	Einsparung im Zusammenhang mit dem PKEK 2010
13	E3		2									-2	Einsparung im Zusammenhang mit dem PKEK 2010
Summe:			8	2	1		2	6	6			-9	

Stellenanzahl

Vom Soll 2008 waren am 01.02.2008 besetzt mit

2008 2009 2010 beamteten Hilfskräften Arbeitnehmern

422 62 (62)

Zur Einstellung von Nachwuchskräften

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

A13 hD	Regierungsräte/-innen	17	17	17		
Anw. gD	Regierungsinspektoranwärter/-innen	0	20	30		
Anw. mD	Anwärter/-innen mittlerer Dienst	0	16	30		
Summe :		17	53	77	0	0

04 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2009													
1	Anw. gD		5									+20	Bereinigung des Stellenplans
2						15							Umwandlung aus Stellen Auszub. gD
3						10							Umwandlung aus Stellen Auszubild. gD gem. § 12 c Abs. 3 Haushaltsgesetz 2007/2008
4	Anw. mD		4									+16	Bereinigung des Stellenplans
5						20							Umwandlung aus Stellen Auszubild.
Summe:			9			45						+36	
Veränderungen in 2010													
6	Anw. gD		5									+10	Bereinigung des Stellenplans
7						15							Umwandlung aus Stellen Auszub. gD
8	Anw. mD					14						+14	Umwandlung aus Stellen Auszubild.
Summe:			5			29						+24	

Stellenanzahl

2008 **2009** **2010**

428 62 (62)

Entgeltgruppe

Auszub. gD

90 **23** **8**

Auszu-bild.

66 **41** **26**

Summe :

156 **64** **34**

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2009													
1	Auszub. gD		42				15					-67	Bereinigung des Stellenplans
2							10						Umwandlung in Stellen Anw. gD
3													Umwandlung in Stellen Anw. gD gem. § 12 c Abs. 3 Haushaltsgesetz 2007/2008
4	Auszubild.		5									-25	Bereinigung des Stellenplans
5							20						Umwandlung in Stellen Anw. mD
Summe:			47				45					-92	
Veränderungen in 2010													
6	Auszub. gD						15					-15	Umwandlung in Stellen Anw. gD
7	Auszubild.		1									-15	Bereinigung des Stellenplans
8							14						Umwandlung in Stellen Anw. mD
Summe:			1				29					-30	

	Stellenanzahl		
	2008	2009	2010
428 63 (63)			
<i>Entgeltgruppe</i>			
Cheffahrer	31	29	29
PKW-Fahrer	16	13	13
Summe :	47	42	42

Vermerke:

(aus HH 2007/2008)

Stellen gesperrt:

6 Stellen Cheffahrer dürfen nur bei begründetem Bedarf mit Zustimmung des Finanzministeriums besetzt werden. (aus HH 2007/2008)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2009													
1	Cheffahrer		2									-2	Einsparung im Zusammenhang mit dem PKEK 2010
2	PKW-Fahrer		3									-3	Einsparung im Zusammenhang mit dem PKEK 2010
Summe:			5									-5	

geänderte Vermerke

Stellen gesperrt:

04 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen
--

6 Stellen Cheffah- dürfen nur bei begründetem Bedarf mit Zustimmung des Finanzministeriums besetzt werden. (aus HH 2007/2008)
rer

weggefallene Vermerke:

Stellen gesperrt:

3 Stellen PKW- dürfen nur bei begründetem Bedarf mit Zustimmung des Finanzministeriums besetzt werden. (aus HH 2007/2008)
Fahrer

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl			Vom Soll 2008 waren am 01.02.2008 besetzt mit	
		2008	2009	2010	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01						
Bedarf an Beamtinnen und Beamten						
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER						
<i>Bes.Gruppe</i>						
Katasterämter						
A16	Leitende Regierungsvermessungsdirektoren/-innen	2	2	2		
A15	Regierungsvermessungsdirektoren/-innen	8	7	7		
A14	Oberregierungsvermessungsräte/-innen	7	7	7		
A13 hD	Regierungsvermessungsräte/-innen	1	1	1		
A13 gD	Oberamtsräte/-innen	11	11	11		
A12	Amtsräte/-innen	22	22	22		
A11	Regierungsvermessungsamtänner/-frauen, Regierungskartographenamänner/-frauen	19	20	20		
A10	Regierungsvermessungsoberinspektoren/-innen, Regierungskartographenoberinspektoren/-innen	1	1	1		
A9 mD	Amtsinspektoren/-innen	7	16 ¹⁾	16 ¹⁾		
A8	Regierungsvermessungshauptsekretäre/-innen, Regierungskartographenhauptsekretäre/-innen	14	5	5		
A7	Regierungsvermessungsobersekretär/-innen, Regierungskartographenobersekretäre/-innen	0	0	0		
Summe [Katasterämter]:		92	92	92	0	0
Summe :		92	92	92	0	0

1) 2 Stellen mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 3 zu BesGr. A 9 BBesO. ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A15	am 31.08.2011	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2007/2008)
1 Stelle	A13 gD	am 31.12.2008	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/ Stellen)	(aus HH 2006)
1 Stelle	A13 gD	am 30.09.2012	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2007/2008)
1 Stelle	A13 gD	am 30.09.2010	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2003)
1 Stelle	A12	am 30.09.2015	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2007/2008)
1 Stelle	A12	am 31.10.2015	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2007/2008)
1 Stelle	A12	am 30.04.2010	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2007/2008)
1 Stelle	A11	am 31.12.2008	Neuorganisation der Katasterverwaltung (Einsparung von 66 Planstellen/ Stellen)	(aus HH 2006)

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle	A8	am 31.08.2014	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2007/2008)
1 Stelle	A8	am 31.05.2018	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen der Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2009/2010)
1 Stelle	A8	am 31.03.2012	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2003)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2009													
Katasterämter													
1	A15		1									-1	Realisierung eines kw-Vermerkes (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)
2	A11		1									+1	Realisierung eines kw-Vermerkes (Altersteilzeit)
3			1										Realisierung eines kw-Vermerkes (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)
4						3							von E 11 - Anpassung an den tatsächlichen Bedarf
5	A9 mD							6				+9	Hebung von A 8 - strukturelle Verbesserung
6								3					Hebung von A8 (Bereinigung des Stellenplans)
7	A8									6		-9	Hebung nach A 9 mD - strukturelle Verbesserung
8										3			Hebung nach A9 mD (Bereinigung des Stellenplans)
Summe:			3			3		9	9			0	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A8	am 31.05.2018	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen der Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2009/2010)
----------	----	---------------	--	--------------------

weggefallene Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A11	am 31.08.2013	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers wegen Inanspruchnahme der Altersteilzeit	(aus HH 2007/2008)
----------	-----	---------------	--	--------------------

Stellenanzahl

2008 2009 2010

428 01

Entgeltgruppe

Katasterämter

E12	14	14	14
E11	44	41	41
E10	10	6	6
E9	2	2	2
E8	99	102	102
E6	170	169	169
E5	90	65	63
E3	5	0	0

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Auszu- bild.	50	36	36
Summe [Katasterämter]:	484	435	433
Summe :	484	435	433

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E12	für ein freigestelltes Personalratsmitglied	(aus HH 1990)
9 Stellen	E5	am 30.06.2011 gem. § 12 b Nr. 2 HHG 2007/2008 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers	(aus HH 2009/2010)

Vermerke:

2 Stellen	E9	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
1 Stelle	E6	darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
1 Stelle	E5	darf nur mit einem oder einer Schwerbehinderten besetzt werden (besondere Überleitung nach dem TVÜ-L; ursprünglich aus dem HH 2001)	(aus HH 2007/2008)

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2009													
Katasterämter													
1	E11						3					-3	nach A 11 - Anpassung an den tatsächliche Bedarf
2	E10		4									-4	Realisierung von kw-Vermerken (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)
3	E8							3				+3	Hebung von E 6 (Bereinigung des Stellenplans)
4	E6							2				-1	Hebung von E 5 (Bereinigung des Stellenplans)
5									3				Hebung nach E 8 (Bereinigung des Stellenplans)
6	E5	9										-25	gem. § 12 b Nr. 2 HHG 2007/2008 - Übernahme Nachwuchskräfte
7		11											gem. § 12 b Nr. 2 HHG 2007/2008 - Übernahme Nachwuchskräfte
8			3										Realisierung von kw-Vermerken (§ 12 b Nr. 2 HG 2004/2005)
9			9										Realisierung von kw-Vermerken (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)
10			11										Realisierung von kw-Vermerken (§ 12b Nr. 2 HHG 2006)
11			2										weitergehende Einsparungen in 2009 und 2010
12			9										Realisierung von kw-Vermerken (§ 12 b Nr. 2 HHG 2007/2008)
13			7										Einsparung im Zusammenhang mit dem PKEK 2010
14			2										Realisierung von kw-Vermerken (§12 b Nr. 2 HHG 2007/2008)
15									2				Hebung nach E 6 (Bereinigung des Stellenplans)
16	E3		5									-5	Realisierung von kw-Vermerken (Einsparung von 66 Planstellen/Stellen)
17	Auszubild.		14									-14	Bereinigung des Stellenplans
Summe:		20	66				3	5	5			-49	
Veränderungen in 2010													
Katasterämter													
18	E5		2									-2	weitergehende Einsparungen in 2009 und 2010
Summe:			2									-2	

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

9 Stellen E5 am 30.06.2011 gem. § 12 b Nr. 2 HHG 2007/2008 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers (aus HH 2009/2010)

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl			Vom Soll 2008 waren am 01.02.2008 besetzt mit	
		2008	2009	2010	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 61	(61)					
FESTE GEHÄLTER						
<i>Bes. Gruppe</i>						
B3	Direktor/-in des Landesvermessungsamtes	1	1	1		
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER						
<i>Bes. Gruppe</i>						
A16	Leitende Regierungsvermessungsdirektoren/-innen	1	1	1		
A15	Regierungsvermessungsdirektoren/-innen	3	3	3		
A14	Oberregierungsvermessungsräte/-innen	5	5	4		
A13 hD	Regierungsvermessungsräte/-innen	0	0	1		
A13 gD	Oberamtsräte/-innen	5	5	5		
A12	Amtsräte/-innen	7	7	7		
A11	Regierungsvermessungsamt-männer/-frauen, Regierungskartographenamt-männer/-frauen, Regierungsamt-männer/-frauen	11	11	11		5
A10	Regierungsvermessungsoberinspektoren/-innen, Regierungskartographenoberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	1	1	1		
A9 mD	Amtsinspektoren/-innen	2	2	2		
A8	Regierungsvermessungshauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	1	1	1		
A7	Regierungsvermessungsobersekretär/-innen, Regierungsobersekretäre/-innen	3	0	0		
Anw. hD	Regierungsvermessungsreferendare/-innen	6	6	6		
Anw. gD	Regierungsvermessungsoberinspektoranwärter/-innen, Regierungskartographenoberinspektoranwärter/-innen	6	0	0		
Summe :		52	43	43	0	5

04 03 Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2009													
1	A7		3									-3	Einsparung im Zusammenhang mit dem PKEK 2010
2	Anw. gD		6									-6	Bereinigung des Stellenplans
Summe:			9									-9	
Veränderungen in 2010													
3	A14										1	-1	Umwandlung nach A 13 hD mit Ablauf des 31.01.2009 - Realisierung eines ku-Vermerkes
4	A13 hD									1		+1	Umwandlung aus A 14 mit Ablauf des 31.01.2009 - Realisierung eines ku-Vermerkes
Summe:										1	1	0	

Stellenanzahl

2008 2009 2010

428 61 (61)

Entgeltgruppe

E12	9	13	13
E11	21	21	21
E10	11	5	5
E8	27	33	33
E7	2	2	2
E6	28	19	19
E5	26	19	19
E4	0	0	0
E3	4	0	0
Auszubild.	4	4	4
Summe :	132	116	116

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2009													
1	E12							4				+4	Hebung von E 11 (Bereinigung des Stellenplans)
2	E11		1									0	Einsparung im Zusammenhang mit dem PKEK 2010
3								5					Hebung von E 10 (Bereinigung des Stellenplans)
4									4				Hebung nach E 12 (Bereinigung des Stellenplans)
5	E10		1									-6	Einsparung im Zusammenhang mit dem PKEK 2010

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
6									5				Hebung nach E 11 (Bereinigung des Stellenplans)
7	E8							6				+6	Hebung von E 6 (Bereinigung des Stellenplans)
8	E6		3									-9	Einsparung im Zusammenhang mit dem PKEK 2010
9									6				Hebung nach E 8 (Bereinigung des Stellenplans)
10	E5		7									-7	Einsparung im Zusammenhang mit dem PKEK 2010
11	E3		4									-4	Einsparung im Zusammenhang mit dem PKEK 2010
Summe:			16					15	15			-16	

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl			Vom Soll 2008 waren am 01.02.2008 besetzt mit	
	2008	2009	2010	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern
422 01	Bedarf an Beamtinnen und Beamten				
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
A15	Branddirektoren/-innen	1	1	1	1
A13 gD	Oberamtsräte/-innen	1	1	1	
A12	Amtsräte/-innen	4	3	3	2
A11	Regierungsbrandamtmänner/-frauen	3	4	4	
A10	Regierungsoberbrandinspektoren/-innen	1	1	1	
A9 mD	Hauptbrandmeister/-innen	2	2	2	1
Summe :		12	12	12	4

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2009													
1	A12				1							-1	nach 0401-422 01
2	A11					1						+1	Umwandlung in EG 11 gem. § 12 c Abs. 3 Haushaltsgesetz 2007/2008
Summe:					1	1						0	

	Stellenanzahl			
	2008	2009	2010	
422 03	Bedarf an Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst			
<i>Bes.Gruppe</i>				
Anw. hD	Brandreferendare/-innen	1	1	1
Anw. gD	Regierungsoberbrandinspektoranwärter/-innen	2	2	2
Summe :		3	3	3

	Stellenanzahl		
	2008	2009	2010
428 01	<i>Entgeltgruppe</i>		
E12	1	1	1
E11	5	5	5
E8	4	3	3
E6	4	4	4
E5	7	6	6

04 05 Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E4	4	4	4
Summe :	25	23	23

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2009													
1	E11						1					0	Umwandlung in BesGr. A 11 gem. § 12 c Abs. 3 Haushaltsgesetz 2007/2008
2								1					Hebung von E 8 (Bereinigung des Stellenplans)
3	E8									1			-1 Hebung nach E 11 (Bereinigung des Stellenplans)
4	E5		1										-1 Einsparung im Zusammenhang mit dem PKEK 2010
Summe:			1				1	1	1			-2	

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl			Vom Soll 2008 waren am 01.02.2008 besetzt mit	
		2008	2009	2010	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01	Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
	FESTE GEHÄLTER					
	<i>Bes.Gruppe</i>					
B3	Landespolizeidirektor/-in, Direktor/ -in des Landeskriminalamtes	2	2	2		
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
	<i>Bes.Gruppe</i>					
A16	Leitende Regierungsmedizinaldi- rektoren/-innen	1	1	1		
A16	Leitende Polizeidirektoren/-innen, Leitende Kriminaldirektoren/-innen	10	12	12		
A15	Regierungsdirektoren/-innen	2	2	2		
A15	Regierungsmedizinaldirektoren/- innen	4	5	5		
A15	Wissenschaftliche Direktoren/- innen	1	2	3		
A15	Polizeischulrektoren/-innen	1	1	1		
A15	Polizeidirektoren/-innen, Kriminal- direktoren/-innen	32	30	30		
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	1	1		
A14	Polizeischulkonrektoren/-innen	1	1	1		
A14	Wissenschaftliche Oberräte/-innen	6	8	7		
A14	Polizeioberräte/-innen, Kriminal- oberräte/-innen	29	33	33		
A13 hD	Regierungsräte/-innen	3	3	3		
A13 hD	Wissenschaftliche Räte/-innen	0	0	0		
A13 hD	Polizeiräte/-innen, Kriminalräte/- innen	23	19	19		
A13 gD	Oberamtsräte/-innen	9	9	9		
A13 gD	Polizeischuloberlehrer/-innen	6	6	6		
A13 gD	Erste Kriminalhauptkommissare/- innen	48	51	55		
A13 gD	Erste Polizeihauptkommissare/- innen	78	82	88		
A12	Amtsräte/-innen	10	11	11		
A12	Kriminalhauptkommissare/-innen	107	111	114		
A12	Polizeihauptkommissare/-innen	161	165	172		
A11	Regierungsamtmänner/-frauen	14	14	14		
A11	Kriminalhauptkommissare/-innen	239	242	248		
A11	Polizeihauptkommissare/-innen	453	461	465		
A11	Verwaltungsamtmänner/-frauen	1	1	1		
A10	Regierungsoberinspektoren/- innen	17	16	16		
A10	Verwaltungsoberinspektoren/- innen	3	3	3		
A10	Kriminaloberkommissare/-innen	374	364	351		
A10	Polizeioberkommissare/-innen	1.365	1.397 ¹⁾	1.430 ¹⁾		
A9 gD	Regierungsinspektoren/-innen	8	8	8		
A9 gD	Kriminalkommissare/-innen	269	279	279		
A9 gD	Polizeikommissare/-innen	659	645	645		
A9 mD	Amtsinspektoren/-innen	49	51 ²⁾	51 ²⁾		
A9 mD	Polizeihauptmeister/-innen	1.528	1.493	1.443		
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	11	9	6		

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A8	Polizeiobermeister/-innen	808	798	798	
A8	Verwaltungshauptsekretäre/-innen	0	0	0	
A7	Polizeimeister/-innen	352	354	356	
A7	Regierungsoberssekretäre/-innen, Regierungsfischereioberssekretäre/-innen	0	2	0	
Summe :		6.685	6.692	6.689	0 0

- 1) -
- 2) -

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A16	künftig wegfallend gem. § 12 a Abs. 2 HG 2006	(aus HH 2007/2008)
1 Stelle	A13 hD	künftig wegfallend gem. § 12 a Abs. 2 HG 2006	(aus HH 2007/2008)
1 Stelle	A13 gD	(EPHK) für freigestelltes Personalratsmitglied (HG 2007/2008)	(aus HH 2009/2010)
2 Stellen	A10	(POK) für freigestellte Personalratsmitglieder (HG 2007/2008)	(aus HH 2009/2010)

Dienstwohnungen:

2009 2010

0 0 Beamtinnen, Beamte des ländlichen Dienstes BesGr. A 7 bis A 9

Nachrichtlich:

Freistellung von Polizeivollzugsbeamten/-innen für Tätigkeiten an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Altenholz gemäß § 17 Abs. 3 Haushaltsstrukturgesetz 2006:

	2008	2009	2010
1. Fachbereich Polizei			
1.1 A 14 höherer Dienst	1	1	1
1.2 A 13 höherer Dienst	1	1	1
1.3 A 13 gehobener Dienst	1	1	0
1.4 A 12 gehobener Dienst	1	1	1
<i>Summe zu 1.</i>	4	4	3
Zusammen	4	4	3

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2009													
1	A16							2				+2	Hebung von A15 (Strukturverbesserung Polizei)
2	A15	1										+1	Übernahme von gesetzlichen Aufgaben in der Arbeitsmedizin
3	A15							1				+1	von A 14; statusgerechte Besetzung für Wissenschaftler in Leitungsfunktionen im Landeskriminalamt
4	A15								2			-2	Hebung nach A16 (Strukturverbesserung Polizei)
5	A14					1						+2	von E 14; Umwandlung einer Stelle gem. § 12 c Abs. 3 Haushaltsstrukturgesetz 2007/2008
6								2					von A 13 hD; funktionsgemäße Besetzung nach Verbeamtung im wissenschaftlichen Dienst des Landeskriminalamtes (DNA-Bereich)
7									1				in A 15; statusgerechte Besetzung für Wissenschaftler in Leitungsfunktionen im Landeskriminalamt
8	A14							4				+4	Hebung von A13 hD (Strukturverbesserung Polizei)
9	A13 hD					2						0	von 428 01, E 13; Umwandlung von Stellen gem. § 12 c Abs. 3 Haushaltsstrukturgesetz 2007/2008
10									2				in A 14; funktionsgemäße Besetzung nach Verbeamtung im wissenschaftlichen Dienst des Landeskriminalamtes (DNA-Bereich)
11	A13 hD								4			-4	Hebung nach A14 (Strukturverbesserung Polizei)
12	A13 gD				1							0	Übertragung nach 0401-422 01 wegen Aufgabenübergang (Haushalt)
13						1							gem. tatsächlicher Besetzung; Veränderung nach Reko III
14	A13 gD							3				+3	Hebung von A12 (Strukturverbesserung Polizei)
15	A13 gD	1										+4	(EPHK) für freigestelltes Personalratsmitglied (HG 2007/2008)
16			2										(EPHK) für freigestellte Personalratsmitglieder (aus HH 2006)
17					1								Übertragung nach 0401-422 01 wegen Aufgabenübergang (Disziplinarangelegenheiten)
18							1						gem. tatsächlicher Besetzung; Veränderung nach Reko III
19								1					aus A 12, Hebung für Leitung Polizeiauto-bahnrevier Bad Segeberg
20									6				Hebung von A12 (Strukturverbesserung Polizei)
21	A12					1						+1	gem. tatsächlicher Besetzung; Veränderung nach Reko III
22	A12								7			+4	Hebung von A11 (Strukturverbesserung Polizei)
23										3			Hebung nach A13 gD (Strukturverbesserung Polizei)
24	A12		1									+4	(PHK) für ein freigestelltes Personalratsmitglied (aus HH 2006)

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
25							1						gem. tatsächlicher Besetzung; Veränderung nach Reko III
26								1					aus A 11; Hebung für stellvertretende Leitung Polizeiautobahnrevier Bad Segeberg
27								12					Hebung von A11 (Strukturverbesserung Polizei)
28									1				in A 13 gD; Hebung für Leitung Polizeiautobahnrevier Bad Segeberg
29									6				Hebung nach A13 gD (Strukturverbesserung Polizei)
30	A11							10				+3	Hebung von A10 (Strukturverbesserung Polizei)
31									7				Hebung nach A12 (Strukturverbesserung Polizei)
32	A11			1								+8	aus 0410-422 67 gem. Besetzung
33								4					von A 10; Hebung für Dienstgruppenleitung beim Polizeiautobahnrevier Bad Segeberg
34								16					Hebung von A10 (Strukturverbesserung Polizei)
35									1				in A 12; Hebung für stellvertretende Leitung beim Polizeiautobahnrevier Bad Segeberg
36									12				Hebung nach A12 (Strukturverbesserung Polizei)
37	A10				1							-1	Übertragung nach 0401-422 01 wegen Aufgabenübergang (Haushalt)
38	A10								10			-10	Hebung nach A11 (Strukturverbesserung Polizei)
39	A10	2										+32	(POK) für freigestellte Personalratsmitglieder (HG 2007/2008)
40						1							von 0410-428 01; gem. tatsächlicher Besetzung; Umwandlung von einer Stelle gem. §12 c Abs. 3 Haushaltsstrukturgesetz 2007/2008
41								4					aus A 9gD; Hebung für Schichtdienst beim Polizeiautobahnrevier Bad Segeberg
42								45					Hebung von A9 mD (Strukturverbesserung Polizei, pf)
43									4				in A 11; Hebung für Dienstgruppenleitung beim Polizeiautobahnrevier Bad Segeberg
44									16				Hebung nach A11 (Strukturverbesserung Polizei)
45	A9 gD					10						+10	gemäß tatsächlicher Besetzung
46	A9 gD						10					-14	gemäß tatsächlicher Besetzung
47									4				in A 10; Hebung für Schichtdienst beim Polizeiautobahnrevier Bad Segeberg
48	A9 mD			2								+2	von 0410-422 67 gem. tatsächlicher Besetzung
49	A9 mD							10				-35	aus A 8; Hebung für Schichtbeamte beim Polizeiautobahnrevier Bad Segeberg
50									45				Hebung nach A10 (Strukturverbesserung Polizei, pf)
51	A8		2									-2	Stelleneinsparung wegen Verlängerung der Wochenarbeitszeit (Nachführung von Stellen im Rahmen PKEK)
52	A8								10			-10	in A 9 mD; Hebung für Schichtbeamte beim Polizeiautobahnrevier Bad Segeberg

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
53	A7					2						+2	gem. tatsächlicher Besetzung
54	A7					4						+2	von 428 01, E 6; Umwandlung von Stellen gem. § 12 c Abs. 3 Haushaltsstrukturgesetz 2007/2008
55							2						gem. tatsächlicher Besetzung
Summe:		4	5	3	3	22	14	128	128			+7	
Veränderungen in 2010													
56	A15							1				+1	von A 14; statusgerechte Besetzung für Wissenschaftler in Leitungsfunktionen im Landeskriminalamt
57	A14								1			-1	in A 15; statusgerechte Besetzung für Wissenschaftler in Leitungsfunktionen im Landeskriminalamt
58	A13 gD							4				+4	Hebung von A12 (Strukturverbesserung Polizei)
59	A13 gD							6				+6	Hebung von A12 (Strukturverbesserung Polizei)
60	A12							7				+3	Hebung von A11 (Strukturverbesserung Polizei)
61									4				Hebung nach A13 gD (Strukturverbesserung Polizei)
62	A12							13				+7	Hebung von A11 (Strukturverbesserung Polizei)
63									6				Hebung nach A13 gD (Strukturverbesserung Polizei)
64	A11							13				+6	Hebung von A10 (Strukturverbesserung Polizei)
65									7				Hebung nach A12 (Strukturverbesserung Polizei)
66	A11							17				+4	Hebung von A10 (Strukturverbesserung Polizei)
67									13				Hebung nach A12 (Strukturverbesserung Polizei)
68	A10								13			-13	Hebung nach A11 (Strukturverbesserung Polizei)
69	A10							50				+33	Hebung von A9 mD (Strukturverbesserung Polizei, pf)
70									17				Hebung nach A11 (Strukturverbesserung Polizei)
71	A9 mD								50			-50	Hebung nach A10 (Strukturverbesserung Polizei, pf)
72	A8		3									-3	Stelleneinsparung wegen Verlängerung der Wochenarbeitszeit (Nachführung von Stellen im Rahmen PKEK)
73	A7					2						+2	gem. tatsächlicher Besetzung
74	A7						2					-2	gem. tatsächlicher Besetzung
Summe:			3			2	2	111	111			-3	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

- 1 Stelle A13 gD (EPHK) für freigestelltes Personalratsmitglied (HG 2007/2008) (aus HH 2009/2010)
- 2 Stellen A10 (POK) für freigestellte Personalratsmitglieder (HG 2007/2008) (aus HH 2009/2010)

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

weggefallene Vermerke:

Vermerke:

1 Stelle A11 (RA) darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

	Stellenanzahl			Vom Soll 2008 waren am 01.02.2008 besetzt mit Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern
	2008	2009	2010	
422 02				
Bedarf an beamteten Hilfskräften				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A9 gD	Polizeikommissare/-innen	40	0	0
A9 gD	Regierungsinspektoren/-innen z.A.	0	0	0
A7	Polizeimeister/-innen	0	35	0
Summe :		40	35	0

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2009													
1	A9 gD		40									-40	kw am 31.07.2008 gem. § 12 b Nr. 7 HG 2004/2005 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers (aus HH 2006)
2	A7	35										+35	kw am 31.12.2009 gem. § 12 b Nr. 6 HG 2007/2008 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers
Summe:		35	40									-5	
Veränderungen in 2010													
3	A7		35									-35	kw am 31.12.2009 gem. § 12 b Nr. 6 HG 2007/2008 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers
Summe:			35									-35	

	Stellenanzahl			
	2008	2009	2010	
422 03				
Bedarf an Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst				
<i>Bes.Gruppe</i>				
Anw. gD	Polizeikommissaranwärter/-innen, Kriminalkommissaranwärter/-innen	185	185	185
Anw. mD	Polizeimeisteranwärter/-innen, Kriminalmeisteranwärter/-innen	350	350	350
Summe :		535	535	535

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

428 01	Entgeltgruppe	Stellenanzahl		
		2008	2009	2010
	E15	1	1	1
	E14	3	2	2
	E13	3	1	1
	E12	6	6	6
	E11	21	20	20
	E10	39	38	38
	E9	20	17	17
	E8	155	156	156
	E7	16	16	16
	E6	101	100	100
	E5	445	445	442
	E4	53	46	46
	E3	23	23	23
	Auszu- bild.	8	3	3
Summe :		894	874	871

Vermerke:

4 Stellen	E8	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
1 Stelle	E8	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E6	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
4 Stellen	E6	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
2 Stellen	E6	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E6	darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2006)
4 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
15 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
1 Stelle	E5	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E5	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
5 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
3 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
2 Stellen	E5	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2002)
2 Stellen	E3	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2002)

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2009													
1	E14						1					-1	in A 14; Umwandlung einer Stelle gem. § 12 c Abs. 3 Haushaltsstrukturgesetz 2007/2008
2	E13						2					-2	in A 13 hD; Umwandlung von Stellen gem. § 12 c Abs. 3 Haushaltsstrukturgesetz 2007/2008
3	E11				1							-1	Übertragung nach 0401-428 01 wegen Aufgabenübergang (Haushalt)
4	E10						1					-1	in 0410-422 01; gem. tatsächlicher Besetzung; Umwandlung von einer Stelle gem. §12 c Abs. 3 Haushaltsstrukturgesetz 2007/2008
5	E9		3									-3	kw am 31.07.2008 gem. § 12 b Nr. 2 HG 2004/2005 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers (aus HH 2006)
6	E8			1								+1	von 0410-428 67
7	E6			1								-1	von 0410-428 68
8							2						Zur dauerhaften Besetzung in der Fotografie; Verstärkung DNA und Verbesserung der Aufklärungsquote
9								4					in 422 01, A 7; Umwandlung von Stellen gem. § 12 c Abs. 3 Haushaltsstrukturgesetz 2007/2008
10	E5		2									0	kw am 20.06.2008 gem. § 12 b Nr. 2 HG 2004/2005 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers (aus HH 2006)
11				2									von 0410-428 68
12	E4				7							-7	in 0410-428 68 gem. Besetzung
13	Auszubild.		3									-5	Bereinigung des Stellenplans
14								2					Zur dauerhaften Besetzung in der Fotografie; Verstärkung DNA und Verbesserung der Aufklärungsquote
Summe:			8	4	8	2	10					-20	
Veränderungen in 2010													
15	E5		3									-3	kw am 20.07.2009 gem. § 12 b Nr. 2 Haushaltsstrukturgesetz 2006 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers (aus HH 2007/2008)
Summe:			3									-3	

Stellenanzahl

Vom Soll 2008 waren am 01.02.2008 besetzt mit

2008

2009

2010

beamteten
Hilfskräften

Arbeit-
nehmern

422 67 (67)

AUFSTIEGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

A15	Regierungsdirektoren/-innen	2	3	3
A13 gD	Oberamtsräte/-innen	1	1	1
A12	Amtsräte/-innen	2	2	2
A11	Regierungsamt männer/-frauen	1	0	0

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A9 mD	Amtsinspektoren/-innen	3	1	1		
Summe :		9	7	7	0	0

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2009													
1	A15			1								+1	Übertragen von 1301 - 422 01
2	A11				1							-1	in 0410-422 01 gem. Besetzung
3	A9 mD				2							-2	in 0410-422 01 gem. tatsächlicher Besetzung
Summe:				1	3							-2	

428 67 (67)

Entgeltgruppe

	Stellenanzahl		
	2008	2009	2010
E14	1	1	1
E12	1	1	1
E11	4	4	4
E8	2	1	1
E5	2	2	2
Summe :	10	9	9

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2009													
1	E8				1							-1	in 0410-428 01
Summe:					1							-1	

428 68 (68)

Entgeltgruppe

	Stellenanzahl		
	2008	2009	2010
E12	1	1	1
E11	1	1	1
E10	0	2	2
E9	6	4	4
E8	0	0	0
E6	11	10	10
E5	12	10	10
E4	0	2	2
Summe :	31	30	30

04 10 Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Veränderungen in 2009													
1	E10							2				+2	Hebung von E 9 (Bereinigung des Stellenplans)
2	E9								2			-2	Hebung nach E 10 (Bereinigung des Stellenplans)
3	E6				1							-1	in 0410-428 01
4	E5				2							-2	in 0410-428 01
5	E4		5									+2	Einsparung im Zusammenhang mit dem PKEK 2010
6				7									von 0410-428 01 gem. Besetzung
Summe:			5	7	3			2	2			-1	

Beamte und Beamtinnen

B3	2	2	2
A16	11	13	13
A15	42	43	44
A14	37	43	42
A13 hD	26	22	22
A13 gD	142	149	159
A12	280	289	299
A11	708	718	728
A10	1.759	1.780	1.800
A9 gD	936	932	932
A9 mD	1.580	1.545	1.495
A8	819	807	804
A7	352	356	356
<i>Summe [Beamte und Beamtinnen]:</i>	6.694	6.699	6.696

Beamtete Hilfskräfte

A9 gD	40	0	0
A7	0	35	0
<i>Summe [Beamtete Hilfskräfte]:</i>	40	35	0

Beamte im Vorbereitungsdienst

Anw. gD	185	185	185
Anw. mD	350	350	350
<i>Summe [Beamte im Vorbereitungsdienst]:</i>	535	535	535

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

E15	1	1	1
E14	4	3	3
E13	3	1	1
E12	8	8	8
E11	26	25	25
E10	39	40	40
E9	26	21	21
E8	157	157	157
E7	16	16	16
E6	112	110	110
E5	459	457	454
E4	53	48	48
E3	23	23	23

Auszubild.	8	3	3
<hr/>			
<i>Summe [Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer]:</i>	935	913	910
Summe:	8.204	8.182	8.141

04 Innenministerium

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2009 / 2010

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Beamtinnen und Beamte			Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Nachwuchskräfte	Summe Spalte 4-8
			422 01 422 TG	Z. A. 422 02	im Vorb.D. 422 03			
1	2	3	4	5	6	7	8	9
04 01	Ministerium	2010	359	-	-	164	34	557
		2009	335	-	-	164	64	563
		2008	293	-	-	178	156	627
04 03	Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter	2010	135	-	-	509	40	684
		2009	135	-	-	511	40	686
		2008	144	-	-	562	54	760
04 05	Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens	2010	12	-	3	23	-	38
		2009	12	-	3	23	-	38
		2008	12	-	3	25	-	40
04 07	Ausländer- und Migrationsangelegenheiten	2010	17	-	-	24	-	41
		2009	17	-	-	24	-	41
		2008	17	-	-	25	-	42
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz	2010	6.696	-	535	907	3	8.141
		2009	6.699	35	535	910	3	8.182
		2008	6.694	40	535	927	8	8.204
Summe		2010	7.219	-	538	1.627	77	9.461
		2009	7.198	35	538	1.632	107	9.510
		2008	7.160	40	538	1.717	218	9.673

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2009 / 2010

in Wirtschaftsbetrieben			Leerstellen		Jahr	Bezeichnung	Kapitel
Planstellen	Stellen	Summe Spalte 10+11					
10	11	12	13	14	15	16	17
-	-	-	-	-	2010	Ministerium	04 01
-	-	-	-	-	2009		
-	-	-	-	-	2008		
-	-	-	-	-	2010	Geo-Informationen, Landes- vermessungsamt und Kata- sterämter	04 03
-	-	-	-	-	2009		
-	-	-	-	-	2008		
-	-	-	-	-	2010	Brandschutz, Landesfeuer- weherschule und Förderung des Feuerwehrwesens	04 05
-	-	-	-	-	2009		
-	-	-	-	-	2008		
-	-	-	-	-	2010	Ausländer- und Migrationsan- gelegenheiten	04 07
-	-	-	-	-	2009		
-	-	-	-	-	2008		
-	-	-	-	-	2010	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz	04 10
-	-	-	-	-	2009		
-	-	-	-	-	2008		
-	-	-	-	-	2010		Summe
-	-	-	-	-	2009		
-	-	-	-	-	2008		

04 Innenministerium

Hebungen 2009

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl	
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.		
1	2	3	4	5	6	
04 01	Ministerium					
	A15	A16			2	
	A12	A13 gD			4	
	A11	A12			2	
			E11	E12	3	
		E11	E12	3		
04 03	Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter					
	A8	A9 mD			6	
	A8	A9 mD			3	
			E11	E12	4	
			E10	E11	5	
			E6	E8	6	
			E6	E8	3	
			E5	E6	2	
	04 05	Brandschutz, Landesfeuerweherschule und Förderung des Feuerwehrwesens				
				E8	E11	1
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz					
	A15	A16			2	
	A14	A15			1	
	A13 hD	A14			4	
	A13 hD	A14			2	
	A12	A13 gD			6	
	A12	A13 gD			3	
	A12	A13 gD			1	
	A11	A12			12	
	A11	A12			7	
	A11	A12			1	
	A10	A11			16	
	A10	A11			10	
	A10	A11			4	
	A9 gD	A10			4	
	A9 mD	A10			45	
	A8	A9 mD			10	
			E9	E10	2	
	Summe	145	145	29	29	174

04 Innenministerium

Hebungen 2010

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz				
	A14	A15			1
	A12	A13 gD			6
	A12	A13 gD			4
	A11	A12			13
	A11	A12			7
	A10	A11			17
	A10	A11			13
A9 mD	A10			50	
Summe	111	111	0	0	111

04 Innenministerium

Umwandlungen 2009

Kapitel	aus			in			Zahl
	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeitnehmerin- nen und Arbeit- nehmer EntgeltGr.	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeitnehmerin- nen und Arbeit- nehmer EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6	7	8
04 01	Ministerium						
			E15	A15			1
			E14	A14			1
			Auszub. gD	Anw. gD			15
			Auszub. gD	Anw. gD			10
		Auszubild.	Anw. mD			20	
04 03	Geo-Informationen, Landesvermessungsamt und Katasterämter						
			E11	A11			3
04 05	Brandschutz, Landesfeuerwehrschule und Förderung des Feuerwehrwesens						
			E11	A11			1
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz						
	A13 gD			A13 gD			1
	A12			A12			1
	A9 gD			A9 gD			10
	A7			A7			2
			E14	A14			1
			E13	A13 hD			2
			E10	A10			1
			E6	A7			4
		Auszubild.			E6	2	
Summe	14	0	61	73	0	2	75

04 Innenministerium

Umwandlungen 2010

Kapitel	aus			in			Zahl
	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeitnehmerin- nen und Arbeit- nehmer EntgeltGr.	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeitnehmerin- nen und Arbeit- nehmer EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6	7	8
04 01	Ministerium						
			Auszub. gD Auszubild.	Anw. gD Anw. mD			
04 10	Polizei, Katastrophen- und Zivilschutz						
	A7			A7			
Summe	2	0	29	31	0	0	31